

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/6771)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juli 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürlKTGerStG)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnik nimmt bei Gerichten und Staatsanwaltschaften ebenso wie in anderen Lebensbereichen einen stetig größer werdenden Stellenwert ein. Damit die Struktur der Informations- und Kommunikationstechnik diesem auf Dauer gerecht werden kann, werden durch dieses Gesetz die Voraussetzungen geschaffen.

Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Thüringen mit Informations- und Kommunikationstechnik besitzt eine seit vielen Jahren gewachsene Struktur, die zunächst kleinteilig organisiert war. Anfangs kam Standardbürosoftware zur Anwendung und sodann, entsprechend der Entwicklung der Technik und den Bedürfnissen der Anwender, eine Vielzahl von speziellen Fachverfahren. Es hatten sich zunächst dezentrale Strukturen herausgebildet, wie zum Beispiel drei IT-Stellen für die verschiedenen Gerichtsbarkeiten und eine weitere für die Staatsanwaltschaften. Darüber hinaus wurde jeweils eine IT-Stelle für den Justizvollzug und für das für Justiz zuständige Ministerium aufgebaut. Auch im Bereich der Entwicklung von Fachverfahren wurden zunächst eher - auch technisch bedingt - dezentrale Ansätze verfolgt und eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern fand anfangs kaum statt.

Seit einigen Jahren gibt es auf verschiedenen Ebenen Zentralisierungsbestrebungen, die auf der Erkenntnis beruhen, dass in unterschiedlichen Bereichen ähnliche Problemstellungen existieren, die personellen und finanziellen Ressourcen knapp sind und sich durch die technischen Entwicklungen und Zentralisierungen und durch Zusammenarbeit grundsätzlich erhebliche Synergieeffekte erzielen lassen. Diese Synergieeffekte wurden und werden in Thüringen durch das für Justiz zuständige Ministerium unterstützt.

Zum einen wurden die IT-Stellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften vereinigt und es wurde entsprechend der Landesstrategie immer stärker auf zentrale Komponenten gesetzt, zum anderen hat sich die Zusammenarbeit der Länder, unter anderem bei der Entwicklung von Fachverfahren, kontinuierlich verbessert. So kommen mit Ausnahme des im Bereich der Bewährungshilfe eingesetzten Fachverfahrens "ProBand" keine Eigenentwicklungen oder Verfahren zum Einsatz, die allein durch Thüringen beschafft worden sind. Vielmehr ist Thüringen Mitglied in ei-

ner Vielzahl von Verbünden, in denen gemeinsam mit anderen Ländern und beauftragten Dienstleistern Fachverfahren entwickelt werden.

Teilweise wurden und werden die Zentralisierungsmaßnahmen, für die bislang eine gesetzliche Grundlage nicht vorhanden ist, seitens der gerichtlichen Praxis kritisch beurteilt, insbesondere solche, bei denen die Gerichte und Staatsanwaltschaften auf Ressourcen der Exekutive zurückgreifen, wie zum Beispiel das Corporate Network des Freistaats Thüringen als Landesdatennetz oder andere Infrastrukturen des Landesrechenzentrums als zentralem Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung. Befürchtet wird hier insbesondere eine Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz in Form von Kenntnissnahme und Verwendung von Daten und elektronischen Dokumenten der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Angehörige der Exekutive.

Es ist absehbar, dass in Zukunft die Aufgaben in diesem Bereich weiter derart zunehmen werden, dass sie von der beim Oberlandesgericht angesiedelten IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften im Rahmen der derzeitigen Strukturen nicht vollständig in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können.

Die aktuell größte Herausforderung stellt dabei die Umstellung von Papierakten auf elektronische Akten dar, die nach den gesetzlichen Vorgaben bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen, mit Ausnahme des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, flächendeckend zu erfolgen hat. Es sind hierbei alle Geschäftsprozesse auf die Digitalisierung umzustellen und sicher abzubilden. Die hierzu notwendige Software wird in der Kooperation "eAkte als Service" mit drei anderen Ländern, einigen Bundesgerichten und der Bundesanwaltschaft (fort)entwickelt.

Daneben entsprechen viele der eingesetzten Fachverfahren und Textsysteme, also Programme zur Textverarbeitung, mittlerweile nicht mehr dem Stand der Technik und müssen durch Neuentwicklungen ersetzt werden. Thüringen ist insoweit Mitglied in den Verbünden zur Entwicklung des gemeinsamen Fachverfahrens "gefa", des Datenbankgrundbuchs "dabag", des Registerverfahrens "AuRegis" und des neuen Textsystems "bk.text". Bis zur vollständigen Einführung der neuen Verfahren und des neuen Textsystems in den jeweiligen Fachbereichen sind die derzeit eingesetzten Verfahren und Textsysteme in einem funktionsfähigen Zustand zu halten, was zu weiterem personellen Mehrbedarf und zu weiteren Kosten führen wird. Nach jetzigem Stand ist davon auszugehen, dass mit der Pilotierung der ersten der neuen Fachverfahren und dem neuen Textsystem noch in dem Zeitraum begonnen werden kann, der für die Einführung der elektronischen Akte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verfügung steht, und dass diese Pilotierungsphase frühestens Anfang der 2030er Jahre abgeschlossen sein wird.

Auch die erweiterte Implementierung des Informationssicherheitsmanagementsystems entsprechend der Landesstrategie und den Vorgaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik bringt neue Herausforderungen mit sich. Es wird sowohl Personal benötigt, welches das Informationssicherheitsmanagementsystem in den Gerichten und Staatsanwaltschaften konzipiert und überwacht, als auch technisches Personal, welches die Vorgaben umsetzt.

Neben diesen in der Komplexität stark steigenden Aufgaben bleiben die derzeitigen Aufgaben der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staats-

anwaltschaften, wie zum Beispiel im technischen Betrieb, weiterhin bestehen.

Die neuen beziehungsweise komplexer werdenden Aufgaben können neben den bestehenden nur dann bewältigt werden, wenn entweder weiteres technisches Personal für die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften gewonnen wird oder aber Aufgaben auf außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende öffentliche und private Dienstleister übertragen werden und so der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften eine Konzentration auf die der Justiz nach diesem Gesetz vorbehaltenen Aufgaben ermöglicht wird. Die Gewinnung weiteren geeigneten technischen Personals gestaltet sich ausgesprochen schwierig, weil die Konditionen, die die öffentliche Hand in Thüringen bieten kann, derzeit nicht marktgerecht sind. Es sind daher die finanziellen und sächlichen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Aufgaben auf Dienstleister übertragen werden können. Aufgrund der bestehenden Bedenken aus der richterlichen Praxis soll dies durch ein Gesetz erfolgen, welches gewährleistet, dass die verfassungsrechtlich garantierte richterliche Unabhängigkeit durch Aufgabenübertragungen auf Angehörige der Exekutive oder auf außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende öffentliche oder private Dienstleister nicht verletzt wird.

Die insoweit bestehenden Anforderungen wurden durch das Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Aktenzeichen DGH 4/08, definiert und lassen sich auf die Strukturen der Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Thüringen übertragen. Gegenstand dieser Entscheidung, die durch das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 6. Oktober 2011, Aktenzeichen RiZ (R) 7/10, und durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2013, Aktenzeichen 2 BvR 2576/11, bestätigt wurde, war, ob die verfassungsrechtlich verankerte richterliche Unabhängigkeit dadurch verletzt wird, dass der Betrieb und die Administration des EDV-Netzes für den Rechtsprechungs Bereich extern bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung - einer Oberbehörde der Landesfinanzverwaltung - und nicht bei den Gerichten selbst angesiedelt sind. Der Hessische Dienstgerichtshof für Richter hat diese Frage im Ergebnis verneint, aber zugleich festgestellt, dass die Zentralisierung der Datenverarbeitung insoweit nur unter den Bedingungen zulässig ist, dass

1. verbindliche Regeln für den Umgang mit Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses festgelegt werden und
2. deren Einhaltung durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richter überprüft werden.

Diesen Anforderungen wird das vorliegende Gesetz dadurch gerecht, dass zum einen konkret festgelegt wird, an wen unter welchen Voraussetzungen welche Aufgaben übertragen werden können und zum anderen eine gesetzliche Grundlage für die bereits bestehende und auf Grundlage einer Dienstvereinbarung einberufene IT-Kontrollkommission, die unter anderem die Unabhängigkeit der Justiz schützen soll, geschaffen wird.

Der Schutzbereich des Gesetzes erfasst über die richterliche Unabhängigkeit nach Artikel 97 des Grundgesetzes und Artikel 86 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen hinaus auch die sachliche Unabhängigkeit im Bereich der Rechtspflege nach § 9 des Rechtspflegergesetzes.

setzes und die verschiedenen Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften. Die Staatsanwaltschaft wird gemeinhin zwar der Exekutive zugeordnet, doch handelt es sich auch bei ihr um ein Organ der Rechtspflege. Hier gilt es, die vom Legalitätsprinzip getragene Ermittlungs- und Anklagetätigkeit nach § 152 Abs. 2 und § 160 der Strafprozeßordnung und das Vertrauen in eine von außen unbeeinflusste, objektive Tätigkeit der Staatsanwaltschaft zu schützen und zu stärken. Die gemeinsame Stellung der Gerichte und Staatsanwaltschaften gebietet es, sie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik auch gemeinsam zu organisieren. Bei alledem ist die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten.

Für die mit dem Ziel des Gesetzes in Berührung kommenden Entscheidungsträger und Administratoren für die Informations- und Kommunikationstechnik außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden verbindliche Handlungsvorgaben formuliert. Zudem werden Verwaltungsstrukturen angepasst und neue Kontrollstrukturen, insbesondere gegenüber dem Landesrechenzentrum, welches dem Finanzressort unterstellt ist, geschaffen.

Die Vorgaben des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter werden insbesondere mit den in § 8 definierten Bedingungen für den Umgang mit Daten und elektronischen Dokumenten der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch einen Dienstleister sowie mit der Normierung von Kontrollrechten der IT-Kontrollkommission in § 9 umgesetzt.

Die Stellung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften wird in § 5 gesetzlich normiert.

B. Lösung

Erlass eines Gesetzes

C. Alternativen

Alternativen ließen sich nur mit nicht vertretbarem Aufwand umsetzen oder sie wären verfassungsrechtlich bedenklich.

Die Beibehaltung des derzeitigen weitgehend ungeregelten Zustands stellt keine sachgerechte Alternative dar, weil zu befürchten ist, dass die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht in die Lage versetzt werden kann, alle in der Zukunft auf sie zukommenden Herausforderungen zu bewältigen.

Die Schaffung einer von den übrigen Landesstrukturen unabhängigen Informations- und Kommunikationstechnikinfrastruktur für Gerichte und Staatsanwaltschaften, innerhalb der sämtliche Aufgaben durch eine eigenständige gerichtliche und staatsanwaltschaftliche IT-Stelle wahrgenommen würden, wäre zwar verfassungsrechtlich unbedenklich, sie wäre aber unwirtschaftlich, da enorme Kosten für die Ertüchtigung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zu einem eigenständigen Rechenzentrum, das die überwiegend physikalischen Voraussetzungen der Norm DIN EN 50600 zur Zertifizierung von Rechenzentren erfüllt, für die Schaffung eines georedundanten zweiten Standorts sowie für die Implementierung eines eigenständigen Netzes aufgewendet werden müssten. Zudem könnten die zum Aufbau eines vollständig justizeigenen Betriebs der Informations- und Kommunikationstechnik erforderlichen zusätzlichen Stellen mit geeignetem Personal angesichts des bestehenden Fachkräftemangels sehr wahrscheinlich kaum besetzt wer-

den. Darüber hinaus würde das Land durch den Aufbau eines Dienstleisters für die Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Qualitätsmerkmalen, wie zum Beispiel Schutzbedarf "hoch" nach den Vorgaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, auf die sich aus der Zusammenarbeit mit dem Landesrechenzentrum ergebenden Synergieeffekte und die damit möglichen Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen verzichten.

Die Gründung einer dem für Justiz zuständigen Ministerium nachgeordneten Behörde oder eines Landesbetriebs würde dagegen dazu führen, dass eine vollständige Übertragung der derzeitigen Aufgaben der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften auf die Exekutive erfolgen würde, was verfassungsrechtlich zumindest bedenklich wäre.

Auch eine weitreichende Vergabe von Leistungen der Informations- und Kommunikationstechnik für die Gerichte und Staatsanwaltschaften an private Unternehmen stellt keine sinnvolle Alternative dar und scheidet aus Sicherheitsgründen, insbesondere für besonders sicherheitskritische Bereiche, von vornherein aus. Von dieser Variante wären zudem positive wirtschaftliche Effekte auf Dauer nicht zu erwarten. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften würden sich hierdurch zudem in technische und fachliche Abhängigkeiten begeben und eigene informationstechnische Kompetenzen verlieren.

D. Kosten

Durch die Bündelung der Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung ist zu erwarten, dass der Betrieb des Landesrechenzentrums als zentralem Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung weiter optimiert wird und durch die Standardisierung der Arbeitsplätze weitere positive Umwelteffekte entstehen. Die effizientere und standardisierte Informations- und Kommunikationstechnik schafft die technischen Grundlagen für eine sachgerechte Digitalisierung der Arbeitsprozesse der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Soziale Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Unmittelbare Kosten entstehen durch dieses Gesetz nicht. Es schafft lediglich die organisatorischen Grundlagen für Aufgabenübertragungen auf außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende Dienstleister und vergrößert damit die in Bezug auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Verfügung stehenden Optionen, zwischen denen nach den Vorgaben der Thüringer Landeshaushaltsordnung zu entscheiden ist. Soweit Kosten für Fortbildung und Dienstreisen für die Mitglieder der IT-Kontrollkommission anfallen, handelt es sich um laufende Kosten, die bereits durch untergesetzliche Regelungen entstehen. Hierfür wurde und wird in den Einzelplänen 05 und 16 ausreichend Haushaltsvorsorge getroffen. Konkrete Stellenbedarfe beim Landesrechenzentrum hängen nicht von diesem Gesetz ab. Allgemeine Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik sind unabhängig hiervon eingeplant. Die konkrete Umsetzung der organisatorischen Vorgaben dieses Gesetzes wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und Plan-/Stellen abgebildet. Dies gilt auch für die Einsetzung eines Lenkungskreises und der IT-Kontrollkommission und für die nach § 7 Abs. 2 Satz 1 geregelten Auskunfts- und Prüfungsrechte. Etwaiger Personalbedarf wird aus der vorhandenen Plan-/Stellenausstattung gedeckt. Die nunmehr gesetzliche Normierung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften führt zu keiner zusätzlichen Haushaltsbelastung; insofern ist bereits Haushaltsvorsorge getroffen.

Mit einer Übertragung von Aufgaben der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften auf das Landesrechenzentrum oder andere außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende Dienstleister sinken die Aufwände nicht im gleichen Umfang, da, auch bei Befassung des zentralen Dienstleisters für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung, die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften in aller Regel noch Teilaufgaben behält.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass durch den ständigen Aufwuchs an neuen Aufgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik weiterer Personalbedarf beim Landesrechenzentrum und bei der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften entsteht. Die künftige Steigerung der Aufwände ist aber nicht Folge dieses Gesetzes, sondern Ausfluss der voranschreitenden Digitalisierung im Bereich der Justiz.

Für Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entstehen keine Kosten durch das Gesetz.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 29. November 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kom-
munikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften
(ThürIKTGerStG)"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 14./15./16. Dezember 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik
in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1**Grundsätze und Geltungsbereich**

(1) Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes nutzen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Ermittlung, Rechtsprechung und Verwaltung Informations- und Kommunikationstechnik als Arbeitsmittel zur Informations- und Datenverarbeitung.

(2) Dieses Gesetz regelt die Zuständigkeiten und die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften einschließlich deren Einrichtung, Administration und Betreuung.

§ 2**Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Gesetzes ist oder sind

1. Daten zum Zwecke der digitalen Verarbeitung zusammengefasste Zeichen, die Informationen über Sachverhalte und Vorgänge darstellen,
2. Hardware jede physische Komponente eines datenverarbeitenden Systems,
3. Software jedes ausführbare Programm mit den dazugehörigen Daten,
4. Informations- und Kommunikationstechnik Hardware, Software und Infrastruktur mit denen Daten und elektronische Dokumente digital verarbeitet werden können,
5. Dienstleister Einrichtungen der Landesverwaltung ebenso wie Einrichtungen anderer Landesverwaltungen, Behörden, juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse sowie private Unternehmen,
6. ein Sicherheitsvorfall ein Ereignis mit nachteiliger Wirkung für die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Verbindlichkeit von Daten und elektronischen Dokumenten, Informationen und Geschäftsprozessen,
7. ein elektronisches Dokument ein Text, eine Zahlentabelle, ein Bild oder eine Folge oder Kombination von Texten, Tabellen oder Bildern, die durch Digitalisieren in Dateiform angelegt oder überführt wurden,
8. Metadaten Informationen über Merkmale oder Eigenschaften von elektronischen Dokumenten,
9. Logdateien systemintern automatisch erstellte Protokolle über die Benutzung der zur Verfügung stehenden Informations- und Kommunikationstechnik.

§ 3**Ziel**

Ziel dieses Gesetzes ist es, die Funktionsfähigkeit der Justiz im Hinblick auf die Organisation und den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten und die sonstigen, sich aus der richterlichen Unabhängigkeit, der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und

Rechtspfleger und aus dem für die Strafverfolgung geltenden Legalitätsprinzip ergebenden besonderen Belange der Justiz sicherzustellen und zu schützen. Die Wahrung dieses Ziels ist auch bei der Beauftragung von Dienstleistern sicherzustellen.

§ 4
Zuständigkeiten
des für Justiz zuständigen Ministeriums

(1) Das für Justiz zuständige Ministerium ist zuständig für die Strategie, die Organisation und den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und koordiniert die Umsetzung der strategischen Vorgaben für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik. Es übt die Fachaufsicht über die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften aus.

(2) Das für Justiz zuständige Ministerium kann unter Berücksichtigung des in § 3 Satz 1 genannten Ziels und der Maßgaben nach § 8 Vereinbarungen mit Dienstleistern abschließen.

§ 5
Dienstaufsicht; Zuständigkeiten der IT-Stelle
der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften

(1) Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften ist organisatorisch dem Oberlandesgericht angegliedert. Die Dienstaufsicht über die Bediensteten der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften übt die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts aus.

(2) Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften ist zuständig für die Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und stellt insbesondere die Entwicklung, Einführung, Pflege und Weiterentwicklung von Software, die Anwenderbetreuung sowie die Ausstattung und Unterhaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Hardware und Software sicher. Das für Justiz zuständige Ministerium kann die Zuständigkeit der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Satz 1 weiter ausgestalten.

(3) Im Rahmen ihrer Zuständigkeit kann die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften Vereinbarungen mit dem zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung und anderen Dienstleistern abschließen, soweit hierbei das in § 3 Satz 1 genannte Ziel sichergestellt ist, die Maßgaben nach § 8 berücksichtigt werden und es sich nicht um Vereinbarungen mit Justizverwaltungen anderer Länder handelt.

(4) Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften arbeitet dem für Justiz zuständigen Ministerium nach Maßgabe des § 6 Abs. 2 zum ermittelten Bedarf für die Informations- und Kommunikationstechnik für die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu.

§ 6

Bildung und Zuständigkeiten des Lenkungskreises
der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und
Staatsanwaltschaften

(1) Die Präsidentinnen und Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Oberverwaltungsgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Landessozialgerichts und des Finanzgerichts sowie die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt bilden als Mitglieder den Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden und geben sich eine Geschäftsordnung, in der insbesondere das Abstimmungsverfahren und die Kompetenzen im Verhältnis zur Leitung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zu regeln sind. Die Geschäftsordnung sowie jede Änderung dieser sind dem für Justiz zuständigen Ministerium zur Kenntnis zu übersenden.

(2) Der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften empfiehlt der Leitung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften unter Berücksichtigung der strategischen Vorgaben des für Justiz zuständigen Ministeriums sowie der jeweiligen Besonderheiten und Anforderungen die Ausbildungsbedarfe der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informations- und Kommunikationstechnik.

§ 7

Nutzung zentraler Infrastrukturkomponenten und
Dienste; Zuständigkeiten des zentralen Dienstleisters
für Informations- und Kommunikationstechnik
der Landesverwaltung

(1) Zur Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik kann das für Justiz zuständige Ministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 4 Abs. 1 auch die nach dem Thüringer E-Government-Gesetz vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212, 294) in der jeweils geltenden Fassung durch den zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung für die Landesverwaltung bereitgestellten zentralen Infrastrukturkomponenten und Dienste nutzen, sofern dies dem in § 3 Satz 1 genannten Ziel nicht entgegensteht. Das für Justiz zuständige Ministerium hat der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften vor der tatsächlichen Nutzung der bereitgestellten Infrastrukturkomponenten oder Dienste nach Satz 1 Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(2) Dem für Justiz zuständigen Ministerium steht in Bezug auf die Nutzung der nach Absatz 1 in Anspruch genommenen zentralen Infrastrukturkomponenten und Dienste ein uneingeschränktes Recht zur Auskunft und auf Prüfung aller Geschäftsvorfälle im Rahmen seiner Zuständigkeiten nach § 4 Abs. 1 zu; die Einzelheiten hierzu sind in gesonderten Vereinbarungen festzulegen. Das für Justiz zuständige Ministerium ist berechtigt, dem zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung über das für die Koordinierung der ressortübergreifenden Informations- und Kommunikationstechnik und E-Government zuständige Ministerium Berichtsaufträge

zu erteilen, Beanstandungen auszusprechen und ihn unter angemessener Fristsetzung zur Abhilfe der Beanstandungen aufzufordern.

(3) Der zentrale Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung unterrichtet das für Justiz zuständige Ministerium und die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften unverzüglich über ihm in seinem Zuständigkeitsbereich bekannt gewordene Sicherheitsvorfälle, die auch oder ausschließlich die Gerichte und Staatsanwaltschaften betreffen. Dies gilt auch soweit Sicherheitsvorfälle Bereiche betreffen, die von den vom zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung beauftragten Dienstleistern betreut werden. Das für Justiz zuständige Ministerium unterrichtet seinerseits unverzüglich die jeweils betroffene Dienststelle.

(4) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sind an das Landesdatennetz mit dessen entsprechenden Sicherheitsmechanismen angeschlossen.

(5) Soweit das in § 3 Satz 1 genannte Ziel nicht entgegensteht, kann sich die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Zustimmung des für Justiz zuständigen Ministeriums an zentralen Beschaffungsmaßnahmen von Hardware und Software oder zentralen Dienstleistungen des für die Koordinierung der ressortübergreifenden Informations- und Kommunikationstechnik und E-Government zuständigen Ministeriums oder des zentralen Dienstleisters für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung beteiligen. Die Beteiligung ist rechtzeitig anzuzeigen.

§ 8

Administration und Schranken

(1) Soweit die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommende Informations- und Kommunikationstechnik von Dienstleistern bereitgestellt oder betreut wird, ist durch das für Justiz zuständige Ministerium und die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften unter Beachtung des Stands der Technik sicherzustellen, dass durch diese Dienstleister jeglicher unberechtigte Zugriff auf Daten der richterlichen, rechtspflegerischen oder staatsanwaltlichen Tätigkeit unterbleibt und insbesondere

1. die von den Gerichten und Staatsanwaltschaften verarbeiteten Daten und elektronischen Dokumente von den Daten und elektronischen Dokumenten Dritter zu trennen sind,
2. berechnete Inhaber administrativer Zugänge bestimmt sowie die Bedingungen einer darüber hinaus erforderlichen Öffnung der Zugänge für weitere administrativ berechnete Personen festgelegt und dokumentiert werden,
3. die im Rahmen richterlicher, rechtspflegerischer oder staatsanwaltlicher Tätigkeit erstellten Daten und elektronischen Dokumente von den administrativ berechtigten Personen weder eingesehen noch weitergegeben werden dürfen,
4. keine Weitergabe von Metadaten und Logdateien erfolgt,
5. Ausnahmen von den Maßgaben nach den Nummern 3 und 4 zugunsten des für Justiz zuständigen Ministeriums

ums oder der ihm nachgeordneten Stellen der Dienstaufsicht nur zu Zwecken oder auf Veranlassung der jeweiligen Dienstaufsicht im Rahmen bestehender Gesetze zulässig sind; soweit Daten und elektronische Dokumente laufender Verfahren betroffen sind, sind die Ausnahmen nur zulässig, soweit dies zur Ausübung der Dienstaufsicht unerlässlich ist,

6. die in Nummern 3 und 4 genannten Daten, elektronischen Dokumente, Metadaten und Logdateien von den administrativ berechtigten Personen nur mit Zustimmung der betroffenen Verfasserin oder des betroffenen Verfassers oder der berechtigten Nutzerin oder des berechtigten Nutzers verarbeitet werden dürfen, es sei denn, die Verarbeitung ist für die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit eines automatisierten Verfahrens oder sonst für den Betrieb der Infrastruktur der Informations- und Kommunikationstechnik unerlässlich,
7. in Ausübung der Administrationstätigkeit unumgängliche Zugriffe auf Daten und elektronische Dokumente der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach dem Stand der Technik revisionssicher protokolliert und dem für Justiz zuständigen Ministerium unverzüglich mitgeteilt werden.

Die Einzelheiten zu Satz 1 Nr. 7 sind in gesonderten Vereinbarungen mit dem jeweiligen Dienstleister festzulegen; sofern auf individuell zuordnungsfähige Daten oder elektronische Dokumente zugegriffen wurde, benachrichtigt das für Justiz zuständige Ministerium die betroffene Verfasserin oder den betroffenen Verfasser oder die berechnigte Nutzerin oder den berechtigten Nutzer unverzüglich auf direktem Wege und auf dem Dienstweg.

(2) Soweit die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommende Informations- und Kommunikationstechnik von der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften bereitgestellt oder betreut wird, regelt diese die justizinternen Zugriffsrechte auf die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Daten und elektronischen Dokumente, Metadaten und Logdateien und trifft Vorkehrungen zur Sicherung deren Zweckbindung und zum Schutz vor unbefugten Einsichtnahmen und Zugriffen.

§ 9

Einrichtung und Zuständigkeiten der IT-Kontrollkommission

(1) Für die Einhaltung und Kontrolle des sich aus § 3 Satz 1 ergebenden besonderen Schutzbedürfnisses ist bei dem für Justiz zuständigen Ministerium eine unabhängige IT-Kontrollkommission einzurichten.

(2) Die IT-Kontrollkommission besteht aus Angehörigen der Gerichte und Staatsanwaltschaften, welche durch den Landesrichter- und Staatsanwaltsrat sowie den Hauptpersonalrat bei dem für Justiz zuständigen Ministerium benannt werden.

(3) Die Mitglieder der IT-Kontrollkommission sind keinen Weisungen unterworfen.

(4) Die IT-Kontrollkommission kontrolliert die Einhaltung der nach § 8 normierten Maßgaben durch sämtliche Stellen, die nach den §§ 5 oder 7 oder aufgrund von Vereinbarungen Aufgaben für die Informations- und Kommuni-

kationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften wahrnehmen. Davon unberührt bleiben die Aufgaben der Beauftragten für Informationssicherheit und Datenschutz.

(5) Die IT-Kontrollkommission ist berechtigt, bei den in den §§ 5 und 7 benannten Stellen und beauftragten Dienstleistern sämtliche Inhalte zur Datenhaltung und -verarbeitung einzusehen und Auskunft zu verlangen, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufgabe nach Absatz 4 Satz 1 jeweils notwendig ist. Darin eingeschlossen sind insbesondere Metadaten, Logdateien und Sicherheits- und Betriebskonzepte. Über Vorfälle nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 unterrichten die Stellen nach den §§ 5 und 7 auch die IT-Kontrollkommission. Für den Fall einer unbefugten Einsichtnahme oder Weitergabe im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 ist die IT-Kontrollkommission durch das für Justiz zuständige Ministerium unverzüglich zu informieren.

(6) Die IT-Kontrollkommission teilt die Ergebnisse der Kontrollen ebenso wie jede Beanstandung, insbesondere die Feststellung von Verstößen gegen die Maßgaben nach § 8 durch die in den §§ 5 und 7 benannten Stellen oder beauftragten Dienstleistern, dem für Justiz zuständigen Ministerium unverzüglich mit. Das für Justiz zuständige Ministerium fordert den betroffenen Dienstleister unter Festsetzung einer angemessenen Frist zur Beseitigung des beanstandeten Sachverhalts auf. Beanstandungen von Vereinbarungen nach § 4 Abs. 2 und § 5 Abs. 3 meldet die IT-Kontrollkommission gegenüber dem für Justiz zuständigen Ministerium. Die IT-Kontrollkommission kann auch die betroffene Dienststelle über Beanstandungen informieren.

(7) Die IT-Kontrollkommission fasst bis zum Ablauf des Februars jeden Jahres einen Bericht zur Tätigkeit im jeweils vorangegangenen Kalenderjahr. Dieser wird über das für Justiz zuständige Ministerium dem Landesrichter und Staatsanwaltsrat und dem Hauptpersonalrat bei dem für Justiz zuständigen Ministerium sowie den Obergerichten und der Generalstaatsanwaltschaft übermittelt, sofern jeweils deren Geschäftsbereich betroffen ist.

(8) Die IT-Kontrollkommission teilt die für ihre Aufgabewahrnehmung erforderlichen Bedarfe dem für Justiz zuständigen Ministerium mit.

(9) Näheres zur Zusammensetzung der IT-Kontrollkommission regelt eine zwischen dem für Justiz zuständigen Ministerium und Landesrichter- und -staatsanwaltsrat sowie Hauptpersonalrat bei dem für Justiz zuständigen Ministerium abzuschließende Dienstvereinbarung. In der Dienstvereinbarung sind insbesondere zu regeln:

1. die Zahl der Mitglieder sowie das Benennungsverfahren,
2. die Konstituierung der IT-Kontrollkommission und die Amtszeit ihrer Mitglieder,
3. die Vertretung der IT-Kontrollkommission durch einen Vorsitz,
4. die Verpflichtung zu einer Geschäftsordnung,
5. die Häufigkeit von Kontrollen,
6. die Beteiligungspflichten sowie die Verschwiegenheitspflicht,
7. die Unterstützung der IT-Kontrollkommission durch das für Justiz zuständige Ministerium und
8. die Arbeitszeit sowie Qualifizierung der Mitglieder.

§ 10

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für Personen, die mit der Angabe "divers" oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

§ 11

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Vor dem Hintergrund, dass die Datenverarbeitung über Medien der Informations- und Kommunikationstechnik mehr und mehr zum Standardarbeitsmittel in der Justiz wird, wird mit diesem Gesetz geregelt, wie Daten und elektronische Dokumente für Gerichte und Staatsanwaltschaften gehalten werden dürfen. Dabei ist einerseits berücksichtigt, dass mit dem Landesrechenzentrum ein leistungsstarker zentraler Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung vorhanden ist, mit dem eine Zusammenarbeit sinnvoll und wirtschaftlich ist. Andererseits ist hervorzuheben, dass die Gerichte nicht Teil der Exekutive sind und bei ihnen als Teil der Dritten Staatsgewalt Besonderheiten bestehen, die erfordern, dass die Hoheit über die von ihnen genutzten Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik und die von ihnen gehaltenen Daten und elektronische Dokumente bei ihnen verbleibt. Für Staatsanwaltschaften als Teil der Exekutive gelten vergleichbare Erwägungen, da auch sie Organe der Rechtspflege sind.

Dieses Spannungsfeld erfordert die Festlegung von Zuständigkeiten und organisatorischen Rahmenbedingungen. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen von der zentralen Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnik des Landes in gleicher Weise profitieren wie die Behörden der Landesverwaltung, zum Beispiel bei der Abwehr von Angriffen aus dem Internet, gleichzeitig aber die Datenherrschaft behalten.

Zur Auflösung dieses Spannungsfeldes setzt das Gesetz die Anforderungen aus dem Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Aktenzeichen DGH 4/08, über die von Richtern des Landes Hessen erhobene sogenannte "hessische Netzklage" um. Gegenstand dieser Klage war die Frage, ob die verfassungsrechtlich gewährte und gebotene richterliche Unabhängigkeit dadurch verletzt wird, dass der Betrieb und die Administration des EDV-Netzes für den Rechtssprechungs Bereich extern bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung - einer Oberbehörde der Landesfinanzverwaltung - und nicht bei den Gerichten angesiedelt sind.

Der Hessische Dienstgerichtshof für Richter gelangte zu der Auffassung, dass die richterliche Unabhängigkeit nicht allein dadurch verletzt wird, dass der Betrieb des EDV-Netzes einer anderen, nicht der justizeigenen Dienstaufsicht unterstehenden Stelle überlassen wird. Nach dem dortigen Konzept der Ministerialverwaltung sei es auch nicht geboten, den Betrieb des EDV-Netzes den Gerichten als Organen der Justizverwaltung zu übertragen. Es sei deshalb auch nicht erforderlich, "das EDV-Netz für die [...] Justiz technischorganisatorisch und auch hinsichtlich des Administrationspersonals von der Datenverarbeitung für die übrige Landesverwaltung zu trennen und dem Minister der Justiz zu unterstellen". Allerdings hat der Hessische Dienstgerichtshof für Richter in seiner Entscheidung festgestellt, dass die Zentralisierung der Datenverarbeitung nur unter den Bedingungen zulässig ist, dass

1. verbindliche Regeln für den Umgang mit Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses festgelegt werden und
2. deren Einhaltung durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richter überprüft werden.

Mit dieser Maßgabe wurde das Urteil rechtskräftig, vergleiche Bundesgerichtshof, Urteil vom 6. Oktober 2011, Aktenzeichen RiZ (R) 7/10, und Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 17. Januar 2013, Aktenzeichen 2 BvR 2576/11. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung ist davon auszugehen, dass allein die Zentralisierung der elektronischen Datenverarbeitung noch keinen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit begründet, weil sie Richterinnen und Richtern keinen ausreichenden Anlass gibt, aus Sorge um eine unzulässige Beobachtung und Kontrolle durch die Exekutive von der Verwendung ihrer Dienstcomputer oder des EDV-Netzes Abstand zu nehmen.

Eine mit der damaligen Lage in Hessen vergleichbare Situation besteht in Thüringen, indem das Landesrechenzentrum als zentraler Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung dem für Finanzen zuständigen Ministerium unterstellt ist und gleichzeitig nach dem Thüringer E-Government-Gesetz (ThürEGovG) für alle Ressorts die IT-Infrastrukturkomponenten zur Verfügung stellt. Das Thüringer E-Government-Gesetz gilt nach § 1 Abs. 6 ThürEGovG nicht für die Tätigkeit der Gerichtsverwaltungen und der Behörden der Justizverwaltung einschließlich der ihrer Aufsicht unterliegenden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Gleichwohl sind Gerichte und Staatsanwaltschaften, die bereits nach § 1 Abs. 2 ThürEGovG nicht vom Anwendungsbereich des Gesetzes erfasst sind, aufgrund der jeweiligen Verfahrensordnungen, mit Ausnahme des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, verpflichtet, ihre Arbeitsprozesse umzustellen und spätestens ab dem 1. Januar 2026 neu eingehende Verfahren ausschließlich elektronisch zu führen. Dieser Verpflichtung kann die Justiz für die Gerichte und Staatsanwaltschaften wirtschaftlich nur durch eine Zusammenarbeit mit dem Landesrechenzentrum und eine Nutzung der von diesem bereitgestellten zentralen Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnik sowie zentralen Dienste nachkommen. Der alternativ in Betracht kommende Aufbau einer eigenständigen, durch ein unabhängiges Rechenzentrum der Justiz betriebenen Infrastruktur würde um ein Vielfaches höhere Personal- und Sachkosten nach sich ziehen und wäre damit höchst unwirtschaftlich, überdies aber wohl auch unmöglich vor dem Hintergrund der knappen Personalressourcen auf dem Markt für Fachkräfte für Informations- und Kommunikationstechnik.

Unter diesen Gesichtspunkten wurden bereits Verwaltungsvereinbarungen über die Bereitstellung zentraler Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnik des Landesrechenzentrums im Bereich des Mailsystems wie auch der elektronischen Gerichtsakte abgeschlossen. Es bedarf aber vielmehr eines Gesetzes zur Sicherung der besonderen Belange der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Andere Länder, wie Hessen und Schleswig-Holstein, sind dabei Vorbilder.

Die aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlichen Regeln für den Umgang mit Daten und elektronischen Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses und für die Kontrolle der Dienstleister durch das für Justiz zuständige Ministerium im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richterschaft sind durch Gesetz zu schaffen. Zudem sind die Prozesse der elektronischen Verarbeitung von Informationen und Daten und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften so zu gestalten, dass die Justiz soweit wie möglich die Inhalte selbst vorgibt. Dabei erstrecken die sich aus der Entscheidung des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter ergebenden Anforderungen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit nach Artikel 97 des Grundgesetzes und Arti-

kel 86 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen auf den Schutz der sachlichen Unabhängigkeit im Bereich der Rechtspflege nach § 9 des Rechtspflegergesetzes (RPfG) und auf die verschiedenen Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften. Letztere werden gemeinhin zwar der Exekutive zugeordnet, doch handelt es sich auch bei ihr um ein Organ der Rechtspflege. Hier gilt es, die vom Legalitätsprinzip getragene Ermittlungs- und Anklagetätigkeit nach § 152 Abs. 2 und § 160 der Strafprozeßordnung (StPO) und das Vertrauen in eine von außen unbeeinflusste, objektive Tätigkeit der Staatsanwaltschaft zu schützen und zu stärken. Von daher ist es geboten, Gerichte und Staatsanwaltschaften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik auch gemeinsam zu organisieren.

Gegenstand der Bestimmungen des Gesetzes sind insbesondere:

- Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften,
- Zugriffsschranken für Bedienstete der Informations- und Kommunikationstechnik und Verwaltungsbedienstete auf Daten und elektronische Dokumente, welche durch Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Amtsanwältinnen und Amtsanwälten oder Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im Rahmen der Verfahrensbearbeitung im weitesten Sinne erstellt worden sind,
- Kontrolle der Zugriffsschranken durch eine IT-Kontrollkommission.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1

Zu Absatz 1

Als Grundsatz ist festgestellt, dass sich die Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik bedienen. Es handelt sich mithin um keine Regelung, sondern lediglich eine Klarstellung des Status quo.

Nicht zu den Gerichten im Sinne dieses Gesetzes gehört der Verfassungsgerichtshof als eigenständiges Verfassungsorgan nach Artikel 79 der Verfassung des Freistaats Thüringen. § 10 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes sieht allerdings vor, dass sich der Verfassungsgerichtshof der Geschäftseinrichtungen des Oberverwaltungsgerichts bedienen kann. Damit hat er auch im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik die Möglichkeit, sich der im Land vorhandenen Infrastrukturen für Informations- und Kommunikationstechnik einschließlich der bestehenden technischen Hilfsmittel zu bedienen.

Zu Absatz 2

Der Geltungsbereich des Gesetzes beschränkt sich auf die Regelung von Zuständigkeiten und der organisatorischen Rahmenbedingungen beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes, worunter auch die Einrichtung, die Administration und die Betreuung fallen. Vom Geltungsbereich des Gesetzes wird damit sowohl die Hardwareausstattung und -nutzung als auch und gerade der Einsatz von Software erfasst.

Das Gesetz richtet sich damit an diejenigen Stellen innerhalb und außerhalb der Justiz, welche diese Informations- und Kommunikationstech-

nik ganz oder teilweise zentral beschaffen, bereitstellen und betreuen. Letztere sind in § 2 Nr. 5 näher bestimmt.

Zu § 2

§ 2 bestimmt die im diesem Gesetz verwendeten zentralen Begrifflichkeiten.

Zu Nummer 1

Nummer 1 enthält eine Definition zum Begriff "Daten".

Zu Nummer 2

Die Begriffsdefinition für "Hardware" verdeutlicht, dass darunter die körperlichen Ausstattungsgegenstände zu verstehen sind.

Zu Nummer 3

Der Begriff "Software" umfasst alle eingesetzten Programme mit den dazugehörigen Daten. Darunter fallen zum Beispiel auch Fachverfahren, bei denen es sich um spezielle Softwareprodukte handelt, mit denen regelmäßig anfallende strukturierte Geschäftsprozesse bearbeitet werden können, sowie Betriebssysteme oder Treiber.

Zu Nummer 4

Die Definition für den Begriff "Informations- und Kommunikationstechnik" umfasst die Hardware nach Nummer 2, die Software nach Nummer 3 und die Infrastruktur zur Verarbeitung von Daten und elektronischen Dokumenten. Die Verarbeitung ist in diesem Sinne als Oberbegriff zu verstehen. Nach Artikel 4 Nr. 2 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, L 314 vom 22.11.2016, S. 72, L 127 vom 23.5.2018, S. 2, L 74 vom 4.3.2021, S. 35) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 32 Nr. 2 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) fallen darunter unter anderem auch die Speicherung, Löschung und Übertragung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung.

Zu Nummer 5

Mit Nummer 5 ist definiert, welche Stellen im Sinne dieses Gesetzes als Dienstleister gelten. Es kann sich hierbei um Einrichtungen innerhalb oder außerhalb der Landesverwaltung handeln. Die Rechtsform ist hierbei unerheblich, sodass von dem Begriff sowohl öffentliche als auch private Einrichtungen erfasst sind. Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften fällt demnach nicht unter den Begriff des Dienstleisters im Sinne dieses Gesetzes.

Zu Nummer 6

Die Definition für den Begriff "Sicherheitsvorfall" orientiert sich im Rahmen des Informationssicherheitsmanagements der Landesverwaltung an der in Nummer 3 der Richtlinie zur Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen, Version 2.0, vom 12. Juli 2021 (veröffentlicht durch das Finanzministerium unter https://intranet.thlv.de/informationssicherheit/ISMS_RL_MeldungProzent20vonProzent20IT-SicherheitsvorfallProzentC3ProzentA4llen_2.0.pdf)

enthaltenen Definition, welche wiederum der Definition des IT-Grundschutz-Kompends des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, Stand Februar 2022 (veröffentlicht in der Deutschen Nationalbibliografie unter <http://dnb.d.nb.de>) entspricht. Neben der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität sind ferner die Authentizität und Verbindlichkeit von Daten, Informationen und Geschäftsprozessen schutzwürdig.

Zu Nummer 7

Mit der Definition für den Begriff "elektronisches Dokument" soll insbesondere verdeutlicht werden, dass nicht nur die in Nummer 1 genannten Daten schützenswert sind, sondern dass gerade auch die zusammenfassende gesonderte Darstellung von Daten im Lichte des Ziels nach § 3 Satz 1 ein eigenes Objekt bildet, welches ebenfalls besonders schutzwürdig ist.

Zu Nummer 8

Nummer 8 enthält eine Definition zum Begriff "Metadaten". Dies sind Daten, die Informationen über Merkmale oder Eigenschaften von elektronischen Dokumenten enthalten. Zu den Metadaten einer Datei gehören unter anderem der Dateiname, die Zugriffsrechte und der Zeitstempel der letzten Änderung.

Zu Nummer 9

Mit Nummer 9 werden "Logdateien" definiert. Eine Logdatei enthält das automatisch geführte Protokoll aller oder bestimmter Aktionen von Prozessen auf einem Computersystem. Logdateien vermögen damit Auskunft über das Nutzungsverhalten einzelner Personen zu geben, zum Beispiel die Zeiten der An- und Abmeldung, Lese- und Schreibvorgänge (auch in Datenbanken) oder auch die Dokumentation von Verfahrensabläufen.

Zu § 3

Satz 1 benennt das Ziel, das mit diesem Gesetz verfolgt wird. Damit sind in Form einer Generalklausel alle Stellen, welche die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informations- und Kommunikationstechnik und deren Einrichtung, Administration und Betreuung übernehmen, in der Pflicht, die Erreichung dieses Ziels zu beachten. Dies gilt nicht nur auf der technischen Seite, sondern auch bei der Abfassung von anderen Festlegungen, wie zum Beispiel beim Abschluss von Vereinbarungen oder im Rahmen der vertraglichen Vergabe von Dienstleistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften hat sich an den aus Artikel 19 Abs. 4 und Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes sowie aus § 152 Abs. 2 und § 160 StPO folgenden Vorgaben auszurichten. Die Funktionsfähigkeit erfordert zum Beispiel die Gewährleistung einer höchstmöglichen Betriebsstabilität der in den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften eingesetzten Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Bereitstellung der erforderlichen Fachverfahren. Dazu gehört insbesondere auch der Schutz vor Angriffen und unberechtigten Zugriffen.

Die sonstigen besonderen Belange der Justiz ergeben sich aus den allgemeinen verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Vorgaben, unter denen die verschiedenen Organe der Rechtspflege im Rahmen

ihrer Zuständigkeiten tätig sind. Dabei kann der Schutzzumfang durchaus unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob es sich um die rechtsprechende (streitentscheidende) Tätigkeit der Richterinnen und Richter, die Rechtspflege, insbesondere im Sinne von Rechtsfürsorge im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, oder um die verschiedenen Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften handelt. Besonders schützenswert ist hier die vom Legalitätsprinzip getragene Ermittlungs- und Anklagetätigkeit.

Die sachliche Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ergibt sich aus § 9 RPflG und gilt unabhängig davon, ob diese bei einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft eingesetzt sind. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte sind demgegenüber nach § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes weisungsgebunden.

Satz 2 bestimmt, dass auch bei der Beauftragung von Dienstleistern darauf geachtet werden muss, dass die Wahrung des Ziels dieses Gesetzes nach Satz 1 sichergestellt ist; dies kann zum Beispiel durch die Verpflichtung des Vertragspartners zur Ermöglichung der vorgesehenen Kontrollen und Einräumung von Auskunfts- und Prüfrechten erfolgen.

Zu § 4

Zu Absatz 1

Satz 1 stellt die grundsätzliche Ressortverantwortung des für Justiz zuständigen Ministeriums hinsichtlich der Information- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften klar. Diese gilt unabhängig vom Ort der konkreten Aufgabenerfüllung. Umfasst sind sowohl die sachliche als auch die strategische Verantwortung, mithin auch die diesbezügliche Haushaltsplanung und Verwaltung der finanziellen und sachlichen Mittel. Die Strategie ist unter anderem die Vereinheitlichung zum Zwecke eines effizienteren Betriebs der Informations- und Kommunikationstechnik innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Zu den grundlegenden Angelegenheiten gehören die Einordnung der strategischen Ziele in den länderübergreifenden Entwicklungsprozess, die Zusammenarbeit in den bundesweiten Entwicklungsverbünden (auch wenn sie in Kooperation mit den zuständigen Gerichten und Staatsanwaltschaften umgesetzt wird), der Abschluss kostenwirksamer Vereinbarungen in den Verbünden und die operative Stellung des Auftraggebers gegenüber Dienstleistern. Der damit verbundene Bedarf an Organisation und Koordination kann nur von einer zentralen Stelle abgedeckt werden, zumal bei dem für die Justiz zuständigen Ministerium auch die strategische Verantwortung liegt. Die strategische Entwicklung und Einführung einheitlicher Standards der Informations- und Kommunikationstechnik, der zentralen Dienste und für die Fachverfahren und damit zum Beispiel die Weiterentwicklung der organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnik werden zu den grundlegenden Angelegenheiten gezählt.

Dessen ungeachtet sollen die Koordination der Bedarfe und der Dialog über die Notwendigkeit von Anschaffungen unter Einbindung der Gerichte und Staatsanwaltschaften weiterhin im Vordergrund stehen.

Daneben zählt es zu den Aufgaben des für Justiz zuständigen Ministeriums, die Umsetzung der strategischen Vorgaben für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik zu koordinieren und deren Einhaltung zu überwachen, insbesondere die Standardisierungsvorgaben

zur Informationssicherheit des IT-Planungsrats. Dieser ist in der Bundesrepublik Deutschland das zentrale Gremium für die Zusammenarbeit des Bundes, der Länder und der Kommunen in der Informationstechnik (vergleiche Artikel 91c des Grundgesetzes) und hat eine Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung einschließlich eines Umsetzungsplans beschlossen. Derzeit orientieren sich der Bund, die Länder und die Kommunen im Grundsatz an den Empfehlungen nach der DIN ISO/IEC 2700x-Reihe sowie den Standards des IT-Grundschutzes des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik.

Die Notwendigkeit der in Satz 2 benannten Fachaufsicht ergibt sich aus der strategischen Verantwortung des für Justiz zuständigen Ministeriums. Da die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften dem Oberlandesgericht angegliedert ist, mithin einem organisatorisch selbständigen Gericht, ist klarzustellen, dass für fachliche Entscheidungen die Verantwortung beim für Justiz zuständigen Ministerium liegt. Der Begriff der Fachaufsicht umfasst sämtliche Mittel der Steuerung innerhalb der hierarchischen Verwaltung. Die Fachaufsicht schließt die Rechtsaufsicht ein und geht über sie hinaus, umfasst mithin auch Weisungen zur Verwirklichung von Zweckmäßigkeitserwägungen, Strategien und Konzepten. Davon unberührt bleibt die Dienstaufsicht über die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften beim Oberlandesgericht, was mit § 5 Abs. 1 Satz 2 nochmals ausdrücklich klargestellt wird.

Zu Absatz 2

Angesichts der in Absatz 1 benannten Verantwortung des für Justiz zuständigen Ministeriums, sind auch die Vereinbarungen unter Berücksichtigung und zur Sicherung des Ziels nach § 3 Satz 1 und der Maßgaben nach § 8 durch dieses abzuschließen. Hierbei wäre zum Beispiel auch zu prüfen, ob eine Klausel zur Abstimmung über Unterbeauftragungen aufzunehmen ist.

Die Möglichkeit der Beauftragung des Landesrechenzentrums als zentralem Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung ist vorrangig vor einer Beauftragung von anderen Dienstleistern zu prüfen.

Zu § 5

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften ist für die operative Umsetzung der durch das für Justiz zuständigen Ministeriums nach § 4 Abs. 1 festgelegten Grundsätze zuständig.

Zu Absatz 1

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften wurde durch Erlass des für Justiz zuständigen Ministeriums vom 14. Februar 2012, Aktenzeichen 1500/E-1237/10, gegründet, um die bis dato vorhandenen dezentralen IT-Stellen zusammenzuführen. Absatz 1 dient der Schaffung klar ersichtlicher Strukturen und Verantwortlichkeiten zwischen dem verantwortlichen für Justiz zuständigen Ministerium und der ausführenden IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften. Durch die Angliederung an das Oberlandesgericht ist gewährleistet, dass die Aufgaben durch Justizbedienstete wahrgenommen werden. Dementsprechend wird die Dienstaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Oberlandesgerichts und nicht durch das für Justiz zuständige Ministerium ausgeübt.

Zu Absatz 2

In Absatz 2 werden die Zuständigkeiten der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften festgelegt. Hierdurch wird gewährleistet, dass für die Aufgabenwahrnehmung im operativen Bereich Justizbedienstete zuständig sind und es besonderer Voraussetzungen und Vereinbarungen bedarf, wenn auf Ressourcen des zentralen Dienstleisters für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung oder anderer Dienstleister zurückgegriffen werden soll. Ein Aufbau paralleler Strukturen ist insofern nicht beabsichtigt.

Soweit die Zuständigkeit der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften konkreter zu regeln sein wird, kann hier das für Justiz zuständige Ministerium ohne weitere Ermächtigungen im Wege der Fachaufsicht tätig werden. Die Regelung in Satz 2 dient mithin allein der Klarstellung.

Zu Absatz 3

Mit Absatz 3 wird ein Teil der Verantwortung des für Justiz zuständigen Ministeriums auf die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften übertragen, indem diese Vereinbarungen selbst abschließen kann. Ausgenommen von dieser Befugnis sind Vereinbarungen mit Justizverwaltungen anderer Länder. Für Vereinbarungen mit anderen Stellen der Landesverwaltung als dem zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung bleibt die Hoheit aus strategischen Gründen bei dem für Justiz zuständigen Ministerium. Bei Abschluss solcher Vereinbarungen sind das Ziel nach § 3 Satz 1 und die Maßgaben nach § 8 zu beachten.

Zu Absatz 4

Für die Zuarbeit zum Haushaltsansatz für die Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zuständig. In diesem Zusammenhang leistet sie auch die erforderliche Zuarbeit für den ressortübergreifenden IT-Gesamtplan. Die IT-Gesamtplanung wird gemäß Verwaltungsvorschrift für die Organisation des E-Government und IT-Einsatzes in der Landesverwaltung des Freistaats Thüringen vom 12. März 2019 (ThürStAnz 2019, 724) durch die Koordinierungsstelle E-Government und IT im Thüringer Finanzministerium erstellt. Der IT-Gesamtplan ist die Zusammenfassung aller E-Government- und IT-Fachplanungen der Landesverwaltung ist Grundlage für den Haushaltsansatz.

Zur Wahrung einer Mindestentscheidungskompetenz der Gerichte und Staatsanwaltschaften hinsichtlich deren Bedarfe an Informations- und Kommunikationstechnik ist auch der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Maßgabe des § 6 Abs. 2 zu beteiligen; dessen Bedarfsempfehlungen sind zu berücksichtigen.

Zu § 6**Zu Absatz 1**

Diese Regelung dient der Schaffung ausreichender Einflussnahme- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften, die zum Betreuungsbereich der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zählen. Da die Gerichte und Staatsanwaltschaften keine Fachaufsicht ausüben, bedarf es eines institutionellen

Interessenausgleichs in Form eines Abstimmungsgremiums. Der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, dem die Präsidentinnen und Präsidenten der Obergerichte sowie die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt angehören, gewährleistet, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften einerseits über anstehende Vorhaben aktuell informiert werden und auf diese Vorhaben fachlich Einfluss nehmen können und andererseits, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften die aus ihrer Sicht umzusetzenden Vorhaben selbständig in einen Entscheidungs- und Umsetzungsprozess einbringen können. Die Einzelheiten hierzu definiert der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften in einer eigenen Geschäftsordnung, in der die weiteren Einzelheiten, insbesondere das Abstimmungsverfahren und ihre Kompetenzen im Verhältnis zur Leitung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zu regeln sind. Damit ist auch gewährleistet, dass der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften im Verhältnis zur Leitung IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet wird. Diese Geschäftsordnung ist dem für Justiz zuständigen Ministerium zu übermitteln ebenso wie jede Änderung dieser. Es handelt sich um ein Gremium der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften und damit explizit nicht um eine dieser übergeordneten Institution.

Zu Absatz 2

Absatz 2 legt die Zuständigkeit fest, welche sich auf die Ausstattungsbedarfe der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informations- und Kommunikationstechnik erstreckt. Hierzu zählen insbesondere die Einführung, Änderung oder Abschaffung einzelner Fachverfahren bei den Gerichten oder Staatsanwaltschaften, aber auch Beschaffungen von Hardware. Die fachlichen Empfehlungen des Lenkungskreises der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften gegenüber der Leitung der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften bilden die Grundlage für die Aufstellung des Haushaltsbedarfs nach § 5 Abs. 4. Damit ist sichergestellt, dass alle Gerichte und Staatsanwaltschaften ihre spezifischen Bedarfe anmelden können und diese im Haushaltsaufstellungsverfahren Berücksichtigung finden. Zudem ist der Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Lage, entscheiden zu können, wie die Bedarfe zu gewichten sind, wenn die Haushaltsmittel nicht ausreichen. Insofern gestaltet er die durch das für Justiz zuständige Ministerium im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 1 verantworteten strategischen Vorgaben aus.

Zu § 7

Zu Absatz 1

Für die Landesverwaltung wurde ein zentraler Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik eingerichtet, welcher dem für Finanzen zuständigen Ministerium untersteht. Hierbei handelt es sich um das Landesrechenzentrum. Die Landesverwaltung ist nach dem § 27 Abs. 1 Satz 2 ThürEGovG überwiegend zur Nutzung der insofern bereitgestellten Dienste verpflichtet. Die Aufgaben des zentralen Dienstleisters für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung werden im Wesentlichen in den §§ 31 und 32 ThürEGovG benannt.

Als Organe der Rechtspflege werden die Gerichte und Staatsanwaltschaften von den Regelungen zum E-Government nicht erfasst. Für die Staatsanwaltschaften als Strafverfolgungsbehörden ergibt sich dies aus

§ 1 Abs. 5 Nr. 2 ThürEGovG. Die Gerichtsverwaltungen sind nach § 1 Abs. 6 Satz 1 ThürEGovG vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen. Hinsichtlich der rechtsprechenden Tätigkeit der Gerichte ist der Anwendungsbereich des Thüringer E-Government-Gesetzes, der sich nach § 1 Abs. 1 bis 3 ThürEGovG lediglich auf die Verwaltung bezieht, bereits nicht eröffnet. Dies ändert aber nichts an dem Umstand, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Praxis nicht vollständig eigene Infrastrukturen für Informations- und Kommunikationstechnik schaffen und unterhalten können. Vielmehr ist die teilweise Nutzung einiger durch das Landesrechenzentrum angebotenen Dienste tunlich, da der Aufbau eigener Infrastrukturen für Informations- und Kommunikationstechnik unwirtschaftlich und kaum leistbar ist.

Durch Absatz 1 wird daher gewährleistet, dass sich die Gerichte und Staatsanwaltschaften zwar der Ressourcen des Landesrechenzentrums und der von diesem geschaffenen Infrastrukturen bedienen können, hierbei aber die justiziellen Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Die Inanspruchnahme der durch das Landesrechenzentrum bereitgestellten zentralen Infrastrukturkomponenten und Dienste ist vorrangig vor einer entsprechenden Beauftragung anderer Dienstleister zu prüfen.

Das Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist insofern ein Spezialgesetz für die Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Daher geht es dem Thüringer E-Government-Gesetz vor.

Die Entscheidung über die Nutzung der in der Landesverwaltung bereitgestellten Hardware und Software, der zentralen Dienste und deren einzelne Funktionen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften wird nicht zentral durch das Landesrechenzentrum oder das für die Koordination der ressortübergreifenden Informations- und Kommunikationstechnik und E-Government zuständige Ministerium getroffen, sondern dem für die Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften verantwortlichen Ministerium zugewiesen. Über diesen Weg kann nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsbereich mithilfe des Lenkungskreises der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften eingebunden werden.

Das Landesrechenzentrum wird durch Vereinbarung mit dem für Justiz zuständigen Ministerium verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass auch die Gerichte und Staatsanwaltschaften mit den vorhandenen zentralen Infrastrukturkomponenten und Diensten ausgestattet werden können und die dazugehörige Betreuung erfahren.

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften ist vor der tatsächlichen Nutzung der durch das Landesrechenzentrum bereitgestellten Infrastrukturkomponenten oder Dienste anzuhören, um eine Abstimmung der technischen Anforderungen und internen Umsetzungsmöglichkeiten herbeizuführen. Dies beruht auf der praktischen Erwägung, dass letztlich auch bei Befassung des Landesrechenzentrums als zentralem Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften in aller Regel noch Teilaufgaben behält, für die stets zunächst zu klären ist, ob und wie die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften diese erfüllen kann.

Im Rahmen der mit dem Landesrechenzentrum zu treffenden Vereinbarungen wäre durch das für Justiz zuständige Ministerium jeweils auch

zu prüfen, ob eine Klausel zur Abstimmung über Unterbeauftragungen aufzunehmen ist.

Zu Absatz 2

Soweit die zentralen Infrastrukturkomponenten und Dienste nach Absatz 1 beansprucht werden, steht dem für Justiz zuständigen Ministerium ein unbeschränktes Auskunfts- und Prüfungsrecht gegenüber dem Dienstleister zu, welches nicht per Vereinbarung disponibel ist. Diese Regelung setzt die Vorgaben des Urteils des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010 um und regelt die Kompetenzen des für Justiz zuständigen Ministeriums gegenüber dem Landesrechenzentrum. Sie stellt zudem die Einhaltung des Dienstwegs sicher. Diese Regelung dient daher ebenfalls der Erfüllung der Aufgaben des für Justiz zuständigen Ministeriums, Schutz und Kontrolle der Daten und elektronischen Dokumente der Rechtspflege zu gewährleisten. Zum Recht auf Auskunft und Prüfung gehört insbesondere die Einsichtnahme in Logdateien und die Prüfung der Rechte- und Rollenverwaltung.

Damit das Recht auf Auskunft und Prüfung nicht lediglich reiner Selbstzweck ist, kann das für Justiz zuständige Ministerium Berichtsaufträge erteilen, Beanstandungen aussprechen und unter angemessener Fristsetzung zur Abhilfe der Beanstandungen auffordern.

Soweit andere Dienstleister beauftragt werden, sind entsprechende Rechte durch vertragliche Vereinbarungen entsprechend sicherzustellen, vergleiche § 3 Satz 2.

Das Landesrechenzentrum wird im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit oder als Auftragsverarbeiter im Sinne der Artikel 26 und 28 der Verordnung (EU) 2016/679 tätig.

Sofern sich das Auskunftsrecht auf die Herausgabe personenbezogener Daten bezieht, hat die verantwortliche Stelle im Sinne des Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 unter Prüfung der Rechtmäßigkeit ihre Zustimmung zu erteilen. Die Zustimmung ist mit Auskunftserteilungsgesuch vorzulegen.

Zu Absatz 3

Für das Landesrechenzentrum wird eine Unterrichtungspflicht hinsichtlich ihm, in seinem Zuständigkeitsbereich bekannt gewordenen Sicherheitsvorfällen, welche die Gerichte und Staatsanwaltschaften betreffen, normiert, soweit dieser Aufgaben für den Geschäftsbereich des für Justiz zuständigen Ministeriums übernimmt. Die Unterrichtungspflicht obliegt dem Landesrechenzentrum auch, soweit Sicherheitsvorfälle Bereiche betreffen, die durch von dem Landesrechenzentrum beauftragte Dienstleister praktisch betreut werden. Damit auch die Dienststelle von den sie betreffenden Sicherheitsvorfällen Kenntnis erlangt, regelt Satz 3 eine entsprechende Unterrichtung durch das für Justiz zuständige Ministerium.

Zu Absatz 4

Die Landesverwaltung betreibt ein eigenes gesichertes Landesdatennetz für den Datenaustausch, welches durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik für den Schutzbedarf "hoch" nach den aktuellen Schutzbedarfskategorien zertifiziert worden ist.

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sind an das Landesdatennetz angeschlossen und profitieren damit von dessen gesicherter Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnik. Diese kann aber auf Dauer nur bestehen, wenn sich die angeschlossenen Dienststellen an die auf Grundlage des § 30 Abs. 1 Satz 2 ThürEGovG durch das für die Koordinierung der ressortübergreifenden Informations- und Kommunikationstechnik und E-Government zuständigen Ministerium festgelegten Anschlussbedingungen an das Landesdatennetz halten.

Damit wirken die derzeitigen und künftigen Sicherheitstechniken und -mechanismen bei der Nutzung des Landesdatennetzes auch auf die Gerichte und die Staatsanwaltschaften ein.

Zu Absatz 5

Neben der in Absatz 1 geregelten Zusammenarbeit hinsichtlich der zentralen Infrastrukturkomponenten und Dienste ist auch eine Zusammenarbeit bei Ausschreibungen und bei der Beschaffung von Hardware und Software oder zentralen Dienstleistungen sinnvoll, um Ressourcen zu bündeln und wirtschaftlich zu handeln. Absatz 5 regelt die Beteiligung hierzu. Die Beteiligung an zentralen Beschaffungsmaßnahmen ist der jeweils zuständigen Stelle rechtzeitig vor der Beteiligung an einer Vergabe anzukündigen, sodass diese bei der Aufstellung der IT-Fachplanung und der Haushaltsplanung Berücksichtigung finden kann.

Zu § 8

Zu Absatz 1

Absatz 1 benennt Vorgaben für Dienstleister im Sinne des § 2 Nr. 5, wenn diese beauftragt werden, Daten und elektronische Dokumente der Gerichte oder Staatsanwaltschaften zu verarbeiten. Bei der Inanspruchnahme eines jeden Dienstleisters sind die durch § 8 vorgegebenen Schranken maßgeblich.

In Absatz 1 sind die vom Hessischen Dienstgerichtshof für Richter in seiner Entscheidung vom 20. April 2010 formulierten Mindestbedingungen enthalten, unter denen eine Einbindung in die zentralen IT-Infrastrukturen der Landesverwaltung und eine zentrale Administration der in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommenden Informations- und Kommunikationstechnik durch einen zentralen IT-Dienstleister verfassungsrechtlich zulässig ist. Da, nach der Kernaussage dieses Urteils, die richterliche Unabhängigkeit eine Einflussnahme auf den sachlichen Inhalt der richterlichen Tätigkeit verbietet, muss bereits auch jeglicher (eigenmächtige) Einblick in den justiziellen Arbeitsprozess untersagt werden. Sowohl die Kenntnisnahme als auch die Möglichkeit der Kenntnisnahme solcher Daten und elektronischen Dokumente durch Dritte ist daher grundsätzlich zu verhindern. Mit "Einblick" ist gemäß dem Urteil jede Form der Kenntnisnahme gemeint.

Maßgeblich für die zur Umsetzung dieser Kernaussage erforderlichen Maßnahmen ist stets der aktuelle Stand der Technik. Die darüber hinaus enumerativ aufgeführten Maßgaben sind an die Vorgaben des Urteils angelehnt und nicht abschließend. Aus dem Umstand, dass in diesen Maßgaben nur die Rede von administrativ berechtigten Personen ist, darf kein Umkehrschluss zugunsten anderer Personen oder Stellen gezogen werden; vielmehr sind die in Satz 1 festgelegten Vorgaben von allen beteiligten Stellen sicherzustellen. Die Aufzählung ist auch inhaltlich nicht abschließend. Daneben gelten die in den einzelnen Prozess-

ordnungen und auf deren Grundlage erlassener Landesverordnungen (zum Beispiel für die elektronische Akte) und in den geltenden Datenschutzvorschriften des Landes enthaltenen Bestimmungen.

Nummer 1 nimmt das Landesrechenzentrum als zentralem Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik und andere Dienstleister in die Pflicht, das verfassungsrechtliche Gebot der Gewaltenteilung, hier die Trennung der Judikative von der Exekutive, in einer möglichst weitgehenden, zugleich den Datenschutzvorschriften genügenden Trennung der vorhandenen Informations- und Kommunikationsstrukturen zu berücksichtigen. Aus den im Allgemeinen Teil der Begründung genannten wirtschaftlichen Erwägungsgründen erfolgt diese Trennung bei Beauftragung des Landesrechenzentrums zwar nicht zwingend physisch sichtbar, aber doch durch Schaffung geschlossener, voneinander abgegrenzter, Benutzergruppen. Eine Trennung auf Hardware-Ebene ist daher nicht zwingend, sofern eine solche auf Software-Ebene oder durch sonstige organisatorische Maßnahmen erfolgt. Außerdem wird die Nutzung eigener virtueller Server ("Mandantenfähigkeit") gewährleistet.

Nummer 2 regelt, dass die berechtigten Inhaber administrativer Zugänge zu bestimmen und die Bedingungen, unter denen darüber hinaus erforderliche Zugänge für weitere administrativ berechnigte Personen durch Dienstleister geschaffen werden, festzulegen sind. Hinsichtlich der Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung bedarf es einer abschließenden Dokumentation der notwendigen Bereiche und Tätigkeiten sowie der Darlegung eines Überprüfungsgrundes nach § 1 Abs. 2 des Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetzes vom 17. März 2003 (GVBl. S. 185) in der jeweils geltenden Fassung.

Abweichend vom Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010 werden nicht die berechtigten Inhaber eines Masterpassworts bestimmt, sondern administrativ berechnigte Personen. Da eine administrativ berechnigte Person auf Anwendungsebene (zum Beispiel "File-System" und Fachverfahren) eine Berechnigung haben kann, mittels derer eine Einsichtnahme in die hier geschützten Daten und elektronischen Dokumente und damit ein Verstoß gegen das in den Nummern 3 und 4 jeweils enthaltene Verbot möglich wäre, müssen die insoweit administrativ berechnigten Personen durch die Justizverwaltung selbst im Rahmen des von ihr zu definierenden Berechnigungsmanagements bestimmt werden. Soweit die administrativ berechnigten Personen im Bereich anderer Anwendungsebenen (zum Beispiel Backendsysteme, Verzeichnisdienste und Betriebssysteme) durch den Dienstleister selbst bestimmt werden, wäre durch das für Justiz zuständige Ministerium - etwa durch vertragliche Regelungen - jedenfalls sicherzustellen, dass der Bestimmung eine obligatorische Sicherheitsüberprüfung vorausgeht und dass diese administrativen Tätigkeiten sowie eine Veränderung von Berechnigungen vollumfänglich und revisionssicher protokolliert und die Protokolle dem für Justiz zuständigen Ministerium als Report zur Verfügung gestellt werden, um etwaige Verstöße gegen das Gesetz umgehend registrieren zu können.

Die Bedingungen für eine etwaige Öffnung der Zugänge für weitere administrativ berechnigte Personen, vor allem aus Gründen der Erforderlichkeit, müssen von der Justizverwaltung in abstrakter Form vorab festgelegt werden.

Nummer 3 untersagt den administrativ berechnigten Personen noch einmal ausdrücklich die Einsichtnahme in die besonders geschützten Da-

ten und elektronischen Dokumente und deren Weitergabe. Beides ist zur Erfüllung rein administrativer Aufgaben nicht erforderlich.

Geschützt sind zunächst richterliche Daten und elektronische Dokumente, die den Kernbereich der richterlichen Tätigkeit betreffen, in Abgrenzung zu solchen, die nach § 26 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) allein die Ordnung oder die Art der Ausführung eines Amtsgeschäfts betreffen. Es handelt sich um Daten und elektronische Dokumente, die im Rahmen der rechtsprechenden Tätigkeit bis zur abschließenden Entscheidung angefertigt werden, wie zum Beispiel Verfügungen, Beschlüsse und Urteile, Notizen, Entwürfe und Voten, Ladungen und Protokolle, unabhängig davon, wo sie entstehen und wo sie gespeichert sind. Davon erfasst sind deshalb sowohl Daten und elektronische Dokumente, die später gegebenenfalls Teil der elektronischen Akte werden, als auch Annotationen in der elektronischen Akte.

Ein entsprechender Schutz gilt für Daten und elektronische Dokumente, die von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern im Rahmen ihrer sachlich unabhängigen Tätigkeit nach § 9 RPfIG erstellt werden. Speziell zum Schutz des Legalitätsprinzips nach § 152 Abs. 2 und § 160 StPO und zur Gewährleistung ungestörter Ermittlungsverfahren wird die Zugriffsbeschränkung schließlich auch auf Daten und elektronische Dokumente erstreckt, die in den Staatsanwaltschaften im Zuge der Ermittlungstätigkeit von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten oder Amtsanwältinnen und Amtsanwälten erstellt werden.

Das Verbot der Weitergabe schließt die Möglichkeit der Kenntnisnahme durch Dritte allerdings nicht schlechthin aus. Soweit der Dienstaufsicht oder anderen staatlichen Stellen eine inhaltliche Kenntnisnahme erlaubt oder eine solche gar geboten ist, kann die Weitergabe auf der Grundlage anderer Gesetze, zum Beispiel nach der Strafprozeßordnung oder dem ThürDSG zulässig sein (vergleiche Nummer 5) oder auch unmittelbar auf Veranlassung und mit Zustimmung der Verfasserin oder des Verfassers erfolgen (vergleiche Nummer 6).

Die Regelung in Nummer 4 beinhaltet das ausdrückliche Verbot, Metadaten und Logdateien weiterzugeben. Mithilfe der Metadaten und der Logdateien lässt sich das Arbeitsverhalten einer Nutzerin oder eines Nutzers in einem Umfang nachzeichnen, der selbst über das zulässige Maß der allgemeinen Dienstaufsicht nach § 26 Abs. 2 DRiG hinausgeht, vergleiche Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Rn. 69 (juris).

Die Einsicht- und Kenntnisnahme dieser Daten und Dateien wird nicht ausdrücklich untersagt, da sich eine solche im Rahmen der Administration nicht immer verhindern lässt. Insoweit gilt deshalb Nummer 6.

Informationen zu Personen- und Verfahrensdaten aus den Fachverfahren sind personenbezogene Daten, welche unter die vorgehenden Regelungen der Verordnung (EU) 2016/679 und des Thüringer Datenschutzgesetzes fallen. Eine zusätzliche Regelung kommt daher hier nicht in Betracht.

Nummer 5 formuliert die Zulässigkeit von Ausnahmen der Maßgaben nach den Nummern 3 und 4 zugunsten der Protokollierung und Kontrolle zu dienstlichen Zwecken (etwa für den Fall eines konkreten Missbrauchsverdachts zu dienstfremden Zwecken). Denn auch die Dienstaufsicht über Richterinnen und Richter umfasst die Befugnis zur Prüfung, ob die überlassenen Arbeitsmittel ausschließlich für dienstliche Zwecke

gebraucht werden, vergleiche Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Rn. 75 (juris). Eine Einsicht im Rahmen der Rechts- oder Fachaufsicht bei der Staatsanwaltschaft ist durch diese Regelung im Übrigen nicht ausgeschlossen, sollte allerdings unabhängig von der Administration der Informations- und Kommunikationstechnik sichergestellt werden.

In Bezug auf Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Amtsanwältinnen und Amtsanwälten oder Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger erscheint es im Übrigen grundsätzlich ausreichend, wenn die Administration der Informations- und Kommunikationstechnik eine Einsicht zu Zwecken der allgemeinen Dienstaufsicht in Daten und elektronische Dokumente abgeschlossener Verfahren ermöglicht. Die Einsichtnahme in Daten und elektronische Dokumente laufender Verfahren muss hingegen "unerlässlich" sein, zum Beispiel im Rahmen von Disziplinarverfahren.

Nummer 6 stellt im Umkehrschluss klar, dass auch alle anderen als die in den Nummern 3 und 4 speziell behandelten Verwendungen von Daten, elektronischen Dokumenten, Metadaten und Logdateien durch die Administration grundsätzlich untersagt sind. Der Begriff "Verarbeitung" entspricht dem nach § 32 Nr. 2 ThürDSG und Artikel 4 Nr. 2 der Verordnung (EU) 2016/679 und umfasst jeden Umgang mit den bezeichneten Dokumenten, Daten und Dateien, mithin auch die vom Hessischen Dienstgerichtshof für Richter ausdrücklich erwähnten "inhaltlichen Zugriffe", die Einsichtnahme oder das Speichern. Eine Ausnahme wird insoweit aber zugelassen für Verarbeitungen, die betriebsnotwendig und aus technischen Gründen "unerlässlich" sind. Dies gilt etwa bei erforderlichen Datensicherungen, Reparaturen, Neuinstallationen, vergleiche Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Rn. 52 und 84 (juris).

Die Pflicht zur Protokollierung nach Nummer 7 umfasst in Anlehnung an die Regelungen des Datenschutzrechts jeglichen Zugriff durch Administratoren auf Daten und elektronische Dokumente der Gerichte und Staatsanwaltschaften, mithin auch solche Zugriffe, mit denen Änderungen an automatisierten Verfahren und damit am System selbst bewirkt werden.

Die konkreten Einzelheiten zu Satz 1 Nr. 7, zum Beispiel die regelmäßige Auswertung der Protokollierung oder weitergehende Benachrichtigungspflichten, sind nach Satz 2 Halbsatz 1 in gesondert mit den Dienstleistern zu treffenden Vereinbarungen festzulegen. Die Mitteilung erfolgt im Falle eines Zugriffs nach Nummer 7 gegenüber dem für Justiz zuständigen Ministerium unverzüglich, damit dieses die gegebenenfalls erforderlichen technischen und organisatorischen Schritte veranlassen kann, unter anderem die Information betroffener Verfasserinnen oder Verfasser oder berechtigter Nutzerinnen oder Nutzer nach Halbsatz 2.

Adressaten sind im Geltungsbereich dieses Gesetzes Dienstleister im Sinne des § 2 Nr. 5.

Zu Absatz 2

Die in § 3 Satz 1 beschriebenen Belange der Justiz müssen nicht nur gegenüber der Exekutive, sondern auch gegenüber der Justizverwaltung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften geschützt werden.

Absatz 2 sieht deshalb vor, dass die vom Hessischen Dienstgerichtshof für Richter zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit formulierte For-

derung nach einem Regelwerk, das Zugriffsrechte auf die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Daten und elektronische Dokumente sowie Metadaten und Logdateien festlegt und Vorkehrungen sowohl zur Sicherung der Zweckbindung als auch zum Schutz vor unbefugten Einsichtnahmen und Zugriffen trifft, vergleiche Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Rn. 52 bis 54, 68 bis 70 und 74 (juris), auch insoweit umgesetzt wird. In Betracht kommen Regelungen etwa in Bezug auf die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, die Dienstaufsicht führenden oder sonstige, innerhalb der Justiz tätigen Personen. Dabei ist anhand der jeweiligen Aufgabenbeschreibung durch die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften zu definieren, wer welche administrativen Zugriffsrechte erhält und wer im Rahmen der Dienstaufsicht welche Informationen zu welchen Zwecken benötigt und insoweit auch eigene Zugriffsrechte eingeräumt bekommen kann, zum Beispiel zur Ermittlung des Nutzungsverhaltens, der Erledigungsquote oder über sonstige Leistungskontrollen.

Zu § 9

Zu Absatz 1

Die Einrichtung einer unabhängigen IT-Kontrollkommission ist Konsequenz der zitierten Entscheidung des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter. Die IT-Kontrollkommission repräsentiert die Judikative gegenüber der Exekutive im organisatorischen Umfeld des von der Exekutive verantworteten IT-Betriebs und vertritt die Belange und Interessen der Judikative. Sie hat damit eine besondere Funktion als Repräsentantin der Dritten Gewalt.

Sie nimmt neben bestehenden Mitbestimmungsgremien ein ganz eigenes "Wächteramt" ein. Ohne die hier geschaffene Kontrollmöglichkeit würde der Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften durch die Exekutive die richterliche Unabhängigkeit beeinträchtigen, vergleiche Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs für Richter vom 20. April 2010, Rn. 73 und 76 (juris). Die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Anforderungen werden auf den Schutz der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, des Legalitätsprinzips im Bereich der Aufgaben von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Amtsanwältinnen und Amtsanwälte sowie die organisatorische Selbständigkeit der Gerichte erstreckt.

Die Mitglieder der IT-Kontrollkommission nehmen die Kontrollaufgaben gleichsam "treuhänderisch" für die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen und mit ihrer Arbeit in den Schutzbereich des Gesetzes fallenden Personen wahr.

Zu Absatz 2

Die Mitglieder der IT-Kontrollkommission werden durch den Landesrichter- und Staatsanwaltsrat und dem Hauptpersonalrat beim für Justiz zuständigen Ministerium benannt. Diese Pflicht zur Benennung von Mitgliedern tritt zu jeder neuen Amtsperiode erneut ein.

Ziel ist dabei, dass jede betroffene Berufsgruppe und jede Gerichtsbarkeit mit ihren spezifischen fachlichen Anforderungen vertreten ist. Dabei kommt es nicht auf die Größe der Gerichte oder der Staatsanwaltschaften an.

Zu Absatz 3

Die Unabhängigkeit der IT-Kontrollkommission ist wesentliches Merkmal ihres Wächterdienstes. Daher ist eine Weisungsfreiheit festzuschreiben. Für die Mitglieder der IT-Kontrollkommission gelten die Bestimmungen des Datenschutzes und die Vorgaben zur dienstlichen Verschwiegenheit.

Die Einrichtung der IT-Kontrollkommission bei dem für Justiz zuständigen Ministerium dient allein organisatorischen Zwecken und berührt nicht die gebotene Unabhängigkeit der IT-Kontrollkommission insbesondere von dem Ministerium selbst.

Zu Absatz 4

Die konkreten Aufgaben und Befugnisse der IT-Kontrollkommission ergeben sich aus den Vorgaben des Gesetzes sowie einer nach Absatz 9 abzuschließenden Dienstvereinbarung. Art und Umfang der Aufgabenwahrnehmung regelt die IT-Kontrollkommission im Übrigen durch eine nach Absatz 9 Satz 2 Nr. 4 aufzustellende Geschäftsordnung selbst.

Die in Satz 1 beschriebene Kontrollbefugnis der IT-Kontrollkommission besteht unabhängig von Befugnissen von Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit.

Zu Absatz 5

Absatz 5 regelt das Einsichts- und Auskunftsrecht für die IT-Kontrollkommission. Sie kann Kontrollen eigeninitiativ anstoßen. Das Recht umfasst sämtliche Inhalte, wie Dokumente, Programme oder interne Geschäftsverteilung oder Aufgabenübertragung, aus denen sich ergibt, wie die Datenhaltung erfolgt.

Die IT-Kontrollkommission erhält die zur umfassenden Aufgabenerfüllung erforderlichen Einsichts- und Auskunftsrechte gegenüber den Stellen nach den §§ 5 und 7 und den beauftragten Dienstleistern. Um die Aufwände der Kontrollen aufseiten der kontrollierten Einrichtungen valide planen zu können, sind den Begründungen Angaben zu den Eckwerten der Kontrollen, zum Beispiel zu deren Häufigkeit und Ausprägung, zu ergänzen.

Dieser Absatz schafft eine Rechtsgrundlage zur Dateneinsicht und -auskunft zu Kontrollzwecken. Die Erforderlichkeit der Dateneinsicht und -auskunft ist hinreichend zu begründen und mit einem Auskunftersuchen der IT-Kontrollkommission vorzulegen.

Über die Notwendigkeit oder Erforderlichkeit der Einsicht und Auskunft zu personenbezogenen Daten hat der Verantwortliche im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 zu entscheiden. Im Übrigen hat die IT-Kontrollkommission die Notwendigkeit oder Erforderlichkeit der Herausgabe der Daten hinreichend zu begründen. Die Entscheidung der verantwortlichen Stelle und die Begründung der IT-Kontrollkommission ist mit Auskunftsgesuch vorzulegen.

Die Benachrichtigungspflicht nach Satz 4 ist Folge einer unbefugten Zugangsgewährung und des damit einhergehenden Sicherheits- und Vertrauensverlustes. Die Interessen der Richterschaft, der Rechtspflegerschaft sowie der Bediensteten der Staatsanwaltschaften werden durch eine Unterrichtung der IT-Kontrollkommission gewahrt.

Zu Absatz 6

Die von der IT-Kontrollkommission durchzuführenden Kontrollen dienen keinem Selbstzweck. Vielmehr sind Konsequenzen nötig, sollte eine Kontrolle zur Feststellung eines Verstoßes gegen Maßgaben nach § 8 führen. Für die Einleitung von Konsequenzen bei Verstößen ist das für Justiz zuständige Ministerium zuständig. Damit dort entsprechende Konsequenzen geprüft und gegebenenfalls auch eingeleitet werden können, ist eine Mitteilung an das Ministerium notwendig. Daher ist eine entsprechende Informationspflicht geregelt.

Jedes Kontrollergebnis ist dem für Justiz zuständigen Ministerium mitzuteilen. Beanstandungen und Verstöße sind dem für Justiz zuständigen Ministerium unverzüglich mitzuteilen, um gegebenenfalls notwendige Eilmaßnahmen einleiten zu können. Nur das für Justiz zuständige Ministerium ist berechtigt, zur Abhilfe aufzufordern. Diese Verantwortung des für Justiz zuständigen Ministeriums kann nicht an die IT-Kontrollkommission delegiert werden. Vielmehr sind die Verantwortungsbereiche klar getrennt in Kontrollaufgaben durch die IT-Kontrollkommission und die Pflicht des Ministeriums, den Schutz vor Verstößen gegen die Maßgaben nach § 8 zu garantieren.

Die IT-Kontrollkommission wird allerdings zugunsten der Transparenz ermächtigt, Beanstandungen auch der betroffenen Dienststelle mitzuteilen.

Zu Absatz 7

Neben der Mitteilungspflicht bei Beanstandungen und Verstößen wird auch eine regelmäßige Berichtspflicht geregelt. Diese ist notwendig, um das für Justiz zuständige Ministerium in seiner Verantwortung für den Schutz des in § 3 Satz 1 normierten Ziels zu unterstützen. Die Tätigkeitsberichte dienen damit auch zur Evaluierung der in § 8 normierten Maßgaben.

Die Vorgabe zur Übermittlung des Berichts auch an den Geschäftsbereich des für Justiz zuständigen Ministeriums sowie die Standesvertretungen dient der Transparenz.

Zu Absatz 8

Die IT-Kontrollkommission ist nur in der Lage, unabhängig tätig zu werden, wenn ihr die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Mit Absatz 8 wird daher bewirkt, dass das für Justiz zuständige Ministerium die Versorgung mit den erforderlichen Sach- und Fachmitteln sicherstellt und auch alle weiteren durch die Tätigkeit der IT-Kontrollkommission entstehenden Kosten trägt, sofern hierfür Mittel im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans zur Verfügung stehen.

Zu Absatz 9

Nicht alle Vorgaben für die IT-Kontrollkommission bedürfen einer gesetzlichen Regelung. Daher wird auf eine Dienstvereinbarung verwiesen und für diese klargestellt, welche Inhalte darin aufzunehmen sind. Inwieweit darüber hinaus weitere Inhalte gewünscht werden, untersteht dies der Freiheit der Vertragsparteien. In Satz 2 sind lediglich die Mindestinhalte geregelt.

Nach Nummer 1 ist die Zahl der Mitglieder sowie das Benennungsverfahren zu regeln. Das repräsentative Verhältnis der Mitglieder in Bezug

zu jeder Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften kann ebenso wie das Auswahlverfahren selbständig vereinbart werden.

Nach Nummer 2 ist Gegenstand der Dienstvereinbarung die Konstituierung der IT-Kontrollkommission und deren Amtszeit. Ob die Amtsperiode der IT-Kontrollkommission an die Amtsperiode der Landesvertretungsgremien geknüpft wird, kann auch Gegenstand der Dienstvereinbarung sein.

Nach Nummer 3 ist zu regeln, dass die Vertretung der IT-Kontrollkommission durch einen Vorsitz erfolgen muss. Wie dieser Posten gewählt oder benannt wird, unterliegt der Autonomie der Vertragsparteien.

Nach Nummer 4 können weitere Regelungsgegenstände in einer Geschäftsordnung festgelegt werden, die weder einer Aufnahme in das Gesetz noch in die Dienstvereinbarung bedürfen. Darin kann die IT-Kontrollkommission Art und Umfang der Aufgabenwahrnehmung sowie die innerorganisatorischen Abläufe im Übrigen regeln.

Die Häufigkeit von Kontrollen muss ebenfalls nicht im Gesetz vorgegeben, sondern kann nach Nummer 5 vereinbart werden.

Details, wie die Beteiligungspflichten sowie die Verschwiegenheitspflicht, sind nach Nummer 6 gleichfalls in die Dienstvereinbarung aufzunehmen.

Inwieweit die IT-Kontrollkommission durch das für Justiz zuständige Ministerium unterstützt werden soll, ist nach Nummer 7 in der Dienstvereinbarung zu regeln.

Einer Regelung bedarf nach Nummer 8 die Arbeitszeit sowie Qualifizierung der Mitglieder der IT-Kontrollkommission, zum Beispiel durch Schulungsmaßnahmen, welche sie in die Lage versetzen, ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen zu können.

Die nach Satz 1 abgeschlossene Dienstvereinbarung entfaltet für die Mitglieder der Kontrollkommission unmittelbare Rechtswirkung.

Zu § 10

In § 10 ist eine Gleichstellungsbestimmung zur Wahrung der geschlechtsneutralen Sprache enthalten.

Zu § 11

In dieser Bestimmung ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes festgelegt.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Bund deutscher Rechtspfleger e.V., Landesverband Thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein e.V.

ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

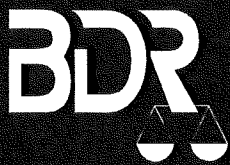
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 01.07.2022											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bund Deutscher Rechtspfleger e.V. Landesverband Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o Amtsgericht Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rudolfstraße 46</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bund Deutscher Rechtspfleger e.V. Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Amtsgericht Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolfstraße 46	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Bund Deutscher Rechtspfleger e.V. Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Amtsgericht Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolfstraße 46									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Rechtspfleger in der Thüringer Justiz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Verantwortung des TMMJV zur Verbesserung der Personalausstattung und entsprechende Vergütungsmöglichkeiten, zum einen fürs Fachpersonal und vor allem auch für erforderliche IT-Fachkräfte, Besonderheiten der Unabhängigkeit der Justiz insbesondere bei der Beauftragung von Dritten / Dienstleistern außerhalb der Justiz bzw. den Rückgriff auf Dritte, Verbesserung der Strukturen innerhalb der Verantwortlichkeiten in der Justiz, Erweiterung der Funktionen des Lenkungskreises	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 21.11.2022	



Bund Deutscher Rechtspfleger
Landesverband Thüringen e.V.

Bund Deutscher Rechtspfleger Landesverband Thüringen e.V.

c/o Amtsgericht Erfurt
Rudolfstr. 46, 99092 Erfurt

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Herrn Staatssekretär von Ammon
Werner-Seelenbinder-Str. 5
99096 Erfurt

nur per E-Mail

1. Juli 2022

**Entwurf eines Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und
Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG)**
Förmliches Beteiligungsverfahren

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die mit dem Gesetzentwurf verfolgten Ziele werden von uns begrüßt. Insbesondere die Abgrenzung zu zentralen Dienstleistern im Hinblick auf die Besonderheiten justizieller Verfahren.

Die Zuständigkeiten sind erstmals klarer geregelt, auch wenn wir immer noch bemängeln, dass durch die getrennten Zuständigkeiten (Ministerium/ThOLG) höhere Reibungsverluste entstehen, als notwendig wären. Eine eigene IT-Behörde, wie in anderen Ländern, hätte voraussichtlich etwas mehr Effektivität im Ergebnis. So ist aus unserer Sicht auch der häufige Wechsel im Ministerium in der Person des Verantwortlichen für das IT-Referat in den letzten Jahren, nicht nur in den Zeiten der „Mammutaufgaben“ zur Einführung der zahlreichen neuen Fachverfahren und der E-Akte in der Justiz, ein Manko. Jeder Wechsel ist Zeitverlust, ist Wissensverlust, mit neuer Einarbeitungszeit verbunden. Dieser Aufwand behindert dann gleichermaßen die Erledigung anderer Aufgaben. Diese IT-Vorhaben unter einer bereits bestimmten Zeitschiene sind Langläufer und benötigen aus unserer Sicht deshalb mehr Kontinuität sowie gutes Fachpersonal.

Die IT-Kontrollkommission ist auf rechtlich festere Füße gestellt, als nur mit der bisher vorhandenen Dienstvereinbarung.

Postanschrift
Bund Deutscher Rechtspfleger
Landesverband Thüringen e.V.,

c/o Amtsgericht Erfurt
Rudolfstr. 46, 99092 Erfurt
Johannes-Itten-Str. 45, 99085 EF (p)

Es wird nicht deutlich, ob die Beteiligten im Lenkungskreis gem. § 6 Abs. 1 alle mit gleichem Stimmrecht ausgestattet sind oder es hier auch Gewichtungen aufgrund der Größe der einzelnen Geschäftsbereiche gibt, geben muss?

Wir regen an zu prüfen, ob in § 7 Abs. 1 der Lenkungskreis ebenfalls anzuhören ist. Oder wird er im Vorfeld ausreichend beteiligt und entscheidet vorab?

Der Verweis in § 7 Abs. 5 auf T 5 Abs. 3 Satz 2 geht bei dem uns vorliegenden Entwurf ins Leere, der § 5 hat nur einen Satz in Abs. 3. Eine Begründung für den Verweis gibt es allerdings. Ist der Absatz inzwischen gestrichen oder an anderer Stelle verortet?

Dem Entwurf wird grundsätzlich zugestimmt. Es wird zu prüfen sein, ob er auf Dauer Bestand hat und alles berücksichtigt worden ist, was unter der Überschrift des Gesetzentwurfs auf Dauer zu regeln ist.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende BDR Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
ThürIKT GesStG											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">E.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">SCHMIDTSTEDTER STR. 9</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">98084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9	Postleitzahl, Ort	98084 ERFURT
	Name	Organisationsform									
	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9									
Postleitzahl, Ort	98084 ERFURT										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

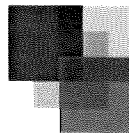
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND FÜR BEAMTE UND TARIFBESCHÄFTIGTE	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme vom BDR.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 07.11.2022	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail:

Thüringer Ministerium für Migration
Justiz und Verbraucherschutz
Staatssekretär
Sebastian von Ammon
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
12. Oktober 2022

Datum
26. Oktober 2022

**Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik
in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG)**
Beteiligung im Rahmen Verbändeanhörung § 21 ThürGGO

Sehr geehrter Herr Staatssekretär von Ammon,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur Beteiligung am Gesetzentwurf.

Der tbb schließt sich den Ausführungen seiner Fachgewerkschaft BDR Bund Deutscher Rechtspfleger vollumfänglich an:

Die Besonderheiten der dritten Gewalt und deren Unabhängigkeit und damit nicht zuletzt die sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger sind ein wesentliches Kriterium, welches sich in diesem Gesetz widerspiegeln muss – insbesondere bei der Beauftragung Dritter.

Wir verkennen nicht die Realität – bezüglich Haushalt und Arbeitsmarkt. Die Thüringer Justiz wird finanziell und personell keine ausreichenden Möglichkeiten haben, im IT-Bereich völlig autark und unabhängig agieren zu können. Trotzdem ist gerade in diesem Bereich noch viel zu tun. Die Abhängigkeit von externen Dienstleistern ist inzwischen sehr teuer und nicht immer die beste Lösung. Die Verantwortung des TMMJV liegt nicht nur bei der Technik § 4 – auch beim Personaleinsatz und der Personalbeschaffung. Das kommt im Gesetz zu kurz.

Die Vergütungs- und Besoldungsstruktur sowie auch Beförderungsmöglichkeiten sind immer noch weit hinter den Erfordernissen zurück, die benötigt werden, gutes IT-Fachpersonal langfristig einzustellen und vor allem zu binden. Befristete Projektkräfte streben weg, sobald sich etwas Besseres bietet.

Die Schwierigkeiten in der Personalgewinnung und der Fachkräftemangel können nicht weiter vorrangig mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern ausgeglichen werden. Das geht zu Lasten der gerichtlichen Praxis und den gesetzlichen Aufgaben der Rechtspfleger. Die Einführung des Studiengangs Verwaltungsinformatik ist ein Schritt in die richtige Richtung, führt jedoch erst langfristig zu Veränderungen.

Abordnungen der Rechtspflegerkollegen führen zur Mehrbelastung des Einzelnen, der für sein Engagement im Wege von Teilabordnungen nicht adäquat entlastet wird und werden kann. Daher muss bei der Frage der jährlichen Neueinstellung von Rechtspflegeranwärtern auch dieser Aspekt ausreichend Berücksichtigung finden.

Die vollständige Abordnung von Kolleginnen und Kollegen kann unter Umständen sinnvoll sein, wenn längerfristige Aufgaben – wie das Schulungsteam oder die Betreuung von forumSTAR erfolgen muss. Eine vollständige Abordnung ist auch immer dann sinnvoll, wenn keine tatsächliche und vor allem keine angemessene Entlastung im Hauptamt erfolgt. Andererseits sind die Interessen der engagierten Kollegen zu respektieren, die ihrer Stammbehörde zugehörig bleiben wollen. Der Wunsch des Bediensteten sollte Vorrang haben. Unterstützend sollte die Rückkopplung hinsichtlich der Entlastung zur Stammbehörde erfolgen. Weiterhin müssen die Anreize über ein Personalentwicklungskonzept und Belohnungsmöglichkeiten durch Zulagen oder bei Beförderungen ausgelotet und angewandt werden.

Im Gesetzentwurf wurde die Aufgabenverteilung erstmals festgeschrieben. Aber die derzeit vorhandene Struktur der Thüringer IT – Landschaft ist aus unserer Sicht nicht optimal. Nicht nur in der Außenwahrnehmung gibt es Reibungsverluste zwischen TMMJV und ITe-GS. Die Unterstellung der ITe-GS (§ 5) unter das THOLG sehen wir kritisch, ist die ITe-GS doch für die gesamte Justiz zuständig. Vor allem auch der häufige Personalwechsel bei den Verantwortlichen und die wenige vorhandene langfristige Strategie, über Amtsdauer und Wahlperioden hinaus, wirkt sich negativ auch das Vorankommen aus.

Der Mehraufwand an Einarbeitung und Zeitverlusten, vor Ort und in übergreifenden Gremien führt zu wenig Kontinuität. Grundsätzlich sollte die Zuständigkeit gebündelt und autark sein. Die parallele Zuständigkeit hemmt eher, als dass sie den Prozess befördert.

Die Funktion des Lenkungskreises haben wir als weitreichender gesehen und erwartet. Er sollte weiter strategische Entscheidungen treffen müssen und können, jedoch unter Zurücksetzung von exklusiven Sonderinteressen der einzelnen Oberbehörden, wenn es um eine einheitliche und gemeinsame IT-Struktur im Land geht. Trotzdem müsste auch im Lenkungskreis die unterschiedliche Größe der jeweiligen Geschäftsbereiche angemessene Beachtung finden, was sich im Gesetz jedoch nicht widerspiegelt.

Begrüßt wird, dass die IT-Kontrollkommission auf eine gesetzliche Grundlage gehoben wird.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Verwaltungsrichterverein</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Jenaer Str. 2a</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Verwaltungsrichterverein	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Jenaer Str. 2a	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Verwaltungsrichterverein	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Jenaer Str. 2a									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Verwaltungsrichter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Änderungen zur Stärkung der Dritten Staatsgewalt sind erforderlich.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 29.08.22	

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Vorsitzender:
Vizepräsident des VG
Verwaltungsgericht Weimar
Jenaer Straße 2 a
99425 Weimar

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz
und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Str. 5
99096 Erfurt

30. Juni 2022

Nur per E-Mail: poststelle@tmmjv.thueringen.de

Entwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG)

Beteiligungsverfahren gemäß §§ 2 Abs. 2 ThürRiStAG, 95 ThürBG

Ihr Schreiben vom 2. Juni 2022,

Sehr geehrter Herr Staatssekretär von Ammon,

zu dem Gesetzentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:

Auch im Bereich der Judikative ist der technische Fortschritt durch die Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung zur Geltung zu bringen („E-Justice“). Die Nutzung im Rahmen der Exekutive, also der öffentlichen Verwaltung („E-Government“), ist im Thüringer E-Government-Gesetz geregelt, das aber für die rechtsprechende Tätigkeit der Gerichte und auch für die Gerichtsverwaltungen nicht gilt (vgl. § 1 Abs. 6 ThürEGovG). Für die Judikative als dritter Staatsgewalt ist eine eigene Regelung erforderlich. Insofern verstehen wir die vorliegende Regelung als E-Justice-Gesetz, das den Bedürfnissen der Judikative als eigenständiger Staatsgewalt Rechnung trägt.

Der Gesetzentwurf setzt eine verfassungsrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers zum Schutz der Entscheidungsprozesse der Judikative um. Nach der unter A. in der Begründung des Gesetzentwurfs genannten Rechtsprechung bedarf es eines wirkamen und effektiven Einflusses der Richterinnen und Richter als Inhaber der rechtsprechenden Gewalt (Art. 92 GG) auf die Art und Weise der elektronischen Verarbeitung der Daten aus der Rechtsprechungstätigkeit.

Der Gesetzentwurf gewährleistet diesen Einfluss nicht. Vielmehr legt er die zentralen Entscheidungsvorgänge in die Hand des Justizministeriums und damit in die Hand der Exekutive. Es ist ersichtlich das Ziel des Gesetzentwurfs, die für die Thüringer Justiz vorgesehene IT-Struktur weitestgehend in die E-Government-Strukturen des

Landes zu integrieren, ohne eine ausreichende Sicherung der Judikative vorzusehen. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Wir weisen darauf hin, dass der Thüringer Landesgesetzgeber in dem Thüringer E-Government-Gesetz für den Thüringer Landtag als Legislative in § 1 Abs. 7 ThürE-GovG eine Lösung gefunden hat, die die Stellung des Landtags als Legislative und damit seine eigenständige Stellung im Verfassungsgefüge in einem sehr viel größeren Umfang berücksichtigt, als dies nunmehr durch den vorliegenden Gesetzentwurf für die Judikative vorgesehen ist. Damit der Gesetzentwurf den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht wird, sind nachfolgend genannten Änderungen unverzichtbar.

Grundsätzlich gilt, dass die Mitwirkung der Richterinnen und Richter durch zwei Gremien gewährleistet wird, den in § 6 des Entwurfs geregelten IT-Lenkungskreis und die in § 9 des Entwurfs geregelte IT-Kontrollkommission. Der IT-Lenkungskreis hat die Aufgabe, die grundsätzlichen Entscheidungen über die Datenverarbeitung zu treffen, während die IT-Kontrollkommission die Aufgabe hat, die Einhaltung der Regelungen zu überwachen.

Während die Regelungen zur IT-Kontrollkommission im wesentlichen den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen, sind die Regelungen zum IT-Lenkungskreis in ganz erheblichem Umfang defizitär. Ersichtlich ist es das Ziel des Gesetzentwurfs, dieses wichtige Gremium weitestgehend zu marginalisieren. Das so entstandene Defizit kann aber durch die hier genannten Änderungen und Ergänzungen bei den betroffenen Vorschriften behoben werden.

Im Einzelnen gilt das Folgende:

Zu § 1 des Entwurfs

Hier halten wir eine Ergänzung bei der Formulierung in Abs. 2 für notwendig, die das in der Vorschrift Gewollte deutlicher zum Ausdruck bringt. Insbesondere ist deutlich zu machen, dass nicht nur die Hardware-Ausstattung vom Geltungsbereich umfasst wird, sondern auch und gerade der Einsatz der erforderlichen Software.

§ 1 Abs. 2 ist wie folgt neu zu fassen:

Dieses Gesetz regelt die Zuständigkeiten und die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik an den Gerichten und Staatsanwaltschaften einschließlich deren Einrichtung, Ausstattung, Nutzung, Administration und Betreuung.

Zu § 2 des Entwurfs.

Hier halten wir ergänzend eine Klarstellung des im Gesetz verwendeten Begriffs „Justiz“ für erforderlich. Gemeint sind hier die in § 1 Abs. 1 genannten Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes.

§ 2 ist um folgende Nr. 8 zu ergänzen:

8. Justiz die Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes.

Zu § 3 des Entwurfs

Hier ist hinsichtlich des in Satz 1 verwendeten Wortes „bei“ eine redaktionelle Anpassung erforderlich

§ 3 Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

Ziel des Gesetzes ist es, die Funktionsfähigkeit der Justiz im Hinblick auf die Organisation und den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik *[weiter wie bisher]*

Zu § 4 des Entwurfs

Die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Justizministerium und dem IT-Lenkkreis ist neu zu gewichten, damit das Gesetz den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt. Bisher regelt § 4 Abs. 1 des Entwurfs, dass für die Entwicklung der Strategie und für die Entscheidung über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik das Justizministerium zuständig sein soll. Dies verfehlt den Schutz der Dritten Staatsgewalt vor Einwirkungen der Exekutive. Erforderlich ist die Übertragung dieser Zuständigkeiten auf den Lenkkreis und damit auf die Vertreter der Judikative selbst (vgl. unten zu § 6 Abs. 2 des Entwurfs). Deshalb ist hier Satz 1 zu ändern. Die Fachaufsicht der IT-Stelle in Satz 2 ist in § 5 Abs. 1 des Entwurfs zu regeln.

§ 4 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium ist zuständig für die Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und koordiniert die Vorgaben für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik.

Zu § 5 des Entwurfs

1. Die administrative Umsetzung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik wird in § 5 einer zentralen Einheit, der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, übertragen. In dem Gesetzentwurf wird diese Stelle bei dem Thüringer Oberlandesgericht angesiedelt und damit organisatorisch der Judikative zugeordnet. Diese Zuordnung bleibt aber inhaltsleer, da es an dem notwendigen Einfluss der Judikative auf die IT-Stelle fehlt. Erforderlich ist eine Organisationsstruktur, die es allen Gerichtsbarkeiten ermöglicht, fachlich unmittelbar Zugriff auf die IT-Stelle als Dienstleister zu nehmen und im Bedarfsfall bestimmte Maßnahmen anzuordern bzw. anzuordnen.

Hierzu verweisen wir auf die Regelung des Landes Hessen in dem dortigen „Gesetz zur Errichtung der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) und zur Regelung justizorganisatorischer Angelegenheiten“. In Hessen wird die IT-Stelle als eigenständige Behörde eingerichtet (§ 1 Abs. 1 JITStG HE). Diese Struktur sollte

für Thüringen übernommen werden. Die Ausgliederung würde auch der Bedeutung der Aufgaben, die die IT-Stelle für die rechtsprechende Staatsgewalt wahrnimmt, gerechter werden.

§ 5 Abs. 1 Satz 1 und 2 sind wie folgt neu zu fassen:

Im Geschäftsbereich des für Justiz zuständigen Ministeriums wird die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften als Landesoberbehörde errichtet. Die IT-Stelle hat ihren Sitz in Jena. Das für Justiz zuständige Ministerium übt die Fachaufsicht über die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Maßgabe der Entscheidungen des IT-Lenkungskreises aus.

2. In Abs. 2 halten wir zur Klarstellung in Satz 1 redaktionelle Anpassungen für erforderlich. Der letzte Halbsatz ist überflüssig, da sich dies aus § 7 ergibt, und ist deshalb zu streichen. In Satz 2 ist als Folgeänderung zu der Neufassung des § 6 Abs. 2 die Einbeziehung des IT-Lenkungskreises zu regeln.

§ 5 Abs. 2 ist wie folgt neu zu fassen:

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften ist zuständig für die Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere für die Entwicklung, Einführung, Betrieb, Administration, Pflege und Weiterentwicklung von Software, die Anwenderbetreuung sowie für die Ausstattung und Unterhaltung der Dienststellen mit Hard- und Software. Das für Justiz zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem IT-Lenkungskreis die Zuständigkeit der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Satz 1 weiter ausgestalten.

3. Auch § 5 Abs. 5 ist zu ändern. Durch diese Regelung wird den Thüringer Gerichten bzw. Gerichtsbarkeiten die Kompetenz zur Ermittlung des im Haushaltsplan des Landes darzustellenden finanziellen Bedarfs für die IT vollständig entzogen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die „Verwaltungsvorschrift für die Organisation des E-Government und des IT-Einsatzes in der Landesverwaltung des Freistaates Thüringen vom 12. März 2019“ ohne weiteres davon ausgeht, dass die Thüringer Gerichte eine eigene Entscheidungskompetenz bezüglich ihres IT-Bedarfs haben. Zwar gilt diese Verwaltungsvorschrift wie das Thüringer E-Government-Gesetz insgesamt nicht für die Judikative, aber Ziffer 1 Abs. 3 der Vorschrift werden die Thüringer Gerichte ebenso wie die Landtagsverwaltung und der Thüringer Verfassungsgerichtshof gebeten, die Rahmenrichtlinie zu beachten, ohne dass sich daraus eine Bindungswirkung entfaltet. Dieser richtige Ansatz einer eigenen Entscheidungskompetenz der Gerichte wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf durch die vollständige Kontrolle der IT-Stelle durch das Justizministerium gerade nicht realisiert. Neben der durch die Änderungen in § 4 und § 6 notwendigen grundsätzlichen Aufgabenverlagerung hin zum IT-Lenkungskreis ist der Lenkungskreis auch in die Aufstellung des Haushaltsansatzes einzubeziehen.

§ 5 Abs. 5 ist wie folgt neu zu fassen:

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften stellt den Haushaltsansatz für die Informations- und Kommunikationstechnik für die Gerichte und Staatsanwaltschaften im Einvernehmen mit dem IT-Lenkungskreis auf und

leistet insoweit dem für Justiz zuständigen Ministerium Zuarbeit zum ressort-übergreifenden IT-Gesamtplan.

Zu § 6 des Entwurfs

1. Die Bezeichnung des Lenkungskreises als „Lenkungskreis der IT-Stelle [...]“ stellt die verfassungsrechtlich erforderliche Stellung des Lenkungskreises nur verkürzt dar. Er ist in der Überschrift zu § 7 deshalb zutreffend als „IT-Lenkungskreis der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften“ zu bezeichnen. Diese Änderung ist in Abs. 1 Satz 1 zu übernehmen. In dem ganzen Gesetz ist die Bezeichnung redaktionell ab-zupassen.

§ 6 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Die Präsidentinnen und Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Oberverwal-tungsgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Landessozialgerichts und des Fi-nanzgerichts sowie die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt bil-den als Mitglieder den IT-Lenkungskreis der Thüringer Gerichte und Staatsan-waltschaften (IT-Lenkungskreis).

2. Die bereits erwähnte Erweiterung der Zuständigkeit des IT-Lenkungskreises ist in Abs. 2 zu regeln.

§ 6 Abs. 2 ist wie folgt neu zu fassen:

Der IT-Lenkungskreis entscheidet über die Strategie und den Einsatz der Infor-mations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie über die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informa-tions- und Kommunikationstechnik.

Zu § 7 des Entwurfs

Wenn die hier geforderten Änderungen zur Sicherung der Judikative realisiert wer-den, begegnet es keinen Bedenken, dass Aufgaben an einen externen Dienstleister, z. B. den Zentralen Dienstleisters für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung, übertragen werden. Ersichtlich möchte die Regelung einer sol-chen Übertragung an den Zentralen Dienstleisters der Landesverwaltung den Vorzug geben. Durch die „kann“-Vorschrift in Abs. 1 Satz 1 wird jedoch die Beauftragung anderer Dienstleister nicht ausgeschlossen. Ein neuer Abs. 7 hat klarzustellen, dass die Anforderungen des § 7 auch auf solche andere Dienstleister anzuwenden sind.

Die Übertragung von Aufgaben an einen Dienstleister der Landesverwaltung und damit der Exekutive berührt aber ganz zentral und sehr erheblich die verfassungs-rechtlich zu schützenden Belange der Judikative. Deshalb ist auch hier durch eine Ergänzung in Abs. 1 Satz 1 der IT-Lenkungskreis einzubeziehen. Auch in Abs. 3 Satz 3 ist der IT-Lenkungskreis einzubeziehen.

Abs. 5 Satz 2 ist aus redaktionellen Gründen zu streichen, da die Verweisungsnorm fehlt.

§ 7 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Zur Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik kann das für Justiz zuständige Ministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 4 Abs. 1 im Einvernehmen mit dem IT-Lenkungskreis auch die *[weiter wie bisher]*

§ 7 Abs. 3 Satz 3 ist wie folgt neu zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium unterrichtet seinerseits unverzüglich die jeweils betroffene Dienststelle und den IT-Lenkungskreis.

§ 7 ist um einen neuen Abs. 8 zu ergänzen:

Diese Regelungen gelten entsprechend für die Übertragung auf andere Dienstleister.

Zu § 8 des Entwurfs

1. § 8 des Entwurfs stellt die zentrale Regelung zur Verarbeitung, Speicherung und Administration der Daten der rechtsprechenden Tätigkeit der Judikative dar. Als Grundsatz enthielt der frühere Arbeitsentwurf zum IT-Gesetz die Regelung, dass die Administration von justiziellen Fachverfahren sowie der elektronischen Gerichts-, Strafverfahrens- und Gerichtsverwaltungsakte nicht an justizexterne Stellen oder Dienstleister vergeben werden dürfe. Dieser richtige Ansatz wird im vorliegenden Gesetzentwurf vollkommen aufgegeben. Nunmehr soll – wie sich aus der Streichung der früheren Formulierung ergibt – der Einsatz von externen, auch privaten Dienstleistern durch das Justizministerium und die IT-Stelle ermöglicht werden, ohne dass die davon betroffenen Richterinnen und Richter an dieser Entscheidung beteiligt werden. Dies ist unbedingt zu ändern. Die erforderliche Einbeziehung der Judikative ist durch eine Beteiligung des IT-Lenkungskreises zu gewährleisten.

§ 8 ist um einen neuen Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

Die Administration von justiziellen Fachverfahren sowie der elektronischen Gerichts-, Strafverfahrens- und Gerichtsverwaltungsakte darf nur im Einvernehmen mit dem IT-Lenkungskreis an justizexterne Stellen oder Dienstleister vergeben werden.

2. Der bisherige Absatz 1 wird Abs. 2 und ist zur Klarstellung des erforderlichen Inhalts an einigen Stellen neu zu fassen.

Der neue § 8 Abs. 2 ist in folgenden Nummern neu zu fassen:

1. die von den Gerichten und Staatsanwaltschaften verarbeiteten und gespeicherten Daten und elektronischen Dokumente *[weiter wie bisher]*
2. die im Rahmen richterlicher, rechtspflegerischer oder staatsanwaltlicher Tätigkeit erstellten Daten und elektronischen Dokumente *[weiter wie bisher]*
6. die in Nummer 3 genannten Daten und elektronischen Dokumente *[weiter wie bisher]*
7. *[Beginn wie bisher]* benachrichtigt das für Justiz zuständige Ministerium die betroffene Verfasserin oder Nutzerin oder den betroffenen Verfasser oder Nutzer sowie den IT-Lenkungskreis und die IT-Kontrollkommission unverzüglich auf direktem Wege und auf dem Dienstweg.

3. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3 und auch hier ist die erforderliche Einbeziehung der Judikative durch eine Beteiligung des IT-Lenkungskreises zu gewährleisten. Eine alleinige Zuständigkeit des Justizministeriums für die Vergabe von justizinternen Zugriffsrechten ist abzulehnen. In dieser Entscheidung liegt ein zentrales Sicherungsinstrument der durch das vorliegende Gesetz zu schützenden Daten der rechtsprechenden Tätigkeit. In diese Entscheidung ist der IT-Lenkungskreis einzubeziehen.

Der neue § 8 Abs. 3 ist wie folgt neu zu fassen:

Soweit die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommende Informations- und Kommunikationstechnik von der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften bereitgestellt oder betreut wird, regelt das für Justiz zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem IT-Lenkungskreis justizinterne Zugriffsrechte auf die in Absatz 1 Nr. 3 und 4 genannten Daten, elektronischen Dokumente und die dazu verfügbaren Metadaten, über den Zugriff auf Logdateien sowie zu Vorkehrungen zur Sicherung deren Zweckbindung und zum Schutz vor unbefugten Einsichtnahmen und Zugriffen.

Zu § 9 des Entwurfs

Diese Regelung entspricht weitgehend den verfassungsrechtlichen Anforderungen. An zwei Stellen halten wir eine Klarstellung des Gewollten für erforderlich.

§ 8 Abs. 5 Satz 2 ist wie folgt neu zu fassen:

Darin eingeschlossen sind insbesondere Metadaten, Logdateien sowie Sicherheits- und Betriebskonzepte.

§ 8 Abs. 6 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Die IT-Kontrollkommission teilt die Ergebnisse der Kontrollen ebenso wie jede Beanstandung, insbesondere die Feststellung von Verstößen gegen Regelungen nach § 8 bei den in den §§ 5 oder 7 benannten Stellen, dem für Justiz zuständigen Ministerium und dem IT-Lenkungskreis unverzüglich mit.

Abschließend beantragen wir, unsere Stellungnahme dem Thüringer Landtag zuzuleiten (§§ 2 Abs. 2 ThürRiStAG, 95 Abs. 4 ThürBG).

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Referentenentwurf zum Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG)											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen</td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Karl-Liebknecht-Straße 30-32</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>04107 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
	Name	Organisationsform									
	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32									
Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmer*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	keine Rückmeldung zum Referentenentwurf, allerdings folgende politischen Forderung: zukünftige Aufgabenerledigungen der IT-Stelle(n) in einer behördlichen internen Struktur zu priorisieren und die Übertragung an öffentliche oder private Dienstleister - unter Beachtung einschlägiger tariflicher Standards - nur im Ausnahmefall umzusetzen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief (digitale Übermittlung)	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 18.11.2022	 i. A. des ver.di Landesbezirkes SAT



ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

Ministerium für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Herrn Dr. Sven Schroth
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

per E-Mail an:
poststelle@tmmjv.thueringen.de

**Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen**

Landesbezirksleiter

Karl-Liebknecht-Straße 30-32
04107 Leipzig

www.sat.verdi.de

Zentrale: 0341 52901-0
Durchwahl: 100
Fax: 500

28. Juni 2022

**Referentenentwurf zum Thüringer Gesetz über den Einsatz von
Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und
Staatsanwaltschaften (ThürlITGerStg)**
hier: Stellungnahme ver.di Landesbezirk SAT

Sehr geehrter Herr
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (SAT)
bedanken wir uns für die Zusendung des oben genannten Referentenentwurfs und
der Gelegenheit zur Stellungnahme hierzu.

Da der Referentenentwurf, gemessen am Arbeitsentwurf, keine wesentlichen inhalt-
lichen Veränderungen aufzuweisen scheint, bedarf es hier keiner weiteren Rückmel-
dung.

Jedoch möchten wir die politische Forderung äußern, dass zukünftige Aufgabener-
ledigung der IT-Stelle(n) in einer behördlichen internen Struktur zu priorisieren und
die Übertragung an öffentliche oder private Dienstleister – unter Beachtung ein-
schlägiger tariflicher Standards – nur im Ausnahmefall umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesbezirksleiter

Gewerkschaftssekretär

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld, IT-Leitstelle
Landgericht Mühlhausen
Thüringer Rechnungshof
Landgericht Erfurt
Rechtsanwaltskammer Thüringen
Thüringer Notarbund e.V.
Landgericht Meiningen
Notarkammer Thüringen
Open Source Business Alliance (OSB) - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.
Thüringer Landesrechenzentrum
Thüringer Oberlandesgericht
Thüringer Generalstaatsanwaltschaft
Landgericht Gera
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
Thüringer Obergerverwaltungsgericht
Offenes Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Entwurf eines Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG-E)		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstraße 8
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<div style="border-bottom: 1px solid black; width: 100%;"></div>	<div style="border-bottom: 1px solid black; width: 100%;"></div>
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	<div style="border-bottom: 1px solid black; width: 100%;"></div>
	Postleitzahl, Ort	<div style="border-bottom: 1px solid black; width: 100%;"></div>

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	Aufsichtsbehörde für den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich im Bereich Datenschutz. Ombudsstelle für das ThürTG.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	Siehe hierzu die Ausführungen in der Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 01.06.23	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
An Frau Ministerialrätin Ruffert
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
01.06.2023 13:50

14770/23

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen : Drs. 7/6771
Bearbeiter/in:
Telefon : +49 (361) 57-3112900
Erfurt, den : 1. Juni 2023

Vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

**Bitte des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz um Äu-
ßerung gemäß § 112 Abs. 4 GO**

Sehr geehrte Frau Ruffert,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 112 Abs. 4 GO zum Entwurf des
Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstech-
nik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG-E) bedankt sich der
Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
(TLfDI).

Hintergrund für den vorliegenden Gesetzentwurf war unter anderem, dass der Hes-
sische Dienstgerichtshof (Urteil vom 20. April 2010 Az.: DGH 4/08) urteilte, dass die
verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nicht
dadurch verletzt wird, dass das EDV-Netzwerk extern bei der Hessischen Zentrale
für Datenverarbeitung liegt und eben nicht bei den Gerichten selbst. Dieses Urteil
wurde sodann sowohl vom Bundesgerichtshof (Urteil vom 6. Oktober 2011 Az.: RiZ

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de



TLF/7487/23/6

(R) 7/10) als auch durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 17. Januar 2013, Az.: 2 BVR 2576/11) bestätigt.

Der Hessische Dienstgerichtshof hatte in seinem Urteil aber Bedingungen festgelegt, unter denen eine Zentralisierung zulässig sei. Hierzu gehört, wie im vorliegenden Gesetzentwurf unter „A. Problem und Regelungsbedürfnis“ ausgeführt, dass verbindliche Regeln für den Umgang mit Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses festgelegt werden und deren Einhaltung durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richterschaft überprüft werde.

Der vorliegende Gesetzentwurf setzt diese Bedingungen um. Er orientiert sich dabei an dem Gesetz aus Schleswig-Holstein (2016). Der TLfDI regt darüber hinaus aber an, den vorliegenden Gesetzentwurf auch noch einmal den „neueren“ Gesetzen aus Sachsen-Anhalt (2021) und Hamburg (2019) gegenüberzustellen und diese Ergebnisse in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Da insbesondere das Gesetz aus Hamburg eine Evaluierung spätestens nach 4 Jahren vorsieht, könnte gegebenenfalls auf deren Erkenntnisse (sofern sie bereits vorliegen sollten) zurückgegriffen werden.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist hinsichtlich des vorliegenden Gesetzentwurfs seitens des TLfDI an Folgendes zu erinnern:

1. Zu § 2 - Begriffsbestimmungen

Der TLfDI regt an, die Begriffsbestimmungen noch einmal dahingehend zu prüfen, ob sie die im Gesetz zu regelnden Begrifflichkeiten abdecken und dahingehend keine Regelungslücken entstehen.

2. Zu § 2 Nr. 5 - Begriffsbestimmungen

Hinweisen möchte der TLfDI an dieser Stelle, dass bei privaten Dienst Anbietern die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Europäischen Union stattfinden

sollte. Dabei sollte auch der aktuelle Beschluss der DSK zu möglichen Drittlandszugriffen auch bei IT-Systemen innerhalb der EU beachtet werden¹. Überdies geht der TLfDI davon aus, dass hoheitliche Kernaufgaben in staatlicher Hand bleiben.

3. Regelungen zur Verantwortlichkeit

Ähnlich wie die Justiz-IT-Gesetze in Sachsen-Anhalt und Hamburg in ihrem jeweiligen § 2 die Verantwortlichkeiten regeln, könnten diese auch im vorliegenden Gesetzentwurf (vor §§ 4, 5) kurz klarstellend aufgenommen werden.

Der TLfDI möchte, unabhängig von den Regelungen in § 4, 5 ThürIKTGerStG-E, den praktischen Hinweis geben, schon vor dem jeweiligen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik, jeweils bereits in der Planung festzulegen, wer Verantwortlicher im Sinne der DS-GVO ist, wer die Risikoanalyse und wer ggf. die Datenschutz-Folgenabschätzung durchführt. In der Praxis kam es in ähnlich gelagerten Fällen oft zu Problemen bei der Klärung dieser Frage.

4. Zu § 7 - Nutzung zentraler Infrastruktur und Dienste

Der TLfDI regt an zu prüfen, ob hier, ähnlich wie im Justiz-IT-Gesetz Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 4), die Erstellung von Sicherheitskonzepten im Gesetz aufgenommen werden sollte.

5. Zu § 8 - Administration und Schranken

a) Vorbemerkung:

Der Hessische Dienstgerichtshof führte in seinem Urteil aus, dass die Zentralisierung der Datenverarbeitung zulässig ist, wenn Regelungen für den Umgang mit Dokumenten getroffen sind, die den Schutz vor einer Kenntnisnahme von Dritten fest-

¹ https://datenschutzkonferenz-online.de/media/dskb/20230206_DSK_Beschluss_Extraterritoriale_Zugriffe.pdf

legen und deren Einhaltung durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richterschaft überprüft werde (Hessischer Dienstgerichtshof für Richter, Urteil vom 20. April 2010 – DGH 4/08 – Leitsatz, juris).

Das Bundesverfassungsgericht führte nach Zurückweisung der Revision der Beschwerdeführerin durch den Bundesgerichtshof in seinem Nichtannahmebeschluss Folgendes aus:

„Die einzelnen Systemadministratoren eingeräumten Zugriffsrechte sind streng limitiert und beschränken sich auf Maßnahmen, die zum Funktionieren des EDV-Netzes betriebsnotwendig sind. Die Weitergabe richterlicher Dokumente an die Exekutive oder an Dritte ist den Administratoren untersagt. Auch die Speicherung und Weitergabe sogenannter Metadaten richterlicher Dokumente wie Autor und Erstellungszeitpunkt sind unzulässig, soweit nicht der konkrete Verdacht eines Missbrauchs des EDV-Netzes zu dienstfremden Zwecken besteht. Anhaltspunkte dafür, dass die einzelnen Administratoren des EDV-Netzes eröffneten faktischen Zugriffsmöglichkeiten ohne entsprechende Erlaubnis und gegen den Willen der Beschwerdeführerin zu Ausforschungen ihrer Tätigkeit, zur inhaltlichen Kontrolle richterlicher Dateien oder gar zur Manipulation von Dokumenten genutzt werden könnten, vermochten weder die Fachgerichte zu erkennen, noch werden solche Anhaltspunkte von der Beschwerdeführerin vorgetragen. Es spricht auch nichts dafür, dass die unter Beteiligung von Vertretern der Richterschaft ausgeübte Kontrolle der Einhaltung der einen Zugriff auf richterliche Daten verbietenden Vorschriften nicht ausreichen könnte, um deren Befolgung dauerhaft und effektiv sicherzustellen.“ (BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 17. Januar 2013 - 2 BvR 2576/11, Rn. 10f. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2013/01/rk20130117_2bvr257611.html)

b) Einzelne Anmerkungen zu § 8

Der TLfDI regt an zu prüfen, ob in § 8 Abs. 1 auch die amtsanwaltliche Tätigkeit aufgenommen werden muss. Das Justiz-IT-Gesetz Sachsen-Anhalt hat dies beispielsweise in § 4 Abs. 4 geregelt. Im Hamburgischen IT-Justizgesetz ist dies unter § 3 Abs. 4 geregelt.

Im Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofs wird ausgeführt, dass „berechtigte Inhaber des Masterpassworts zu bestimmen und die Bedingungen einer etwaigen Weitergabe festzulegen sind. Im Fall einer unbefugten Weitergabe ist eine Information der Richterschaft oder der örtlichen Administratoren sowie ein Verfahren zur Änderung des Masterpassworts vorzusehen.“ (Hessischer Dienstgerichtshof für Richter, Urteil vom 20. April 2010 – DGH 4/08 –, Rn. 89, juris). § 8 Abs. 1 Nr. 2 greift diese Bedingung auf und passt diese auf die Gegebenheiten im Thüringer Landesverwaltungsnetz an, da hier nicht in jedem Fall über ein „Masterpasswort“ Zugang zu den Daten verfügbar ist, sondern andere Zugriffskonzepte vorliegen können. Die gewählte Gesetzesformulierung ist aber klar genug, um die beschränkte Zugriffsgewährung sehr umfänglicher Inhaltszugriffe zu regeln. Es ist auch klar, dass die in Nr. 2 erwähnten Bedingungen für die Erlangung solcher Zugänge durch die Fachaufsicht erfolgen muss (d.h. das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz).

Der TLfDI regt an zu prüfen, ob eine Ergänzung dergestalt vorgenommen werden könnte, dass hier ggfs. der Lenkungskreis (§ 6) diese Regelungen schafft und diese von der Kontrollkommission (§ 9) geprüft werden.

§ 8 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 6 regeln den eingeschränkten Zugriff der Administratoren auf Logdaten und Metadaten.

Der TLfDI gibt hier bezüglich der Bestimmtheit zu bedenken, dass aus hiesiger Sicht **nicht klar** ist, was bei Nr. 5 die „**Ausübung der Dienstaufsicht**“ konkret umfasst. In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass sie etwa für den Fall eines konkreten Missbrauchsverdachts zu dienstfremden Zwecken zulässig sein soll (siehe

Begründung Gesetzentwurf ThürIKTGerStG, Drs. 7/6771 S. 28). Im Urteil des Hessischen Dienstgerichtshof wird auch von einem „konkreten Verdacht des Missbrauchs des Netzes zu dienstfremden Zwecken“ gesprochen (siehe hierzu Hessischer Dienstgerichtshof für Richter, Urteil vom 20. April 2010 – DGH 4/08 –, Rn. 88, juris). Weiterhin wird in Nr. 5 ausgeführt, dass im Rahmen laufender Verfahren die Ausnahmen zulässig sind, soweit dies zur Ausübung der Dienstaufsicht „unerlässlich“ ist. Der TLfDI regt an, dass der im vorliegenden Gesetzentwurf genannte Begriff „unerlässlich““ ggfs. näher bestimmt wird (selbiges gilt auch bei Nr. 6) und dass der „konkrete Verdacht des Missbrauchs des Netzes zu dienstfremden Zwecken“ in den Gesetzeswortlaut mit aufgenommen wird.

Weiterhin regt der TLfDI an, dass seitens des Gesetzgebers zu eruieren ist, ob zusätzlich aufgenommen wird, dass die Kontrollkommission in diesem Fall zu beteiligen ist. § 9 Abs. 5 ermächtigt die Kontrollkommission zur Einsicht in Logdaten bei Bedarf.

Darüber hinaus empfiehlt der TLfDI, dass bei Abfragen und Untersuchungen (§ 8 Abs. 1 Nr. 7) ein Abfragegrund/ Untersuchungsgrund angegeben werden muss, bevor die Abfrage/ Untersuchung stattfinden kann.

In der sächsischen Verwaltungsvorschrift über den Einsatz der Informationstechnologie im Geschäftsbereich der Justiz (SächsJMBI. S. 138, Sächs.ABl. SDr. S. 199) ist aufgeführt, dass eine Kenntnisaufnahme der Administratoren auch zulässig ist, wenn dies auf Veranlassung des betroffenen Verfassers geschieht (siehe Verwaltungsvorschrift unter V. Nr. 1 b (cc)). Gegebenenfalls könnte dieser Fall auch im vorliegenden Gesetzentwurf aufgenommen werden.

Der TLfDI regt an zu prüfen, ob, wie im Hamburgischen IT-Justizgesetz eine Regelung aufgenommen wird, die bestimmt, dass die in der Datenverarbeitung tätigen Auftragsverarbeiter sowie in der Datenverarbeitung tätige Dienststellen eine sichere Verarbeitung der zu schützenden Daten unter Beachtung des Standes der Technik zu gewährleisten haben (siehe hierzu § 4 Abs. 2 IT-Justizgesetz Hamburg).

In § 2 Abs. 2 Nr. 1 des IT-Justizgesetzes in Schleswig-Holstein ist normiert, dass bei einer unbefugten Öffnung eine Information der IT-Kontrollkommission und der betroffenen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie ein Verfahren zur Änderung der Zugangsgewährung vorzusehen ist. Der TLfDI regt an zu prüfen, ob eine solche Regelung zur Änderung der Zugangsgewährung auch im vorliegenden Gesetzentwurf aufzunehmen ist.

In § 4 Abs. 5 IT-Justizgesetz Hamburg sowie in § 5 Abs. 5 Justiz-IT-Gesetz Sachsen-Anhalt sind die Inhaberinnen und Inhaber administrativer Zugänge der IT-Kontrollkommission sowie für ihren jeweiligen Geschäftsbereich den Leitungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften bekanntzugeben. Gegebenenfalls ist eine solche Regelung auch im vorliegenden Gesetzentwurf aufzunehmen.

6. Aufnahme eines neuen Paragraphen

Ähnlich wie in § 3 IT-Justizgesetz Schleswig-Holstein sollte ein klarstellender Paragraph zum Datenschutz aufgenommen werden.²

7. Zu § 9 – Einrichtung und Zuständigkeiten der IT Kontrollkommission

Der TLfDI regt an, ergänzend aufzunehmen, dass die IT-Kontrollkommission außerhalb der bei den Gerichten im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit vorgenommenen Datenverarbeitung nicht tätig wird (siehe hierzu auch die vergleichbare Regelung in Sachsen-Anhalt, § 9 Abs. 6 Justiz-IT-Gesetz).

² § 3 Datenschutz, Mitbestimmung

Die Regelungen der Verordnung (EU) 2016/679, die ergänzenden Regelungen des Landesdatenschutzgesetzes und speziell bestehende Bestimmungen in Gesetzen und Verordnungen des Landes zum Datenschutz bleiben unberührt. Eine nach dem Landesrichtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 494), und dem Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.) vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 11. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 464), vorgesehene Beteiligung der Personalvertretungen bleibt ebenfalls unberührt.

8. Aufnahme Evaluierungsklausel

Seitens des TLfDI wird die Aufnahme einer Evaluationsklausel (Zeitraum nach ca. 3-5 Jahren) für das gesamte Gesetz empfohlen, um dessen Auswirkungen und praktische Umsetzbarkeit nach einem gewissen Zeitraum zu überprüfen.

9. Aufnahme einer Verordnungsermächtigung

Der TLfDI regt an zu prüfen, ob zur weiteren Ausgestaltung des Gesetzes gegebenenfalls eine Verordnungsermächtigung im Gesetz aufgenommen werden sollte (so z.B. Justiz-IT-Gesetz Sachsen-Anhalt, § 5 Abs. 7 sowie § 4 Abs. 5 IT-Justizgesetz Hamburg).

Der TLfDI möchte unabhängig von diesem Gesetz (da dieses vorrangig der IT-Sicherheit der Gerichte und der Unabhängigkeit der Justiz dient; siehe dazu § 3 ThürKTGerStG-E) an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass in der Justiz **unabhängige Kontrollstellen für die Einhaltung des Datenschutzes** geschaffen werden sollten (siehe hierzu ErwG 20 DS-GVO). Eine solche eigenständige gerichtsinterne Kontrollstelle muss unabhängig vom Justizministerium agieren, um die verfassungsrechtlich gesicherte richterliche Unabhängigkeit zu wahren.³

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

³ Siehe hierzu auch Bechstein in: Thüringer Datenschutzgesetz, Handkommentar, § 2 Rn. 78.

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontakt**daten:
TLfDI
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
Tel.: +49 (361) 57-3112900
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de⁴
2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG⁵ i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.
5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI⁶ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.⁵

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

⁴ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

⁵ Nur für den nichtöffentlichen Bereich

⁶ Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung											
- Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>IT-Leitstelle</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Thüringer Justizvollzug</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>K.-Markt - Str. 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98617 Untermaßfeld</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		IT-Leitstelle	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Justizvollzug	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	K.-Markt - Str. 8	Postleitzahl, Ort	98617 Untermaßfeld
Name	Organisationsform										
	IT-Leitstelle										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Justizvollzug										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	K.-Markt - Str. 8										
Postleitzahl, Ort	98617 Untermaßfeld										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Komm. Leiter IT-Leitstelle THJV	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Sachverhalt wird als nicht zureichend für den Geschäftsbereich des THJV gesehen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Untermaßfeld, d. 28.04.2023</i>	

Formblatt zur Datenerhebung.

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landgericht Mühlhausen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse ✓</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Eisenacher Straße 41</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99974 Mühlhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landgericht Mühlhausen	Geschäfts- oder Dienstadresse ✓		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eisenacher Straße 41	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
Name	Organisationsform										
	Landgericht Mühlhausen										
Geschäfts- oder Dienstadresse ✓											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eisenacher Straße 41										
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Richter</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Es bestehen keine Bedenken gegen die beabsichtigte Übertragung der Aufgaben der IT-Stelle der Gerichte + StA auf das Landesrechnungszentrum.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<i>Bitte um Stellungnahme über das Ministerium für Migration, Justiz u. Verbraucherschutz und das Thüringer Oberlandesgericht.</i>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
99974 Kuhlhausen, 02.05.2023

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG): Gesetzentwurf der Landesregierung		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Finanzkontrolle	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung. Er empfiehlt, die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz vor unberechtigtem Umgang mit Daten untergesetzlich zu untersetzen. Weiterhin bittet er zu prüfen, ob die IT-Kontrollkommission zu Vereinbarungen mit privaten Dienstleistern vorab präventiv zu hören sei.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt,	

THÜR. LANDTAG POST
15.05.2023 17:16

13270/23



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Den Mitgliedern des
AfMJV**

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2567

zu Drs. 7/6771

poststelle@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen:
Drs. 7/6771

Ihre Nachricht vom:
23. März 2023

Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG): Gesetzesentwurf der Landesregierung
Äußerung gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt
12. Mai 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum oben genannten Gesetzesentwurf der Landesregierung bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um Äußerung. Der Rechnungshof bedankt sich für die Beteiligung und äußert sich wie folgt:

Zu § 8 Administration und Schranken

§ 8 benennt Vorgaben auch für private Auftragnehmer, die insbesondere jeglichen unberechtigten Zugriff auf Daten oder deren unberechtigte Weitergabe unterbinden sollen. Wir weisen darauf hin, dass die zuständigen Stellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften wie auch der zentrale Dienstleister der Landesverwaltung dazu angehalten werden sollten, diese gesetzliche Regelung durch vertragliche Bestimmungen gegenüber privaten Dienstleistern weiter zu untersetzen. Insbesondere sollten Vertragsstrafen als Inhalte von Verträgen und Vereinbarungen mit privaten Auftragnehmern und Vertragspartnern vorgesehen werden.

Zu § 9 Errichtung und Zuständigkeiten der IT-Kontrollkommission

§ 9 Abs. 4 und Abs. 6 Satz 3 des Gesetzesentwurfs umfassen bestehende Vereinbarungen, die die IT-Kontrollkommission prüfen und beanstanden kann. Hier sollte eine ergänzende Regelung geprüft werden, nach der die IT-Kontrollkommission bereits vor Abschluss entsprechender Vereinbarungen zu hören wäre. Dies gäbe ihr die Möglichkeit, präventiv tätig zu werden. Zweckmäßigerweise wäre eine Regelung in § 9 Abs. 4 des Gesetzesentwurfs erwägenswert:

„Die IT-Kontrollkommission ist vor dem Abschluss von Vereinbarungen nach § 4 Abs. 2 und § 5 Abs. 3 anzuhören; ihr ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Im Übrigen begrüßt der Rechnungshof die Ansätze des Gesetzentwurfs.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Landgericht Erfurt	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	JURI - GAGARIN - RING 105-107
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GERICHTLICHE TÄTIGKEIT	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	ZUSTIMMUNG ZUM VORGELEGTEN GESETZESENTWURF	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 2.6.23	

THÜR. LANDTAG POST
24.05.2023 09:42

13929/2023



DIE PRÄSIDENTIN

Präsidentin des Landgerichts Erfurt · Postfach 900432 · 99107 Erfurt

- nur per Email -
Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

nachrichtlich:
Thüringer Ministerium
für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Erfurt
17.05.2023

und

Herrn Präsidenten
des Thüringer Oberlandesgerichts
Rathenaustraße 13
07745 Jena

Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThüriKT-GerStG)

Gesetzesentwurf der Landesregierung

- Drucksache 7/6771 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des
Thüringer Landtags, Schreiben vom 23.03.2023

Nach Beteiligung der gerichtlichen Praxis wird für den Landgerichtsbezirk Erfurt mitgeteilt, dass Bedenken gegenüber dem Gesetzesentwurf des ThüriKTGerStG, auch aus Sicht des Landgerichts selbst, nicht bestehen. Die Amtsgerichte Erfurt und Weimar begrüßen den Entwurf darüber hinaus insbesondere im Hinblick auf die gewährleistete richterliche Unabhängigkeit. Diesbezüglich äußert sich das Amtsgericht Sömmerda noch zurückhaltend und betont, dass erst die Zeit und die technische Entwicklung zeigen würden, ob und inwieweit es zu Kollisionen kommen werde.

Präsidentin
des Landgerichts Erfurt
Juri-Gagarin-Ring 105 - 107
99084 Erfurt

www.thueringen.de/olg/

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

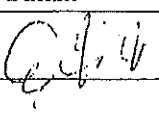
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

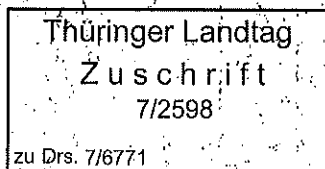
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Energiekrise- und Corona-Pandemie-Hilfefondsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7533 - 6771											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Rechtanwaltskammer Thüringen</td> <td>u.l.o.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstraße 46</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Rechtanwaltskammer Thüringen	u.l.o.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 46	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Rechtanwaltskammer Thüringen	u.l.o.R.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 46										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Radarsdienst Leipzig	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zurück	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief und vorab per Fax	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
	



Rechtsanwaltskammer
Thüringen
Körperschaft des öffentlichen Rechts



Rechtsanwaltskammer Thüringen

Rechtsanwaltskammer Thüringen
Hans-Böckler-Str. 10
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz – und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

~~Vorab per Fax: 0361/3772016~~

Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum

24.05.2023

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Anwaltschaft unterstützt ausdrücklich die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Gleichwohl ist es von erheblicher Bedeutung, dass die verfassungsrechtlich garantierte richterliche Unabhängigkeit durch Aufgabenübertragung auf Angehörige der Executive oder auf außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende öffentliche oder private Dienstleister nicht verletzt wird.

Dies ist nur dann erfüllt, wenn die Behandlung von Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses zum Schutz vor einer Kenntnisnahme durch Dritte schriftlich geregelt ist und die Einhaltung dieser Maßnahmen durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richterschaft überprüft werden kann (Urteil des Hessischen Dienstgerichtshofes vom 20.04.2010, Az.: DGH 4/08; Urteil des BGH vom 06.10.2011, Az.: RIZ (R) 7/10; Beschluss des BVerfG vom 17.01.2013 Az.: 2 BvR 2576/11).

Der gegenständliche Gesetzesentwurf ist aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen geeignet, die vorgegebenen richterlichen obergerichtlichen Anforderungen zu erfüllen, um die richterliche Unabhängigkeit bei der Aufgabenübertragung im Bereich von Informations- und Kommunikationstechnik auf „Dritte“ außerhalb der Judikative zu gewährleisten.

Insoweit trägt die Thüringer Anwaltschaft den gegenständlichen Gesetzesentwurf vollumfänglich mit, sofern die im Gesetzesentwurf legitimierte Kontrollinstitutionen ihren gesetzlich legitimierten Aufgaben im vollen Umfang nachkommen.

Rechtsanwaltskammer Thüringen
vertreten durch den Vorstand

Präsident

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung											
- Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Notarbund e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">eingetr. Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Regierungsstraße 28</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">38084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Notarbund e.V.	eingetr. Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 28	Postleitzahl, Ort	38084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Notarbund e.V.	eingetr. Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 28									
Postleitzahl, Ort	38084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

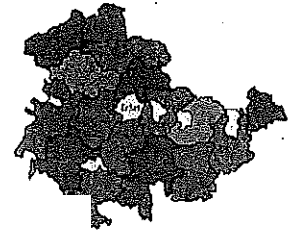
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Fortbildung und Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	- keine inhaltliche Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 24.05.23	

Thüringer Notarbund e.V.



Thüringer Notarbund e.V., Reglerungsstraße 28, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Notarbund e.V.
Reglerungsstraße 28
99084 Erfurt

Amtsgericht Erfurt

- per E-Mail -

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2599

zu Drs. 7/6771

Jena, 24.05.2023

**Gesetzesentwurf zum Beratungsgegenstand Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)
Drucksache 7/6771**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Thüringer Notarbund e.V. dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zu einer inhaltlichen Aussage sehen wir uns indes nicht veranlasst.

Das Notariat ist bereits seit vielen Jahren mit Nutzung sowie Fortentwicklung von Informations- und Kommunikationstechnik befasst. Ausgangspunkt hierfür sind verschiedene – zumeist bundesgesetzliche – Regelungen, welche für Notare in stetig wachsendem Umfang die Verwendung elektronischer Kommunikationswege und spezieller Anforderungen an die Software regeln.

Beispielhaft genannt seien nur die elektronischen Signaturen und Beglaubigungen, das (elektronische) Urkundenverzeichnis, das Zentrale Testamentsregister, die elektronische Urkundensammlung, der Datenverkehr mit zahlreichen Behörden über das EGVP sowie die seit 01. August 2022 mögliche rein virtuelle Gründung von bestimmten Gesellschaften.

Diese alltägliche Verwendung der Technik führt indes zu keiner besonderen Fachkenntnis hinsichtlich der in dem ThürIKTGerStG zu regelnden Fragen. Die notarsseitig verwendete Software wird zu erheblichen Anteilen unmittelbar von der Bundesnotarkammer bereitgestellt. Dessenfalls wird daher lediglich darum gebeten, die mittlerweile in fast allen Fällen reibungslos funktionierenden Informations- und Kommunikationswege mit den Gerichten und Behörden im *status quo* zu belassen oder – soweit möglich – auch gern weiter zu verbessern.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

stellv. Vorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des-Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung											
- Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Landgericht Heiningen</i></td> <td><i>Gerecht</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Lindenhofstr. 11</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>98617 Heiningen</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landgericht Heiningen</i>	<i>Gerecht</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Lindenhofstr. 11</i>	Postleitzahl, Ort	<i>98617 Heiningen</i>
Name	Organisationsform										
<i>Landgericht Heiningen</i>	<i>Gerecht</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Lindenhofstr. 11</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>98617 Heiningen</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

20

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) <i>Abstimmung mit Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschlägen.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Regen</i> , 30. Mai 2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung											
- Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Notarhammer Thüringen</i></td> <td style="border: none;"><i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Regierungsstraße 28</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Notarhammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Regierungsstraße 28</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Notarhammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Regierungsstraße 28</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Vertretung d. Interessen der Notarinnen und Notare in Thüringen und Wahrnehmung d. Aufgaben gem § 67 BNotO</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>keine Änderungsvorschläge</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erlb, 30.05.2023</i>	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)													
Gesetzentwurf der Landesregierung													
- Drucksache 7/6771 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Open Source Business Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>?</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Pariser Platz 6a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Open Source Business Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	?	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pariser Platz 6a	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin		
Name	Organisationsform												
Open Source Business Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V.	eingetragener Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse	?												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pariser Platz 6a												
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Die OSB Alliance vertritt über 200 Mitgliedsunternehmen der Open Source Wirtschaft in Deutschland und setzt sich für digitale Souveränität, Open Source Software und offene Standards in der Öffentlichkeit ein. Der Verband fungiert als Ansprechpartner zu den genannten Themen für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzesentwurf ist gut geeignet, die angestrebten Ziele zu erreichen. Gerichte und Staatsanwaltschaften haben besonders hohe Anforderungen an IT-Sicherheit, Datenschutz und Resilienz. Der Einsatz von Open Source Software und offenen Standards wirkt sich positiv auf diese sowie zahlreiche weitere Aspekte aus. Aus diesem Grund wird sowohl in Deutschland als auch international bereits bei vielen Gerichten und Staatsanwaltschaften Open Source Software eingesetzt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 31.05.2023	

THÜR. LANDTAG POST
30.05.2023 16:09

14518/23

OSB Open Source Business ALLIANCE

Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Stellungnahme der Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

**zum Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations-
und Kommunikationstechnik in den Gerichten und
Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung Thüringen

31. Mai 2023

1. Allgemeine Einschätzung zum Gesetzentwurf

Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, die bisherigen Digitalisierungsbestrebungen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen zu zentralisieren und die entsprechenden Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar zu regeln. Der vorliegende Gesetzentwurf gibt vor, dass die Thüringer Justiz sich für die Betreuung ihrer IT an IT-Dienstleister, in erster Linie das TLRZ (Thüringisches Landesrechenzentrum) und theoretisch weitere öffentliche IT-Dienstleister wenden kann, um ihre Bedarfe zu decken. Dies erscheint insbesondere deshalb sinnvoll, da die mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen immer weiter steigen werden – zumal mit Blick auf die zunehmende Verlagerung von Verwaltungshandlungen in die Cloud sowie vor dem Hintergrund der Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes.



Durch den Ansatz des Gesetzentwurfes sollen Doppelstrukturen vermieden werden und Synergieeffekte entstehen, denn "die Schaffung einer von den übrigen Landesstrukturen unabhängigen Informations- und Kommunikationstechnikinfrastruktur für Gerichte und Staatsanwaltschaften [...] wäre zwar verfassungsrechtlich unbedenklich, sie wäre aber unwirtschaftlich [...]". Das Gesetz soll zudem die „organisatorischen Grundlagen für Aufgabenübertragungen auf außerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehende Dienstleister“ schaffen, wodurch zusätzliche Handlungsoptionen geschaffen werden sollen.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt desweiteren insbesondere die Anforderungen, die der Hessische Dienstgerichtshof für Richter in seinem Urteil 2010 festgelegt hat. Hierbei handelt es sich um Regeln für die Trennung der Daten und eine Aufsicht durch ein Gremium, in dem auch Richter vertreten sein müssen. Der Gesetzentwurf soll vermeiden, dass es zu einer Verstrickung von IT-Strukturen und einer Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz kommen könnte. Daher soll mit dem Gesetzentwurf eine klare rechtliche Grundlage geschaffen werden, die u.a. die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen schafft, unter denen Aufgaben auf Dienstleister übertragen werden können. Das Gesetz soll klar regeln, an wen unter welchen Voraussetzungen welche Aufgaben übertragen werden können.

Der Gesetzentwurf scheint gut geeignet, um die angestrebten Ziele zu erreichen und die Informations- und Kommunikationstechnik von Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen zukunftsfest zu machen. Zudem scheint der Gesetzentwurf gut geeignet, um die digitale Souveränität von Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen zu stärken.

2. Bedeutung von Open Source Software für die Digitalisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Gerichte und Staatsanwaltschaften haben besonders hohe Anforderungen an Informationssicherheit, Datenschutz und Resilienz. Der Einsatz von Open Source Software und offenen Standards wirkt sich positiv auf diese sowie auf zahlreiche weitere relevante Aspekte aus. Aus diesen Gründen sollten Open Source Software und offene Standards bei der Digitalisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften bevorzugt zum Einsatz kommen.

Informationssicherheit: Die öffentliche Verwaltung kann bei Open Source Software den Quellcode einsehen und auf diese Weise unabhängig selbst die Sicherheit der Software prüfen oder durch Dritte prüfen lassen. Sie ist so unabhängig davon, sich auf Erklärungen und Sicherheitsversprechen der Softwareanbieter verlassen zu müssen. Die Verwaltung kann die Software auf Schwachstellen untersuchen und dadurch z.B. das Vorhandensein von absichtlich eingebauten Sicherheitslücken ausschließen. Durch diese Transparenz und Kontrollfähigkeit kann die Verwaltung auch sichergehen, dass die verarbeiteten Daten

nicht im Hintergrund abfließen oder dass ein Zugriff durch unbefugte Dritte auf die Daten besteht. Der Einflussnahme Dritter auf die IT-Systeme durch die Kontrolle von Schnittstellen oder durch das gezielte Einschleusen von Schadsoftware kann so vorgebeugt werden. Mit Open Source Software können das Datenschutzniveau und die Informationssicherheit deutlich erhöht werden.

Resilienz: Viele Softwarelösungen sind bereits heute nur noch über Cloud-Dienste zu beziehen, ohne die sie nicht funktionieren. Vor dem Hintergrund des CLOUD-Act steht stets die Gefahr im Raum, dass diese Cloud-Dienste auf politischen Druck aus dem Ausland zentral abgeschaltet werden können.¹ In diesem Fall wären zentrale Verwaltungsdienstleistungen dann auf einen Schlag nicht mehr verfügbar.

Open Source Software ist daher auch zentral für die Resilienz in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Gesellschaft allgemein. Resilienz wird hier verstanden als die Fähigkeit eines Systems, so mit Störungen von außen umzugehen, dass es trotzdem funktionsfähig bleibt. Selbst wenn ein zentraler Anbieter oder eine Software ausfällt oder auf politischen Druck hin abgeschaltet wird, gibt es mit Open Source Alternativen, Softwarelösungen selbstständig oder bei einem anderen Anbieter weiterzubetreiben.

Gestaltungsfähigkeit: Die öffentliche Verwaltung kann bei Open Source Software den Quellcode einsehen, diesen verstehen, verwenden, verändern und auch wieder selbst (z.B. in einer geänderten Version) weiterverbreiten. Dies gibt der Verwaltung die Freiheit, die Software an die eigenen speziellen Bedürfnisse anzupassen und die Software auch mit anderen Anwendungen zu verknüpfen oder in diese einzubetten. Diese Gestaltungsfähigkeit erhöht auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Interoperabilität und Verwaltungsdigitalisierung: Aufgrund der genannten Vorteile mit Blick auf Wechselmöglichkeit und Gestaltungsfähigkeit und der Möglichkeit zur Interoperabilität verschiedener Softwarelösungen spielt Open Source auch bei der Verwaltungsdigitalisierung eine zentrale Rolle. Denn offene Standards und offene Schnittstellen sowie entsprechende Open Source Referenzimplementierungen ermöglichen eine schnelle und effiziente Nachnutzung einmal entwickelter Softwarelösungen. Wenn eine Kommune eine Verwaltungsdienstleistung auf der Basis offener Standards digitalisiert hat, kann eine andere Kommune diese Lösung übernehmen, selbst betreiben oder unkompliziert für die eigenen Rahmenbedingungen anpassen (Einer-für-Alle-Prinzip). Open Source Software und offene Standards werden daher im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz auch als eines der sechs Grundprinzipien zur Steuerung

¹ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/CLOUD_Act

der Verwaltungsdienstleistungen in Deutschland benannt² sowie als zentraler Bestandteil des Servicesstandards für die digitale Verwaltung³.

Da Thüringen bereits mit anderen Ländern gemeinsam die Entwicklung von Fachverfahren vorantreibt, ist der Einsatz von Open Source Software bei dieser gemeinschaftlichen Entwicklung von Softwarelösungen besonders wichtig.⁴

Public Money, Public Code: Gerade bei öffentlich finanzierten Vorhaben müssen die Ergebnisse der Gemeinschaft frei zur Verfügung gestellt werden.⁵ Im Fall von Software bedeutet das eine Verbreitung und Lizenzierung als Open Source Software.⁶ Die öffentlich finanzierten Software-Entwicklungen sollten beispielsweise im OpenCoDE Software Repository für die öffentliche Verwaltung abgelegt werden, wo sie von jedermann eingesehen werden können.

3. Einsatz von Open Source Software und offenen Standards bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Aus den oben genannten Gründen werden bereits heute in wachsendem Maße bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Deutschland und weltweit Open Source-Lösungen eingesetzt.

Das Justizministerium Rheinland-Pfalz beispielsweise hat sich vor etwa zwei Jahren entschieden, möglichst viele selbst entwickelte Softwarelösungen als Open Source Software zu lizenzieren. Die entsprechenden Lösungen erweitern Möglichkeiten des elektronischen Rechtsverkehrs und von Fachverfahren und sind fast alle unter die EUPL-Lizenz gestellt. Bei dieser Open Source-Lizenz der Europäischen Union, welche bereits 2007 entworfen wurde um die Zusammenarbeit der nationalen Behörden miteinander zu verbessern, handelt es sich um eine Copy-Left-Lizenz: Änderung, welche von Dritten vorgenommen und ausgeliefert werden, müssen selbst wieder unter der EUPL veröffentlicht werden. Gleichzeitig ist die EUPL äußerst kompatibel mit vielen wichtigen Open Source-Lizenzen und liegt in allen Sprachen vor, welche in der Europäischen Union gesprochen werden. Das Justizministerium Rheinland-Pfalz steht mit Blick auf die Entwicklung der verschiedenen Open Source-Lösungen auf Arbeitsebene im Austausch mit anderen Bundesländern. Ein Teil der vom Justizministerium Rheinland-Pfalz entwickelten Lösungen befindet sich im Open Source Code Repository OpenCoDE.⁷ Weitere Repositories werden auf der Plattform GitHub veröffentlicht.

2 Vgl. <https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/grundlagen/konjunkturprogramm/grundprinzipien/grundprinzipien-node.html>

3 Vgl. <https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/grundlagen/servicestandard/servicestandard-node.html>

4 Vgl. <https://osb-alliance.de/publikationen/stellungnahmen/stellungnahme-zur-aenderung-des-onlinezugangsgesetzes>

5 Vgl. <https://www.wikimedia.de/oeffentliches-geld-oeffentliches-gut/>

6 Vgl. <https://fsfe.org/activities/publiccode/index.de.html>

7 Vgl. <https://gitlab.opencode.de/ovgrip>

Auch in Thüringen werden bereits Anwendungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften als Open Source Lösungen entwickelt.

Der offene Standard „LegalDocML“ ist ein offener Standard für die digitale Rechtssetzung⁸, der als „LegalDocML.de“ für die Anwendung in Deutschland angepasst und weiter entwickelt wurde.⁹ „LegalDocML“ basiert auf dem XML-Standard „Akoma Ntoso“ (Architecture for Knowledge-Oriented Management of African Normative Texts using Open Standards and Ontologies), mit dem ein plattformunabhängiger Austausch von Daten ermöglicht wird.

In einigen Bundesstaaten in den USA und Kanada werden in den letzten Jahren Plattformen für „Online Dispute Resolutions“, also die Klärung von kleineren Rechtsstreitigkeiten, entwickelt, deren Zuständigkeiten zunehmend erweitert werden. Hierzu gehören u.a. das British Columbia Civic Resolution Tribunal in Kanada¹⁰ oder die Utah Online Dispute Resolution Plattform in den USA. Letztere ist als Open Source-Lösung entwickelt worden mit dem Ziel, diese Lösung zukünftig auch anderen State Court Systems zur Verfügung stellen zu können.¹¹

Die genannten Beispiele zeigen, dass Open Source Software und offene Standards bei der Digitalisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgrund der Freiheiten und Vorzüge, die die Lizenzen bieten, eine zentrale Rolle spielen und dementsprechend auch bei der Neuordnung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen berücksichtigt werden müssen.

Über die OSB Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Die OSB Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V. vertritt über 200 Mitgliedsunternehmen der Open Source Wirtschaft, die in Deutschland gemeinsam jährlich mehr als 126,8 Milliarden Euro erwirtschaften. Zusammen mit unseren wissenschaftlichen Einrichtungen und Anwenderorganisationen setzen wir uns dafür ein, die zentrale Bedeutung von Open Source-Software und offenen Standards für eine digital souveräne Gesellschaft nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dieser digitale Wandel soll Unternehmen, Regierungen, Behörden und Bürgern gleichermaßen zugute kommen. Wir treten dafür ein, Open Source als Standard in der öffentlichen Beschaffung und bei der Forschungs- und Wirtschaftsförderung zu etablieren. Um unsere Ziele zu verwirklichen, stehen wir Unternehmen, Privatpersonen, Medien und der Politik als Experten und Ansprechpartner zur Verfügung.¹²

⁸ Vgl. https://www.oasis-open.org/committees/tc_home.php?wg_abbrev=legaldocml

⁹ Vgl. https://www.cio.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/CIO/DE/digitaler-wandel/architekturen-standard/normsetzung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 und https://de.wikipedia.org/wiki/Akoma_Ntoso#Deutsches_Anwendungsprofil_%E2%80%9ELegalDocML.de%E2%80%9C

¹⁰ Vgl. <https://civilresolutionbc.ca/>

¹¹ Vgl. Seite 22 <https://www.flcourts.gov/content/download/725954/file/Online%20Dispute%20Resolution%20Pilot%20Program%20Report%20-%20Final%20with%20Appendices.pdf>

¹² <https://osb-alliance.de/>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung											
- Drucksache 7/6771 -											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Thüringer Landesrechnungszentrum</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Behörde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Ludwig-Erhard-Ring 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99099 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesrechnungszentrum	Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ludwig-Erhard-Ring 8	Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesrechnungszentrum	Behörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ludwig-Erhard-Ring 8										
Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></p> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></p>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></p>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Zentraler IT-Dienstleister der Thüringer Landesverwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Das Thüringer Landesrechnungszentrum stimmt dem vorliegenden Gesetzesentwurf vollumfänglich zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 02.05.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
ThürOKT-Ger SIG		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Thür. OLG	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Rathenaustr. 13	
	Postleitzahl, Ort	
	07745 Jena	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Richter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Kritik an Entwurfsregelung in § 9 Abs. 8 und § 6 Abs. 2	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 23.5.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Thüringer Oberlandesgericht</i></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Rathausstr. 13</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>07745 Jena</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Thüringer Oberlandesgericht</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rathausstr. 13</i>	Postleitzahl, Ort	<i>07745 Jena</i>
Name	Organisationsform										
<i>Thüringer Oberlandesgericht</i>											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rathausstr. 13</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>07745 Jena</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Leiter der IT-Stelle der Thüring. Rechte für Staatsanwältinnen -Te-SS-	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Allgemeine Stellungnahme für das ThStG jähres THStV (St und Rechtsprechung)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	P.O.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Heute, den 20.06.2023</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
- Drucksache 7/6771 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Thüringer Generalstaatsanwaltschaft Die Generalstaatsanwältin
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Rathenaustraße 13
	Postleitzahl, Ort
	07745 Jena
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Strafverfolgung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Schaffung organisatorischer Regelungen zum IT-Einsatz bei den Thüringer Gerichten und Staatsanwaltschaften ist zu begrüßen. Für eine erfolgreiche Digitalisierung der Justiz bedarf es allerdings vor allem der Bereitstellung der erforderlichen sachlichen und personellen Ressourcen durch den Haushaltsgesetzgeber; darüber muss die Unabhängigkeit der Justiz im Rahmen der gesetzlichen Regelungen weitergehend gewährleistet und gestärkt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellöG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, <u>26</u> .05.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
ThürIKTGerStG - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -		
e 1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Landgericht Gera	Gericht im Geschäftsbereich des TMMJV
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 17 64
	Postleitzahl, Ort	07507 Gera
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Rechtsprechung im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Gesetzesvorhaben wird grundsätzlich begrüßt. Bei der Regelung der die Belange der Rechtspflege einschließlich Ihrer Unabhängigkeit vertretenden Gremien (Lenkungsreis der IT-Stelle und IT-Kontrollkommission) werden einzelne Ergänzungen vorgeschlagen, um diese Gremien zu stärken.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<div></div>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	<div></div>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
gr, 31.5.2023	

THÜR. LANDTAG POST
31.05.2023 11:59

1462312023



DER PRÄSIDENT

Landgericht Gera · Postfach 17 64 · 07607 Gera

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

über

Thüringer Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

über

Herrn Präsidenten
des Thüringer Oberlandesgerichts
Rathenaustraße 13
07745 Jena

Gera,
26.05.2023

Regierungsentwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürlKTgerStG)

Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages (Drs. 7/6771)

Bezugnehmend auf die mit Schreiben vom 23.03.2023 übermittelte Bitte, die hiesige Auffassung zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürlKTgerStG) schriftlich darzulegen, wird folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Allgemeines

Landgericht Gera
Rudolf-Diener-Straße 2
07545 Gera

www.thueringen.de/olg/

Datenschutzhinweis: Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz finden sich auf der Internetseite des Gerichts unter dem Menüpunkt „Datenschutz in der Justiz“. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch in Papierform.



TLT/6036/23/5

Es ist zu begrüßen, dass mit dem vorliegenden Regierungsentwurf gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Thüringer Gerichten und Staatsanwaltschaften geschaffen werden sollen. Wie nahezu sämtliche andere Lebensbereiche auch ist die richterliche Praxis bereits seit längerem maßgeblich durch digitale Technologien geprägt. Handelte es sich dabei bislang im Wesentlichen um technische Hilfsmittel, werden mit Einführung der elektronischen Gerichtsakte sowohl die Entscheidungsgrundlagen (die Akten) als auch die Entscheidungen selbst (Urteile, Beschlüsse, Verfügungen) zunehmend ausnahmslos digital vorgehalten. Es ist daher keine Übertreibung, die sachgerechte Ausstattung mit leistungsstarker und verlässlicher Informations- und Kommunikationstechnik als ein wesentliches Fundament der rechtsprechenden Gewalt anzusehen. Die Grundlagen für deren Beschaffung, Administration und Betreuung unter Berücksichtigung des verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der richterlichen Unabhängigkeit zu kodifizieren, erscheint vor diesem Hintergrund notwendiger denn je.

Der Gesetzentwurf orientiert sich dabei an den faktischen Gegebenheiten, wonach die wachsenden Anforderungen im Digitalbereich durch ein Zusammenspiel aus justizeigenen IT-Stellen und zunehmender Inanspruchnahme externer Dienstleister, namentlich des Thüringer Landesrechenzentrums der Thüringer Landesverwaltung, bewältigt werden. Die denkbare Alternative, eine von den übrigen Landesstrukturen vollständig unabhängige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur für Gerichte und Staatsanwaltschaften aufzubauen, wird hingegen aus wirtschaftlichen Erwägungen verworfen. Die hierzu im Gesetzentwurf dargelegten Erwägungen sind allesamt nachvollziehbar und es ist aus Sicht der hiesigen Gerichtsbarkeit zu konstatieren, dass der Aufbau eines justizeigenen IuK - Systems mit Blick auf das Gewaltenteilungsprinzip und die richterliche Unabhängigkeit zwar wünschenswert ist, unter den gegebenen Bedingungen praktisch aber nicht so umsetzbar sein dürfte, dass die technische Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Systeme durchgehend gleichermaßen gewährleistet wäre wie gegenwärtig der Fall. Insbesondere erscheint eine Konkurrenz zwischen der Justiz und der Verwaltung um ohnehin rare und unter den gegebenen Lohnstrukturen oft zu einer Anstellung im Öffentlichen Dienst nicht bereite IT-Fachkräfte wenig zielführend.

Insofern wird der vom Gesetzentwurf verfolgte Ansatz, die Inanspruchnahme von Dienstleistern zur Bereitstellung, Administration und Betreuung der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits explizit zu erlauben, andererseits hinsichtlich des Schutzes der besonderen Justizbelange einer Regulierung zu unterwerfen, im Grundsatz für praxisgerecht erachtet. Worauf es dabei entscheidend ankommt, ist die tatsächliche Umsetzung der Vorgaben in der Praxis, wofür es einer adäquaten personellen

Ausstattung mit qualifizierten Fachkräften bedarf. Insofern erscheint fraglich, ob mit der gegenwärtigen Personalausstattung gerade auch im richterlichen Bereich die im Gesetz geregelten Aufgaben, insbesondere die fortlaufende Prüfung, ob bei zunehmender Auslagerung der Bereitstellung von IT-Infrastruktur auf externe öffentliche und private Dienstleister die Unabhängigkeit der Justiz gewahrt bleibt, tatsächlich adäquat erfüllt werden kann. Dabei kommt auch zum Tragen, dass die Bewältigung der Aufgaben der IT-Kontrollkommission eine gewisse IT-Expertise voraussetzen dürfte, deren Vorhandensein in den Berufsgruppen, die Mitglieder der Kommission werden sollen, nicht ohne weiteres erwartet werden kann.

2. Zum Entwurf im Einzelnen

Die hiesige Gerichtsverwaltung hatte im bisherigen Verlauf des Gesetzgebungsprozesses bereits mehrfach die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den jeweils fortgeschriebenen Entwürfen. Bei folgenden Regelungen sind dabei Änderungen angeregt worden, die weiterhin von Relevanz sind:

§ 4 Abs. 2 RegE – Vereinbarungen des Justizministeriums mit Dienstleistern

Nach § 4 Abs. 2 RegE kann das für Justiz zuständige Ministerium Vereinbarungen mit Dienstleistern treffen. Eine Beteiligung der in § 9 RegE als maßgebliches Gremium zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit bei Externalisierung von IT-Aufgaben vorgesehenen IT-Kontrollkommission ist dabei nicht enthalten. Dies wäre aus hiesiger Sicht aber sinnvoll. Denn Aufgabe der IT-Kontrollkommission ist es, die Einhaltung der Vorgaben des § 8 RegE durch Dienstleister zu überwachen, wobei sie auch befugt sein soll, Vereinbarungen zu beanstanden, vgl. § 9 Abs. 6 S.3 RegE. Würde sie bereits im Vorfeld einer solchen Vereinbarung angehört und ihre Vorgaben bei deren Abschluss berücksichtigt, könnte dies ggf. eine spätere Beanstandung entbehrlich machen. Gründe, weshalb eine derartige Beteiligung der IT-Kontrollkommission untunlich sein könnte, sind diesselts nicht bekannt.

§ 6 Abs. 2 RegE – Lenkungskreis der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften

Es wird kritisch gesehen, dass der Lenkungskreis in seiner Zuständigkeit in § 6 Abs. 2 RegE gegenüber den vorangegangenen Entwürfen weiter eingeschränkt wird. Aus der vormaligen Entscheidungskompetenz über die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik ist nunmehr eine bloße Empfehlungskompetenz geworden. Verglichen mit der noch im Arbeitsentwurf vom 11.03.2021 vorgesehenen Möglichkeit des Lenkungskreises, die Ausstattung

einheitlich und gegebenenfalls priorisierend abzustimmen und verschiedene Anhörungsrechte, etwa im Zusammenhang mit der ressortübergreifenden IT-Gesamtplanung für den Freistaat Thüringen wahrzunehmen, sind die Aufgaben im Verlauf der verschiedenen Entwurfsstadien erheblich reduziert worden. Ob mit der gegenwärtigen Regelung tatsächlich das in der Gesetzesbegründung genannte Ziel einer ausreichenden Einflussnahme- und Mitbestimmungsmöglichkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften auf zentrale Ausstattungsfragen mit IuK-Technik erreicht werden kann, erscheint demnach zweifelhaft. Unter diesen Bedingungen einer eng begrenzten Kompetenz ohne Entscheidungsbefugnis stellt sich die Frage, ob es unter dem Aspekt der Bürokratievermeidung nicht zweckmäßiger wäre, auf das Gremium ganz zu verzichten und nur eine Pflicht zu regeln, die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Fragen der IuK-Ausstattung zu beteiligen.

§ 7 Abs. 1 RegE – Nutzung zentraler Infrastrukturkomponenten

Wie in § 4 Abs. 2 RegE erscheint auch hier eine Anhörung der IT-Kontrollkommission sinnvoll, damit diese die Gelegenheit hat, schon bei der Festlegung des Rahmens der Delegation bestimmter Aufgaben sicherzustellen, dass dieser geeignet ist, die Schranken des § 8 umzusetzen.

§ 9 Abs. 8 RegE – Ausstattungsbedarf der IT-Kontrollkommission

Die Regelung zu den Ausstattungsbedarfen der IT-Kontrollkommission in § 9 Abs. 8 RegE sieht anders als eine Vorgängerfassung des Entwurfs lediglich eine Bedarfsmitteilung durch die Kommission vor, nicht mehr jedoch Regelungen darüber, welche Mittel das für Justiz zuständige Ministerium zur Verfügung stellen muss. Vorgaben dazu, wie die Kommission auf ihre Bedarfsmitteilung hin auszustatten ist, fehlen demnach. Ein triftiger Grund für diese Regelungslücke erschließt sich hier nicht. Die Pflicht zur angemessenen Ausstattung durch das Ministerium sollte aus hiesiger Sicht geregelt werden, um der Bedeutung des Gremiums bei der Kontrolle der Einhaltung der besonderen Schutzbedürfnisse der Justiz gerecht zu werden und damit die Anforderungen, welche der Hessische Dienstgerichtshof für Richter in seinem Urteil vom 20.04.2010 aufgestellt hat, auch praktisch umzusetzen.

16592/2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vertreten durch: Vizepräsident Dr. Gerhard Schabhüser
	Bundesoberbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postfach 200363
	Postleitzahl, Ort
	53133 Bundesstadt Bonn
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Cyber-Sicherheitsbehörde des Bundes	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Das BSI begrüßt das ThürITGerStG als wichtige Maßnahme zur rechtssicheren Organisation der IuK der Thüringer Justiz. - Das Informationssicherheitsmanagement sollte als verpflichtender Bestandteil in der Organisation verankern werden. - Die Bestimmungen in § 8 des Gesetzentwurfs sollten eine Weitergabe von Logdateien an Forensik-Dienstleister ermöglichen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="radio"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn, 21.06.2023	



Bundesamt
für Sicherheit in der
Informationstechnik

THÜR. LANDTAG POST
31.05.2023 11:32

1460612023

Deutschland
Digital•Sicher•BSI

Der Vizepräsident

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, 53175 Bonn

Thüringer Landtag

- Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz -

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

- per E-Mail -

Dr. Gerhard Schabhüser
Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik

Godesberger Allee 185-189
53175 Bonn

Postanschrift:
Postfach 20 03 63
53133 Bonn

**Betreff: Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und
Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften
(ThürITGerStG)**

www.bsi.bund.de

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.03.2023, Drs. 7/6771

Az.: BL13 – 001 00 08/001

Datum: 30.05.2023

Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Möller,
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
Sehr geehrte Frau Ruffert,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Möglichkeit einer Stellungnahme. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unterstützt und fördert die Cyber-Sicherheit im Kontext der Digitalisierung der Verwaltung im Bund und in den Ländern. Die besonderen Herausforderungen der digitalen Transformation für eine unabhängige Justiz sind dem BSI bewusst. Wir begrüßen das Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG) als wichtige Maßnahme zur rechtssicheren Organisation der Informations- und Kommunikationsdienste der Thüringer Justiz.

Auch im Hinblick auf die aktuelle Rechtslage sind die Ressourcen für die Unterstützung der Länder des BSI insbes. aufgrund von verfassungsrechtlicher Schranken begrenzt. Eine juristische Detailwürdigung des Gesetzentwurfs ist daher leider nicht möglich. Gerne möchte ich jedoch zu den Aspekten der Informationssicherheit im vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen:



Seite 2 von 3

1.) Organisatorische Rahmenbedingungen

Mit dem ThürITGerStG werden Rahmenbedingungen sowie die Abgrenzung von Zuständigkeiten zur Erbringung von IT-Diensten für die Thüringer Justiz definiert. Dies wird als Voraussetzung für die Ausbildung sicherer und leistungsfähiger IT-Dienste angesehen. Die im Entwurf beschriebenen Herausforderungen auch mit Blick auf die Informationssicherheit können durch Bündelung besser bewältigt werden.

2.) Verankerung des ISMS als Bestandteil in der Organisation

In der Organisation sollte deutlicher das Informationssicherheitsmanagement (ISM) als verpflichtender Bestandteil verankert werden. Neben der Benennung in den Zuständigkeiten des Ministeriums (vgl. § 4) sollte auch eine Einbeziehung des ISM in die Kontrollkommission geprüft werden.

3.) Sicherstellung der Unabhängigkeit der Justiz bei Outsourcing

Die Unabhängigkeit der Justiz sollte im Rahmen der Sicherheitskonzeption ausdrücklich berücksichtigt werden. Wenn Dienstleister beauftragt werden, wie bspw. im Gesetzentwurf in § 3, § 4 und § 8 beschrieben, sollten entsprechende Steuerungsmöglichkeiten der Justiz bspw. durch die Umsetzung der BSI-Standards für Outsourcing sichergestellt werden. Gemäß des BSI IT-Grundschutzes verbleibt die Verantwortung aus Sicht der Informationssicherheit stets bei der auslagernden Institution. Informationen dazu finden Sie im BSI IT-Grundschutz Kompendium im Baustein OPS 2.3 Nutzung von Outsourcing. Weitere Hinweise finden Sie auch im Mindeststandard des BSI zur Nutzung externer Cloud-Dienste. Ich weise jedoch darauf hin, dass die darin beschriebenen Mindeststandards für die Sicherheit der Informationstechnik des Bundes und für die Länder nicht per se verbindlich gelten.

4.) Erhebung von Logdateien

Die Erhebung von Logdateien ist auch nach BSI IT-Grundschutz eine notwendige Vorsorge für die IT-Forensik. Bei der Aufklärung von Sicherheitsvorfällen sind regelmäßig forensische Untersuchungen erforderlich. Metadaten, Logdateien und Protokolle sind für diese Aufklärung von zentraler Bedeutung und müssen hierfür ggf. an beauftragte Forensik-Dienstleister weitergegeben werden können. Die Bestimmungen in § 8 des Gesetzentwurfs sollten eine solche Weitergabe ermöglichen.



Seite 3 von 3

Falls es Ihrerseits zukünftig weitere konkrete Fragen zur Cyber-Sicherheit geben sollte, kommen Sie gerne wieder auf das BSI zu. Die Kolleginnen und Kollegen der Informationssicherheitsberatung stehen Ihnen dazu vertrauensvoll unter: sicherheitsberatung-politik@bsi.bund.de zur Verfügung. Auch stehen mein Haus und ich gerne für sämtliche Fragen rund um die angestrebte Zentralstellenfunktion zur Verfügung. Diese würde es ermöglichen, die Zusammenarbeit zwischen dem BSI und dem Land Thüringen dauerhaft zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerhard Schabhüser

15565/2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumenta- tion veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/6771		
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Oberverwaltungsgericht	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Straße 2a
	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wittenberg 7. 6. 2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)											
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6771 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Offenes Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Biberweg 18</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07749 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Offenes Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Biberweg 18	Postleitzahl, Ort	07749 Jena
Name	Organisationsform										
Offenes Thüringen											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Biberweg 18										
Postleitzahl, Ort	07749 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Diplom-Informatiker, Unternehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	• Alles verständlich & nachvollziehbar. • Der Fokus auf den Landes-IT-Dienstleister ist dagegen weniger nachvollziehbar, da dieser enorme fachliche & Transparenzmängel aufweist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 31. Mai 2023	

THÜR. LANDTAG POST
31.05.2023 17:14

14698/23

Stellungnahme zum ThürIKTGerStG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kls.

Wieder einmal möchten wir uns für diese für uns sehr informative und lehrreiche Möglichkeit einer Stellungnahme im Bereich der staatlichen Digitalisierung bedanken. Bislang war uns die Thüringer Judikative nur in Form von ebenfalls sehr lehrreichen und gut geschriebenen Texten zu unseren Widersprüchen zu Allgemeinverordnungen oder Transparenzklagen bekannt. Das wir aber in der 3. Staatlichen Gewalt einen so großen und gut motivierten Mitstreiter für echte Transparenz, IT-Sicherheit und Datenschutz haben, war uns bislang entgangen. Wir begrüßen dies außerordentlich!

Wir können die Bedenken der 3. Staatlichen Gewalt absolut nachvollziehen. Digitalisierung darf nicht zu einer „Hintertür“ verkommen mit der Demokratie und Rechtsstaat ausgehebelt werden können. Das sich Demokratie und Rechtsstaat derzeit nicht in der einfachsten (welt-)politischen Lage befindet dürfte niemand ernsthaft bestreiten wollen. Nutzen wir die Digitalisierung also lieber um die Demokratie, den Rechtsstaat und damit auch die absolute Unabhängigkeit der 3. Staatlichen Gewalt sicherzustellen, gleichzeitig aber auch und die Transparenz und rechtsstaatliche Kontrolle der 3. Staatlichen Gewalt sicherstellen zu können.

Wir können die Bedenken der 3. Staatlichen Gewalt auch deshalb so gut nachvollziehen, da wir auch selbst Probleme mit der technischen Qualität und der eigentlich absolut notwendigen und eigentlich gesetzlich geregelten Transparenz des Freistaates Thüringen als IT-Dienstleister haben. In unseren „Ausschreibungen“ wäre dieser Dienstleister sicherlich bei jedem Thema, außer vielleicht bei den Gebäuden von Rechenzentren, schon in der Qualifikationsrunde ausgeschlossen. Von der ministerialen Ebene bis hin zur *Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (KIV)* wird unserer Ansicht nach absichtlich gegen das Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) verstoßen in dem schlicht nicht oder ausweichend geantwortet wird; indem veraltete oder für die Fragen komplett irrelevante Informationen rausgegeben werden; indem Dokumente und ganze Veranstaltungen als „verwaltungsintern“ deklariert werden; indem das ThürTG und seine Anwendbarkeit ganz verleugnet wird. Beispiele hierfür finden sich auf Frag-den-Staat zur Genüge. Leider helfen hier auch Klagen vor den Verwaltungsgerichten nur bedingt, wie unsere Klagen zu verwandten Themen zeigen. Warum sollte jemand der digitalaffine BürgerInnen dermaßen abschätzig behandelt die 3. Staatliche Gewalt und deren IT-Kontrollkommission besser behandeln? Zumal das Risiko das hierbei fachfremde Kommissionsmitglieder mit wohlklingenden IT-Buzzwords einfach „an die Wand gequatscht“ werden deutlich höher ist?

Auf Grund dieser Welgerung bei vielen transparenzpflichtigen Stellen Auskunft über die KIVs bzw. über ihre Zusammenarbeit mit der KIVs zu geben, empfehlen wir einen Untersuchungsausschuss im Landtag über die Machenschaften und die Rolle des Landes-CIOs, des Landesverwaltungsamtes und der KIVs in dieser Hinsicht. Wir sehen hier einen Anfangsverdacht der Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung als erfüllt an.

Bevor sich die 3. Staatliche Gewalt also in weitreichende IT-Abhängigkeiten begeben bei denen die Unabhängigkeit der 3. Gewalt einer konkreten Gefahr ausgesetzt sein wird, empfehlen wir den Bereich „IT-Dienstleistungen“ der Freistaates Thüringen grundlegend zu reformieren und überalterte Strukturen abzuschaffen bzw. in Pension zu schicken. Die 3. Staatliche Gewalt braucht einen IT-Dienstleister bei dem IT-Sicherheit-by-Default, Datenschutz-by-Default, Transparenz-by-Default, Open Source-by-Default, OpenData-by-Default als Grundlage jedes Prozesses gelebt wird. Ansonsten empfehlen wir Brieftauben (vgl. RFC 1149).

Als Alternativvorschlag möchten wir – wie schon häufiger – nochmals für ein eigenes **Ministerium für Transparenz und Digitale Schnittstellen (TMTDS)** werben. Wir sind uns sicher, dass die Verortung der Digitalisierung verteilt auf viele Ministerien und die staatliche Verwaltungsdigitalisierung unterhalb des Finanzministeriums einer der Geburtsfehler der Thüringer Digitalisierung darstellt. Zu groß sind die Interessenkonflikte und zu groß die Sicherheitsrisiken bei der Gewährleistung einer effektiven staatlichen Gewaltenteilung. Dies Ministerium sollte ebenfalls unabhängig von allen anderen staatlichen Institutionen sein und sich bewusst als echter reiner Dienstleister verstehen, der die Zusammenarbeit zwischen allen staatlichen Institutionen aktiv fördert, aber auch ein Vetorecht bei abstrusen Alleingängen einzelner Institutionen hat. Die Stelle des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TlfdI) wäre innerhalb eines eigenen Ministeriums sicherlich ebenfalls besser aufgehoben und könnte effektivere Arbeit leisten als heutzutage.

So positiv wie wir die grundlegende Intention der 3. Staatlichen Gewalt zu dieser Gesetzesinitiative sehen, so sehr wundert uns doch der Inhalt des Gesetzes. Ein wenig wirkt es so, als ob man in der 3. Gewalt, wenn man nicht mehr weiter weiß einen Arbeitskreis für eine gesetzliche Regelung schafft – ähnlich wie in der IT-Branche gern mal ein „Standard“ produziert wird, wenn man Zeit gewinnen will. Ob dies auch zielführend ist, scheint dann niemand mehr in Frage stellen bzw. überprüfen zu wollen. Eher schreibt man bei Bedarf einfach noch einen Standard bzw. einfach noch ein Gesetz. Dabei hat die 3. Staatliche Gewalt doch mit der gesetzlichen Festlegung von DE-Mail als „sichere“ Kommunikation zwischen BürgerInnen und u.a. der Judikative bereits vor längerer Zeit bewiesen, dass solche Wege zum Scheitern verurteilt sind.

Unsere Kritik aus dem vorherigen Absatz verstärkt sich durch die vielen offensichtlich absichtlich sehr schwachen Forderungen im Gesetz und der Gesetzesbegründung. Laut Volksmund muss man ja jedes Wort der Judikative auf die Goldwaage legen, da wundert es dann um so mehr, wenn die Judikative mit einem eigenen Spezialgesetz ihre Unabhängigkeit einfordern will, sich dann aber bei Forderungen die nach Sicherheitsgarantien auf dem Niveau von „Wünschen“, vertraglichen Regelungen und „Checklistensicherheit“ (Compliance) beschränkt, obwohl an den meisten dieser Stellen auch eine mathematisch und informatisch beweisbare technische und organisatorische Sicherheit hätte gefordert werden können. So ist es beispielsweise vollkommen nebensächlich, ob ein Mitarbeiter des Landes-IT-Dienstleisters auf irgendwelche Daten und Dokumente „nicht zugreifen darf“, denn als interner Angreifer wird ihn dieses Verbot schlicht nicht interessieren. Eine juristisch, mathematisch und informatisch korrekte Formulierung muss deshalb „nicht zugreifen kann“ lauten (vgl. § 8 3.). Es wäre interessant zu wissen, ob diese mehrfachen Formulierungsschwächen durch Unwissenheit auf Seiten der Judikative, oder durch absichtlich falsche Vorberatung durch den Landes-IT-Dienstleister zu Stande gekommen sind.

Der Eindruck einer falschen Vorberatung durch den Landes-IT-Dienstleister verstärkt sich durch Äußerungen wie: *„Eine Trennung auf Hardware-Ebene ist daher nicht zwingend, sofern eine solche auf Software-Ebene oder durch sonstige organisatorische Maßnahmen erfolgt“*. Diesen Satz kann man als InformatikerIn nur als bewusst eingebaute „Hintertür“ lesen, denn in einem jeden Rechenzentrum gibt es wirklich sehr sehr viele Computer so, dass die Notwendigkeit Dienste mit hohem Sicherheitsniveau auf der gleichen Hardware mit Diensten eines niedrigen Sicherheitsniveaus laufen zu lassen praktisch bei NULL liegt. Aus der Informatik sind aber etliche Angriffsmuster auf Computer-Hardware bekannt die es sich zu Nutze machen, dass schlecht gesicherte Dienste – weil sie laut Risikoanalyse für sich allein gesehen unkritisch sind – auf der gleichen Hardware laufen wie sicherheitskritische Anwendungen und somit u.a. private kryptographische Schlüssel kopiert werden können... trotz all der „Softwaresicherheit“ zwischen den Diensten. Die Sicherheitsprobleme entstehen hier also erst bei der Orchestrierung von Diensten auf einer gemeinsamen Hardware. Der einzige Ausweg ist es diese Probleme durch strikt getrennte Hardware zu lösen und dies ist auch der de-facto Standard in der IT-

Branche. Wie so eine Formulierung im Jahre 2022/23 in eine Gesetzesvorlage kommen kann, ist deshalb vollkommen unverständlich! Mit Blick auf unsere damalige Stellungnahme zum Thüringer E-Government-Gesetz wundert uns dies allerdings wenig. Bereits das ThürEGovG hatte haarsträubende technische Mängel (beispielsweise 2 MBit/s Internetanbindung als „ausreichend“ für kommunale Einrichtungen) und wirkte lustlos zusammenkopiert ohne nochmalige Redigatur.

Unseres Wissens nach darf ein Gesetzgeber nur dann ein Gesetz erlassen, wenn auch die Finanzierung der dort definierten Leistungen ausreichend geregelt wurde. Hier verlangt die 3. Staatliche Gewalt einiges an IT-Leistungen, welche weder IT-Standard sind noch von den aktuellen staatlichen IT-Dienstleistern auch nur ansatzweise geleistet werden kann (eine konkrete Anfrage auf *Frag-den-Staat* hierzu läuft gerade). Hier müssen also aus unserer Sicht so oder so neue Stellen geschaffen und Millionen von Euros investiert werden. Es stellt sich also die Frage, ob dies Geld wirklich gut beim aktuellen Landes-IT-Dienstleister aufgehoben wäre. Da von Doppeltstrukturen wirklich niemand profitiert, würden wir auch hier nochmals für ein gemeinsames Ministerium für Transparenz und Digitale Schnittstellen (TMTDS) werben.

Widersprechen wollen wir der in der Drucksache 7/6771 gemachten abwertenden Äußerungen gegenüber privaten Unternehmen und deren Leistungen. Schaut man sich vorurteilsfrei die IT-Systemlandschaft in Deutschland an, dann gibt es einige vorbildlicher (IT-)Firmen und eine Menge Insolvenzkandidaten. Die staatlichen Verwaltungen befindet sich praktisch ausschließlich im Bereich der Insolvenzkandidaten. Es vergeht fast keine Woche in den letzten Jahren (vgl. 15 bekannte Vorfälle in den ersten 21 Wochen des Jahres 2023) in dem nicht irgendeine Verwaltungs-IT von Angriffen und Ausfällen betroffen war und praktisch immer lag es an veralteter und schlecht gepflegter Informationstechnik und schlecht geschultem Personal. Nun mag es in der freien Wirtschaft nicht allzu häufig wirklich ernsthafte Sicherheitsanforderungen aus reinem Selbstzweck geben, aber solche Anforderungen werden sehr häufig von staatlicher Seite (BSI, PTB, BNetzA, etc.pp) definiert und durch Konformitätsprüfungen eingefordert. All dies tun wir im Bereich der Gesundheit, Automobil, Transport, Flugverkehr, etc.pp und mit den Resultaten scheinen alle recht zufrieden zu sein, oder? Die 3. Staatliche Gewalt setzt bei Ihrer Computer-Hardware ja auch auf die Privatwirtschaft und nicht auf staatliche Prozessoren- und Mainboard-Hersteller. Mit welcher Begründung sollte eine staatliche Verwaltungs-IT hier eine Sonderrolle spielen? Echte Synergie-Effekte wird es für den Staat und die freie Wirtschaft erst dann geben, wenn der Staat seine eigene IT so offen, transparent und fair auch für die freie Wirtschaft öffnet wie andere regulierte Technikbereiche eben auch. Vor diesem hierdurch allgemein erhöhten Sicherheitsniveau würde dann sicherlich auch die übrige Wirtschaft und die Bevölkerung profitieren. Ebenfalls macht es keinen Sinn jeden Verwaltungsprozess als möglicherweise „hochgeheim“ zu klassifizieren und damit die Notwendigkeit eigener Rechenzentren zu begründen. Die überwiegende Mehrheit aller Prozesse sind gähmend langweilig und könnten in jeder Public Cloud besser und billiger verarbeitet werden... sofern grundlegende IT-Sicherheitsanforderungen umsetzen würden. Ein deutlich differenzierterer Blick auf die Anforderungen und notwendigen Sicherheitsniveaus der sehr komplexen Prozess- und Dienste-Landschaft der öffentlichen Verwaltung wäre nicht nur wünschenswert, sondern eigentlich Voraussetzung für das Gelingen von Projekten wie „OZG Versuch 2.0“ oder eben diese hier skizzierte IT für die 3. Staatliche Gewalt.

Die Regeln zur Benennung der Mitglieder der IT-Kontrollkommission scheint bislang aus einer reinen Verwaltungslogik heraus getroffen worden zu sein. Insofern macht sie auch durchaus Sinn für das Verständnis der rechtlichen und fachlichen IT-Anforderungen in der täglichen Praxis. Dennoch fehlen uns hier fachliche VertreterInnen die auch die informationstechnische Seite verstehen und richtig einordnen können. Immerhin steht die Kontrollkommission in ihrer „Wächterfunktion“ den IT-Experten des Landes-IT-Dienstleisters gegenüber und müssen fachlich jederzeit in der Lage sein jede Behauptung in ihrem Wesenskern zu verstehen, einzuordnen und im Bedarfsfalls widerlegen zu können. Mit ein

paar Schulungen kann man dies nicht nachholen. Ebenso scheint es an externen ExpertInnen in der Kontrollkommission zu fehlen. Wenn dieses Gesetz so wichtig für den Rechtsstaat und dessen Gewaltenteilung ist, dann müssen hier auch Vertreter der Zivilgesellschaft und kritische InformatikerInnen der freien Wirtschaft in die Kontrollkommission. All dies wird ja in deren Auftrag und zu deren Wohl getan und nicht als reiner Selbstzweck der staatlichen Verwaltung.

Um den allgemeinen Charakter dieser Forderungen zu unterstreichen, würden wir deshalb auch empfehlen die Informationsrechte aus diesem Spezialgesetz weitgehend zu streichen und in das Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) zu verlagern. Nicht nur ist es unseres Wissens nach keine gute Rechtspraxis in Spezialgesetzen Regelungen zu treffen, die bereits in allgemeineren Gesetzen definiert wurden bzw. hätten definiert werden können, es wirkt auch äußerst befremdlich auf die BürgerInnen, wenn die staatlichen Gewalten mehr Transparenz untereinander einfordern, als sie den BürgerInnen zugestehen. Nach Meinung des Verwaltungsgerichtes Gera ist das ThürTG derzeit nur wenig besser als das alte Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) und bleibt somit weit hinter den Transparenzgesetzen anderer (Bundes-)Länder zurück. Diesen Missstand könnte man hier in einem Zug beheben, indem man eine echte einklagbare Transparenzpflicht für BürgerInnen und damit auch andere Verwaltungsabteilungen und andere staatliche Gewalten einführt. Erst wenn das aktive Verwenden des ThürTGs zum Arbeitsalltag einer jeden Verwaltung gehört, um die für sie notwendigen Informationen für die eigene tägliche Arbeit zu erhalten, wird das ThürTG aus seinem Schattendaseln als „verhasster Mehraufwand“ heraustreten können. Hierzu gehören dann natürlich auch Sanktionen und Strafen im ThürTG, um notorische Transparenzverweigerer zum Umdenken zu bewegen. Notfalls bis zur Entfernung aus dem öffentlichen Dienst und aus allen öffentlichen Ämtern.

In diesem Zuge sollten dann auch gleich sämtliche Gebühren des ThürTG, welche eindeutig nur auf Grund schlechter IT-Kenntnisse oder einer schlechten IT-Ausstattung gefordert werden abgeschafft werden. Wir stellen ja gerne Transparenzanfragen die absichtlich so gestellt wurden, dass sie sich sehr leicht z.B. mit einem geeigneten Dokumentenmanagementsystem beantworten lassen würden. Man könnte auch sagen, dass wir eigentlich Anfragen nach dem Stand der Verwaltungsdigitalisierung stellen. Solche Dokumentenmanagementsysteme existieren auf Nachfrage nach den Gründen für diese Kosten und dem Zustand der eingesetzten IT angeblich immer und würden auch benutzt werden. Es ist deshalb umso erstaunlicher, dass wir so häufig lesen müssen, dass solche Anfragen auf Grund des „Aufwandes“ bis zu 500€ kosten sollen. Die Transparenzgebühren sind ja sicherlich vom Gesetzgeber nicht zum Stopfen der Löcher im IT-Budget gedacht, noch als Ausrede um sich bei unangenehmen Fragen besonders gern auf veraltete analoge Bearbeitung im Aktenkeller zurückziehen zu können. Dieser Missbrauch der Gebühren im ThürTG gehört umgehend abgeschafft. Die Verwaltung muss motiviert werden möglichst kostensparen und effizient Transparenzanfragen zu bearbeiten und nicht die BürgerInnen um ihre Informations- und Transparenzrechte zu betrügen.

Wir würden uns auch eine eindeutige „Ermächtigungsregelung“ zur unmittelbaren Öffentlichkeit der Ergebnisse der IT-Kontrollkommission wünschen. Wiederum geht es uns hier vor allem um das ThürTG. Jedoch sollte die IT-Kontrollkommission hier proaktiv und zeitnah, nach ein angemessenen Rückhaltezelt, Informationen veröffentlichen müssen, nicht nur auf Nachfrage oder nur einmal im Jahr als Report. Andernfalls wird erfahrungsgemäß kein wirklicher Druck auf die IT-Dienstleister aufgebaut. Probleme auch zeitnah und umfassend zu lösen. Es geht hier nicht um „Transparenz-Nettigkeiten“, wie die Formulierung der Gesetzesbegründung den Anschein erweckt, sondern um IT-Sicherheit und die rechtsstaatliche Ordnung an sich. Auch die BürgerInnen sind Betroffene von Schwachstellen der staatlichen IT und einer nicht vollständig unabhängigen 3. Gewalt!

Im Folgenden wollen wir kurz auf ein paar konkrete Formulierungen im Gesetzestext eingehen:

§2 Begriffsbestimmungen

[...]

8. Metadaten Informationen über Merkmale oder Eigenschaften von elektronischen Dokumenten,

8. Metadaten Informationen über Merkmale oder Eigenschaften von elektronischen Dokumenten,
(Roh-)Daten, sowie des Datenverkehrs

[...]

Hier fehlen schlicht einige bekannte Metadaten jenseits von elektronischen Dokumenten, welche ja kurz davor sehr spezifisch definiert wurden.

§3 Ziel

[...]

..., sich aus der richterlichen Unabhängigkeit, der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger und aus dem für die Strafverfolgung geltenden Legalitätsprinzip ergebenen besonderen Belange der Justiz sicherzustellen und zu schützen.

..., sich aus der richterlichen Unabhängigkeit, der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, aus dem für die Strafverfolgung geltenden Legalitätsprinzip und dem staatlichen proaktiven Transparenzgebot ergebenen besonderen Belange der Justiz sicherzustellen und zu schützen.

[...]

Dies dient vor allem dazu das Spezialgesetz in den Kontext des allgemeinen Transparenzgesetzes zu rücken, um das Prinzip der proaktiven staatlichen Transparenz weiter zu stärken.

§7 Nutzung zentraler Infrastrukturkomponenten und Dienste [...]

(4) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sind an das Landesdatennetz mit dessen entsprechenden Sicherheitsmechanismen angeschlossen.

Man muss davon ausgehen, dass diese Sicherheitsmechanismen auf dem veralteten Grundsatz der Perimeter-Sicherheit - den Errichten einer "virtuellen Mauer" um IT-Systeme – basiert und den von der 3. Staatlichen Gewalt formulierten Schutz gegenüber vor allem internen Angreifern nicht gewährleisten kann. An dieser Stelle müssten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen definiert werden wie "Defence-in-Depth" d.h. mehrstufige Ende-zu-Ende-Sicherheitslösungen, Overlay- bzw. Virtuelle Private Netze, Onion-Routing, Camouflage Traffic, ...

Auch fehlt es hier an der Absicherung der notwendigen Anbindung der 3. Staatlichen Gewalt an das öffentliche Internet und damit die BürgerInnen. Wie kann/soll/muss eine sichere Durchleitung durch das Landesdatennetz aussehen? Welche zusätzlichen Regeln müssen getroffen werden, wenn Daten von externen Dritten entgegen genommen werden?

§8 Administration und Schranken

[...]

3. die im Rahmen richterlicher, rechtspflegerischer oder staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit erstellten Daten und elektronische Dokumente von den administrativ berechtigten Personen weder eingesehen noch weitergegeben werden dürfen,

3. die im Rahmen richterlicher, rechtspflegerischer oder staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit erstellten Daten und elektronische Dokumente von den administrativ berechtigten Personen weder eingesehen noch weitergegeben werden können,

[...]

Wie bereits weiter oben erläutert kann es in diesem Gesetz nicht um „Checklisten-Sicherheit“ gehen. Auf Grund der Tragweite für die Funktionsfähigkeit der rechtsstaatlichen Ordnung müssen hier geeignete mathematische und informatische Methoden verwendet werden, um unberechtigten Zugriff und Einsichtnahme ausschließen zu können. Es entspricht auch schon lange nicht mehr dem Stand der Technik, dass es überhaupt noch „allmächtige“ administrative Zugänge in einem solchen System gibt. Gerade durch den konsequenten Einsatz von Verschlüsselungstechnologien und digitalen Signaturen kann eine strikte Trennung von IT-Infrastruktur und (Meta-)Daten garantiert werden. Offensichtlich kann dies der Landes-IT-Dienstleister jedoch bislang nicht gewährleisten.

Gleichzeitig stellt sich bzgl. 6. die Frage wie „Intrusion Detection“-Mechanismen umgesetzt werden sollen, um verdächtiges Verhalten automatisiert erkennen, bewerten und Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Solche Maßnahmen funktionieren meist nur dann zuverlässig, wenn sie auch wissen auf welche Inhalte (zumindest anhand gut gepflegter Metadaten) zugegriffen wird. Es ist nicht zwingend notwendig, dass der IT-Dienstleister über die Inhalte Bescheid weiß, jedoch aber ein automatisches u.U. KI-basiertes „Wächtersystem“. Zwar wird ein KI-System nicht von sich aus Daten missbrauchen oder unbefugt ins Internet stellen, dennoch bleibt die Frage wer, wie, wann und wo Zugriff auf die internen Daten(banken) eines solchen Systems erhalten kann, beispielsweise um die Rate von False-Positive-Warnmeldungen zu reduzieren.

Für 7. gibt es nach Stand der Technik der freien Wirtschaft keine Veranlassung. Im veralteten Landesdatennetz mag dies natürlich u.U. anders aussehen.

Auch hier wurden btw. wieder die BürgerInnen vergessen. Wenn ein AdministratorIn (unberechtigt) auf einen Datensatz zugegriffen hat, so ist natürlich auch der betroffene Bürger bzw. die betroffene Bürgerin zu informieren!

Auch in der restlichen Gesetzesinitiative fällt auf, dass an die BürgerInnen am wenigsten gedacht wurde. Der Bereich der Bürger-IT-Dienste scheint praktisch vollständig zu fehlen, jedoch ist dieser doch einer der Grundpfeiler der rechtsstaatlichen Ordnung.

Wie schaut beispielsweise die Kommunikation mit klagenden BürgerInnen aus? E-Mail mit digitalen Signaturen PGP/GPG, Telekonferenzsystem, revisionssichere Dokumentenaustauschplattform mit Verschlüsselung, digitalen Signaturen und umfangreichem Zugriffsrechtsmanagement sucht man heutzutage vergeblich. Selbst bei Klagen vor Verwaltungsgerichten wird man auf Papier und Bleistift verwiesen, oder aber auf gescheiterte IT-Projekte wie „DE-Mail“. Wir vermissen irgendeine positive Zukunftsvision innerhalb eines IT-Spezialgesetzes für die 3. Staatliche Gewalt was einer digitalen Gesellschaft gerecht werden würde. Als digitalaffiner Bürger muss man es mittlerweile als absichtliche Diskriminierung betrachten seine Rechte nur auf toten Bäumen wahrnehmen zu können/dürfen.

Während die 3. Gewalt noch mit den Grundlagen der Digitalisierung kämpft, ist die restliche Gesellschaft mittlerweile im Zeitalter der künstlichen Intelligenz angelangt. Auch wenn diese noch in den Kinderschuhen steckt, so erlaubt diese erstmals die enormen Einsparpotentiale, welche die Digitalisierung immer versprochen hatte, auch zu realisieren. All dies funktioniert allerdings nur wenn auch die Entscheidungsdatenbanken der Gerichte, Verordnungen, Dienstanweisungen, etc.pp als Offene Daten allgemein zugänglich gemacht werden und diese eine semantischer Verschlagwortung, Suche und automatische Benachrichtigungen beinhalten würden, damit KI-Systeme effizient und weitgehend fehlerfrei lernen könnten. Danach könnten wir sicherlich viele Klagen schon automatisch im Vorfeld klären und unnötige Diskussionen vor Gericht vermeiden, da die notwendigen Informationen, die Anforderungen welche ein klagender Bürger/eine klagende Bürgerin beachten muss und ihre zielgruppengerechte Aufarbeitung und Formulierung, beispielsweise in einfacher Sprache oder in einer Fremdsprache, automatisch durch KI-Systeme bereitgestellt werden könnten.

Auch viele allgemeine Transparenzanfragen würden sich automatisiert beantworten lassen, wenn KI-Systeme die Datensätze der täglichen Verwaltungsarbeit verarbeiten könnten. Alles, was dafür heutzutage noch benötigt werden würde, sind mehr offene Daten inkl. eines ausreichenden Datenschutzkonzeptes. Dies wäre nicht nur für die BürgerInnen eine Entlastung, sondern auch für die transparentpflichtigen/-unwilligen Stellen und die jeweils zuständigen Verwaltungsgerichte.

Aus all diesen bürgerschaftlichen IT-Anforderungen ergeben sich natürlich auch neue IT-Sicherheitsanforderungen. Leider können wir weder in dem uns vorliegenden Gesetzestext noch in dessen Vorwort und Begründung Ansätze erkennen, die diesen neuen Anforderungen gerecht werden würden.

Abschließend kann man zusammenfassen, dass die **Intention des Gesetzes gut und richtig** ist, es jedoch an **fachlicher Tiefe und Expertise** fehlt die gewünschte Unabhängigkeit der 3. Staatlichen Gewalt auch im digitalen Zeitalter sicherstellen zu können. Somit sollte sich jeder bereits jetzt auf den Ausfall der Judikativen Gewalt bei allen Fragen rund um die beiden anderen Gewalten vorbereiten. Liest man die tägliche Presse über die Exzesse in der 1. und 2. Gewalt, so hat man sogar den Eindruck, dass dies längst trauriger Alltag ist.

Mit freundlichen digitalen Grüßen aus Jena

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Thüringer Verwaltungsrichterverein

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, Drs. 7/6771											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Verwaltungsrichterverein (die Äußerung erfolgt auch im Namen weiterer Verbände und Vertretungen)</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jenaer Str. 2a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Verwaltungsrichterverein (die Äußerung erfolgt auch im Namen weiterer Verbände und Vertretungen)	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Verwaltungsrichterverein (die Äußerung erfolgt auch im Namen weiterer Verbände und Vertretungen)	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a									
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter (hier erfolgt die Äußerung im Namen der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Änderungen zur Stärkung der Dritten Staatsgewalt sind erforderlich.	
5.	Wurden Sie gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Die Äußerung erfolgt für den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz im Rahmen eines laufenden Anhörungsverfahrens	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 29.05.23	

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz
und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
30.05.2023 07:24

1440012023

29. Mai 2023

Nur per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Entwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG) Drs. 7/6771

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz führt derzeit ein schriftliches Anhörungsverfahren zu dem Entwurf des Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften durch. Zu diesem Entwurf möchten auch die Thüringer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch ihre Verbände und Vertretungen Stellung nehmen.

Deshalb lege ich die angefügte Stellungnahme federführend für alle beteiligten Verbände und Vertretungen vor. Uns ist bekannt, dass der Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz beabsichtigt, am 30. Juni 2023 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Wir würden uns freuen, wenn wir Gelegenheit bekommen würden, uns auch in diesem Rahmen zu äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

**Thüringer Richterbund – Bund der Thüringer Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**

Verein der Thüringer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Verband der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens

Verband der Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter Thüringens

**Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter
Landesverband Thüringen**

Landesrichter- und Staatsanwaltsrat

Stellungnahme zu dem Entwurf des Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Ge- richten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG) Drucksache 7/6771

Derzeit liegt dem Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz der Entwurf des Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Beratung vor. Wir, die Verbände und Vertretungen der Thüringer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben bereits bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs gegenüber dem Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Stellung genommen (vgl. die dem Landtag vorliegende Stellungnahme des Vereins der Thüringer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter vom 30. Juni 2022).

Da der nunmehr eingebrachte Gesetzentwurf in einigen Einzelheiten gegenüber dem früheren Text verändert wurde, möchten wir unsere Position hier gemeinsam gegenüber dem Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz darstellen. Wir haben erfahren, dass neben dem laufenden schriftlichen Anhörungsverfahren auch ein mündliches Anhörungsverfahren stattfinden wird, und wir würden uns freuen, wenn wir Gelegenheit hätten, auch in diesem Rahmen Stellung nehmen zu können.

Grundsätzliches

1. Auch im Bereich der Judikative ist der technische Fortschritt durch die Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung zur Geltung zu bringen („E-Justice“). Die Nutzung im Rahmen der Exekutive, also der öffentlichen Verwaltung („E-Government“), ist im Thüringer E-Government-Gesetz geregelt, das aber für die rechtsprechende Tätigkeit der Gerichte und auch für die Gerichtsverwaltungen nicht gilt (vgl. § 1 Abs. 6 ThürEGovG). Für die Judikative als dritter Staatsgewalt ist eine eigene Regelung erforderlich. Insofern verstehen wir die vorliegende Regelung als E-Justice-Gesetz, das den Bedürfnissen der Judikative als eigenständiger Staatsgewalt Rechnung trägt.

Der Notwendigkeit von Regelungen, die auf die speziellen Bedürfnisse der Staatsgewalten zugeschnitten sind, hat der Thüringer Landesgesetzgeber in Bezug auf den Thüringer Landtag als Repräsentant der Ersten Staatsgewalt durch § 1 Abs. 7 ThürEGovG Rechnung getragen. Es fällt indes auf, dass hier eine Regelung geschaffen wurde, die die Stellung des Landtags als Legislative und damit seine eigenständige Stellung im Verfassungsgefüge in einem sehr viel größeren Umfang berücksichtigt, als dies nunmehr durch den vorliegenden Gesetzentwurf für die Judikative vorgesehen ist. Die Judikative wird vielmehr hinsichtlich der Struktur der elektronischen Datenverarbeitung als integraler Teil der Exekutive angesehen und hat keinerlei wirksame Mitentscheidungsbefugnisse.

Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers zum nachträglichen Schutz der Entscheidungsprozesse der Judikative durch Einrichtung der IT-Kontrollkommission umzusetzen. Diese Notwendigkeit und die hier im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen (insbesondere § 9 des Entwurfs) sind unstrittig. Die verfassungsrechtliche Verpflichtung erschöpft sich jedoch nicht in einem nachträglichen Schutz, sondern gebietet auch einen wirksamen und effektiven Einfluss der Richterinnen und Richter als Inhaber der rechtsprechenden Gewalt (Art. 92 GG) auf die vorbereitende Ausgestaltung der elektronischen Verarbeitung von Daten aus der Rechtsprechungstätigkeit.

Der Gesetzentwurf gewährleistet diesen Einfluss nicht. Vielmehr legt er die zentralen Entscheidungsvorgänge bei der Planung in die Hand des Justizministeriums und damit in die Hand der Exekutive. Es ist ersichtlich das Ziel des Gesetzentwurfs, die für die Thüringer Justiz vorgesehene Strukturen der Informations- und Kommunikationstechnik weitestgehend in die E-Government-Strukturen des Landes zu integrieren, ohne eine ausreichende Sicherung der Judikative vorzusehen. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

2. Im Ansatz richtig sieht der Gesetzentwurf neben der in § 9 des Entwurfs geregelten Kontrollkommission in § 6 des Entwurfs ein weiteres Gremium, den Lenkungskreis, vor. Ein Lenkungskreis sollte die Aufgabe haben, die grundsätzlichen Entscheidungen über Struktur und Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik sowie zu Regelungen über die Datenverarbeitung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu treffen, während die Kontrollkommission die Aufgabe hat, die Einhaltung dieser Regelungen zu überwachen.

Um deutlich zu machen, dass es hier nicht nur um die Informationstechnik, sondern auch um die die einzelnen Nutzer vernetzende Kommunikationstechnik geht, verwenden wir die Bezeichnungen IKT-Lenkungskreis und IKT-Kontrollkommission.

Während die Regelungen zur IKT-Kontrollkommission den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen, sind die Regelungen zum IKT-Lenkungskreis

in ganz erheblichem Umfang defizitär. Ersichtlich ist es das Ziel des Gesetzentwurfs, dieses wichtige Gremium der Judikative weitestgehend zu marginalisieren und die Entscheidungsbefugnisse der Exekutive in Gestalt des Ministeriums vorzubehalten. Zwar erweckt die Begründung des Gesetzentwurfs zu § 6 Abs. 1 den Eindruck, der Lenkungsreis werde „Einfluss nehmen können“ (so S. 23 Drs. 7/6771). An anderer Stelle macht die Begründung jedoch deutlich, dass mehr als ein unverbindlicher „Dialog“ (so S. 20 vorletzter Absatz) nicht gewollt ist. Das so entstehende Defizit kann aber durch die hier genannten Änderungen und Ergänzungen bei den betroffenen Vorschriften behoben werden.

Im Einzelnen gilt das Folgende:

Zu § 4 des Entwurfs

Die hier geregelte Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Ministerium und dem IKT-Lenkungsreis ist grundsätzlich neu zu gewichten. Bislang sieht § 4 Abs. 1 vor, dass für die Entwicklung der Strategie und für die Entscheidung über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik ausschließlich das Justizministerium zuständig sein soll. Dies verfehlt den Schutz der Dritten Staatsgewalt vor Einwirkungen der Exekutive und liefert die Judikative völlig den Entscheidungen des Justizministeriums aus. Der Lenkungsreis als Gremium der Judikative soll lediglich unverbindliche Empfehlungen aussprechen können (§ 6 Abs. 2 des Entwurfs).

Nach unserem verfassungsrechtlichen Verständnis ist eine Aufgabenteilung im Sinn einer Ausbalancierung des Einflusses geboten. Deshalb ist es erforderlich, die in § 4 geregelten Zuständigkeiten auf den IKT-Lenkungsreis und damit auf die Vertreter der Judikative selbst zu übertragen. Dies ist in § 6 Abs. 2 zu regeln. Dem Justizministerium ist die Organisationsaufgabe zu übertragen. § 4 Abs. 1 Satz 1 ist deshalb wie folgt zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium ist zuständig für die Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und koordiniert die Vorgaben für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik.

Zu § 5 des Entwurfs

1. Die administrative Umsetzung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik wird in § 5 einer zentralen Einheit, der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, übertragen. In dem Gesetzentwurf wird diese Stelle bei dem Thüringer Oberlandesgericht angesiedelt und damit organisatorisch der Judikative zugeordnet. Diese Zuordnung bleibt aber inhaltsleer, da es an dem notwendigen Einfluss der Judikative auf die IT-Stelle fehlt. Erforderlich ist eine Organisationsstruktur, die es allen Gerichtsbarkeiten ermöglicht, fachlich unmittelbar Zugriff auf die IT-Stelle als Dienstleister zu nehmen und im Bedarfsfall bestimmte Maßnahmen anzuordern bzw. anzuordnen.

Hierzu verweisen wir auf die Regelung des Landes Hessen in dem dortigen „Gesetz zur Errichtung der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) und zur Regelung justizorganisatorischer Angelegenheiten“. In Hessen wird die IT-Stelle als eigenständige Behörde eingerichtet (§ 1 Abs. 1 JITStG HE). Diese Struktur sollte für Thüringen übernommen werden. Die Ausgliederung würde auch der Bedeutung der Aufgaben, die die IT-Stelle für die rechtsprechende Staatsgewalt wahrnimmt, gerecht werden.

Dieser Überlegung folgend könnte § 5 Abs. 1 Satz 1 und 2 neu gefasst werden:

Im Geschäftsbereich des für Justiz zuständigen Ministeriums wird die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften als Landesoberbehörde errichtet. Die IT-Stelle hat ihren Sitz in Jena. Das für Justiz zuständige Ministerium übt die Fachaufsicht über die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Maßgabe der Entscheidungen des IKT-Lenkungskreises aus.

2. Unabhängig davon ist in jedem Fall in § 5 Abs. 2 Satz 2 als Folgeänderung zu der Neufassung des § 6 Abs. 2 die Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises zu regeln. Dies geschieht auch hier durch das Erfordernis eines Einvernehmens zwischen Ministerium und IKT-Lenkungskreis:

Das für Justiz zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis die Zuständigkeit der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Satz 1 weiter ausgestalten.

3. Auch § 5 Abs. 4 ist zu ändern. Durch die Textfassung im Entwurf wird den Thüringer Gerichten bzw. Gerichtsbarkeiten ein Einfluss auf die Ermittlung des im Haushaltsplan des Landes darzustellenden finanziellen Bedarfs für die Informationstechnik vollständig entzogen. Der notwendige Einfluss ist auch hier durch das Erfordernis eines Einvernehmens sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die „Verwaltungsvorschrift für die Organisation des E-Government und des IT-Einsatzes in der Landesverwaltung des Freistaates Thüringen vom 12. März 2019“ ohne weiteres davon ausgeht, dass die Thüringer Gerichte eine eigene Entscheidungskompetenz bezüglich ihres IT-Bedarfs haben. Zwar gilt diese Verwaltungsvorschrift wie das Thüringer E-Government-Gesetz insgesamt nicht für die Judikative, aber in Ziffer 1 Abs. 3 der Vorschrift werden die Thüringer Gerichte ebenso wie die Landtagsverwaltung und der Thüringer Verfassungsgerichtshof gebeten, die Rahmenrichtlinie zu beachten, ohne dass sich daraus eine Bindungswirkung entfaltet. Dieser richtige Ansatz einer eigenen Entscheidungskompetenz der Gerichte wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf durch die vollständige Kontrolle der IT-Stelle durch das Justizministerium gerade nicht realisiert. Neben der durch die Änderungen in § 4 und § 6 notwendigen grundsätzlichen Aufgabenverlagerung hin zum IKT-Lenkungskreis ist der Lenkungskreis auch in die Aufstellung des Haushaltsansatzes einzubeziehen. Die IT-Stelle soll den Haushaltsansatz im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis selbst aufstellen.

§ 5 Abs. 4 ist wie folgt neu zu fassen:

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften stellt den Haushaltsansatz für die Informations- und Kommunikationstechnik für die Gerichte und Staatsanwaltschaften im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis auf und leistet insoweit dem für Justiz zuständigen Ministerium Zuarbeit zum ressortübergreifenden IT-Gesamtplan.

Zu § 6 des Entwurfs

1. Die Bezeichnung des Lenkungskreises als „Lenkungskreis der IT-Stelle [...]“ stellt die verfassungsrechtlich erforderliche Stellung des Lenkungskreises nur verkürzt dar und bildet auch – wie gesagt – die Einbeziehung der praktisch bedeutsamen Kommunikationstechnik nicht ab. Er ist in der Überschrift zu § 6 deshalb als „IKT-Lenkungskreis der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften“ zu bezeichnen. Diese Änderung ist in Abs. 1 Satz 1 zu übernehmen. In dem ganzen Gesetz ist die Bezeichnung redaktionell anzupassen.

§ 6 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Die Präsidentinnen und Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Obergerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Landessozialgerichts und des Finanzgerichts sowie die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt bilden als Mitglieder den Lenkungskreis für die Informations- und Kommunikationstechnik der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften (IKT-Lenkungskreis).

2. Die bereits erwähnte grundsätzliche Regelung der Zuständigkeit des IKT-Lenkungskreises in Abgrenzung zur Zuständigkeit des Ministeriums ist in Abs. 2 einzufügen. Statt einer bloßen Empfehlung gegenüber der IT-Stelle, von der keinerlei Bindungswirkung ausgeht, ist eine Übertragung der Zuständigkeit zu schaffen:

Der IKT-Lenkungskreis entscheidet über die Strategie und den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie über die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informations- und Kommunikationstechnik.

Zu § 7 des Entwurfs

1. Wenn die hier geforderten Änderungen zur Sicherung der Judikative realisiert werden, begegnet es keinen Bedenken, dass Aufgaben an einen externen Dienstleister, z. B. den Zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung, übertragen werden. Evident möchte die Regelung einer solchen Übertragung an den Zentralen Dienstleister der Landesverwaltung den Vorzug geben. Durch die „kann“-Vorschrift in Abs. 1 Satz 1 wird jedoch die Beauftragung anderer Dienstleister nicht ausgeschlossen. Ein neuer Abs. 6 hat klarzustellen, dass die Anforderungen des § 7 auch auf solche anderen Dienstleister anzuwenden sind.

Die Übertragung von Aufgaben an einen Dienstleister der Landesverwaltung und damit der Exekutive berührt aber ganz zentral und sehr erheblich die verfassungsrechtlich zu schützenden Belange der Judikative. Es fällt auf, dass der Entwurf hier keinerlei Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises vorsieht. Abs. 1 Satz 2 sieht lediglich eine Einbeziehung der IT-Stelle (und nicht etwa des IT-Lenkungskreises selbst) im Weg einer unverbindlichen Anhörung vor. Auch hier ist das Erfordernis eines Einvernehmens des IKT-Lenkungskreises zu regeln.

§ 7 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Zur Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik kann das für Justiz zuständige Ministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 4 Abs. 1 im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis auch die [weiter wie bisher]

2. Auch bei der Kommunikation von Sicherheitsvorfällen ist der IKT-Lenkungskreis unmittelbar einzubeziehen. § 7 Abs. 3 Satz 3 ist deshalb wie folgt neu zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium unterrichtet seinerseits unverzüglich die jeweils betroffene Dienststelle und den IKT-Lenkungskreis.

3. Wie erwähnt zur Klarstellung ist § 7 um einen neuen Abs. 6 zu ergänzen:

Diese Regelungen gelten entsprechend für die Übertragung auf andere Dienstleister.

Zu § 8 des Entwurfs

1. § 8 des Entwurfs stellt die zentrale Regelung zur Verarbeitung, Speicherung und Administration der Daten der rechtsprechenden Tätigkeit der Judikative dar. Hierzu sieht die Regelung die Möglichkeit der Vergabe der Administrationstätigkeit an externe Dienstleister vor. Dies mag hinnehmbar sein, wenn die Judikative in Gestalt des IKT-Lenkungskreises unmittelbar an dieser Entscheidung beteiligt ist. § 8 ist deshalb um einen neuen Abs. 1 zu ergänzen:

Die Bereitstellung und Betreuung von justiziellen Fachverfahren sowie der elektronischen Gerichts-, Strafverfahrens- und Gerichtsverwaltungsakte darf nur im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis an justizexterne Stellen oder Dienstleister vergeben werden.

2. Der bisherige Absatz 1 wird Abs. 2 und ist durch die erforderliche Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises an einigen Stellen neu zu fassen:

Satz 1 Nr. 7 erhält folgende Neufassung

in Ausübung der Administrationstätigkeit unumgängliche Zugriffe auf Daten und elektronische Dokumente der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach dem Stand der Technik revisionssicher protokolliert und dem für Justiz zuständigen Ministerium und dem IKT-Lenkungskreis unverzüglich mitgeteilt werden.

3. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3 und auch hier ist die erforderliche Einbeziehung der Judikative durch eine Beteiligung des IKT-Lenkungskreises zu gewährleisten. Eine alleinige Zuständigkeit der IT-Stelle für die Vergabe von justizinternen Zugriffsrechten ist abzulehnen. In dieser Entscheidung liegt ein zentrales Sicherungsinstrument der durch das vorliegende Gesetz zu schützenden Daten der rechtsprechenden Tätigkeit. In diese Entscheidung ist deshalb der IKT-Lenkungskreis durch folgende Neufassung einzubeziehen:

Soweit die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommende Informations- und Kommunikationstechnik von der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften bereitgestellt oder betreut wird, regelt diese im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis justizinterne Zugriffsrechte auf die in Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Daten und elektronischen Dokumente, Metadaten und Logdateien und trifft Vorkehrungen zur Sicherung deren Zweckbindung und zum Schutz vor unbefugten Einsichtnahmen und Zugriffen.

Zu § 9 des Entwurfs

Wie bereits erwähnt entspricht diese Regelung weitgehend den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Ergänzend ist bereits in der Überschrift die Bezeichnung in „IKT-Kontrollkommission“ zu ändern. § 9 Abs. 1 ist deshalb wie folgt zu fassen:

Für die Einhaltung und Kontrolle des sich aus § 3 Satz 1 ergebenden besonderen Schutzbedürfnisses ist bei dem für Justiz zuständigen Ministerium eine unabhängige Kontrollkommission für die Informations- und Kommunikationstechnik der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften (IKT-Kontrollkommission) einzurichten.

Die Bezeichnung als IKT-Kontrollkommission ist im gesamten Text redaktionell anzupassen.

In § 9 Abs. 6 Satz 1 halten wir zur Klarstellung des Gewollten eine Ergänzung für erforderlich:

Die IKT-Kontrollkommission teilt die Ergebnisse der Kontrollen ebenso wie jede Beanstandung, insbesondere die Feststellung von Verstößen gegen Regelungen nach § 8 bei den in den §§ 5 oder 7 benannten Stellen, dem für Justiz zuständigen Ministerium und dem IKT-Lenkungskreis unverzüglich mit.

Weimar, den 26. Mai 2023

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/6771											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">c/o VG Weimar</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Jenaer Straße 2 a</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o VG Weimar	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Straße 2 a	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o VG Weimar									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Straße 2 a									
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> </td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)